

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Kriegsraserei

Zur Charakteristik unserer Zeit genügt es beinahe, Meldungen eines einzigen Tages zusammenzutragen. Etwa diese: Am 18. Mai berichtete die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) unter der Überschrift „Der Antiterrorkrieg geht weiter“, US-Präsident Josef Biden habe eine Entscheidung seines Vorgängers zurückgenommen und US-Truppen nach Somalia entsandt. Aber die Lüge vom „Krieg gegen den Terror“ bleibt auch nach 21 Jahren eine Lüge. Papst Franziskus spricht zu Recht von einem „Weltkrieg in klei-

Frankreich, Deutschland, Australien und Indien auf.“ Auch hier ist demnach die BRD dabei.

Was die Zeitung verschweigt: Die US-Regierung läßt Hyperschallwaffen vom Lockheed-Martin-Konzern entwickeln, der früher auch die Pershing II als Enthauptungsschlagwaffe gegen die Sowjetunion entwickelt hatte. Die Hyperschallwaffe „Dark Eagle“ soll schon 2023 nach Europa kommen, eine Stationierung in der BRD ist wahrscheinlich. Von hier aus benötigt „Dark Eagle“ bis Moskau zehn

werden Rußland verweigert. Das Land soll laut Aussage der deutschen Außenministerin vielmehr „ruiniert“ werden.

Erneut hängt die Erhaltung des Friedens vom glücklichen Zufall ab. Ebenfalls am 18. Mai zählte ein Fachmann in der FAZ frühere Beinahe-Atomkriegsauslöser auf: 1962, auf dem Höhepunkt der Kuba-Krise, ertönte auf dem US-Luftwaffenstützpunkt „Volk Field“ in Wisconsin statt des Sabotagealarms der Atomwaffenalarm. Ein Offizier fuhr mit seinem Auto auf die Landebahn und signalisierte den startbereiten Piloten atomar bewaffneter Kampffjets den Abbruch – per Lichthupe. 1979 löste eine für eine atomare Übung aufgezeichnete Kassette in den USA Alarm aus. In der Sowjetunion kam es im September 1983 zu einem falschen Atomalarm, die Able-Archer-83-Übung der NATO wenige Wochen später wurde in Moskau als möglicher Atomangriff gedeutet und die Welt durch die Informationen des Kundschafters „Topas“, also Rainer Rupp, vermutlich vor dem Untergang gerettet.

Die jetzige Eskalation erhöht erneut die Wahrscheinlichkeit von Fehlkalkulationen und Unfällen mit möglicherweise verheerenden Folgen. Dieser Wahnsinn mit Methode muß gestoppt werden – in Somalia und Mali, in der Ukraine und in Skandinavien. Keine Stationierung von Hyperschallraketen! Europa und die BRD dürfen nicht zu einem Euroshima werden!

Arnold Schölzel



nen Stücken“. In ihm ist die BRD vorne mit dabei: Am 11. Mai beschloß das Bundeskabinett, das Bundeswehrkontingent in Mali nicht nur aufzustocken, sondern das Mandat sogar zu verlängern. Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) hatte genau vier Monate zuvor in vergleichsweise erfrischend imperialistischer Klarheit den Grund genannt, der wohl auch Biden wieder nach Somalia trieb: „Die Frage ist, was passiert, wenn wir rausgehen? Machen sich die Russen breit, um das Vakuum zu füllen? Auch größere Unruhen und damit große Fluchtbewegungen sind nicht im Interesse Europas.“

Ebenfalls am 18. Mai meldete die FAZ, die USA hätten „offenbar einen wichtigen Schritt im Rüstungswettlauf um Hyperschallwaffen mit Rußland und China gemacht“. Die amerikanische Luftwaffe habe zwei Tage zuvor den ersten erfolgreichen luftgestützten Test einer solchen Waffe bekanntgegeben. Weiter schreibt die FAZ: „Die NATO listet ferner in einem Papier von 2020 auch Forschungen (an Hyperschallsystemen, A. S.) in Großbritannien,

Minuten, von der Ukraine aus weniger als fünf Minuten. Wladimir Putin sprach in diesem Zusammenhang von einem „Messer am Hals“.

Am gleichen 18. Mai übergaben Finnland und Schweden im Brüsseler NATO-Hauptquartier Anträge auf Mitgliedschaft im Kriegspakt und beendeten damit Jahrzehnte beziehungsweise Jahrhunderte politischer Neutralität. Militärisch hatten beide Länder schon seit längerer Zeit wie NATO-Mitgliedstaaten gehandelt.

Alles in allem: Der Westen befindet sich in einem Zustand der Kriegsraserei. Die Konfrontation mit Rußland wird systematisch zugespitzt. Es geht dem Imperialismus nicht mehr um ein „Gleichgewicht des Schreckens“, sondern um Überlegenheit. Rußland soll geschwächt werden und als rohstoffliefernder Vasallenstaat des Westens dienen. Unter Boris Jelzin war es Mitte der 90er Jahre fast soweit. Heute steuern NATO und EU erneut auf diesen Zustand hin. Diplomatie, Dialog und die Suche nach Gemeinsamkeiten auf der Grundlage des Völkerrechts wurden und

Aus dem Inhalt



| | |
|--|----|
| Die Wahrheit liegt in den Tatsachen | 2 |
| Zum Ukraine-Konflikt | 3 |
| Politische Zwänge | 5 |
| Amerika treibt Europa in den Weltkrieg | 6 |
| Böses Erwachen | 9 |
| Offener Brief an Kanzler Scholz | 12 |
| Die Ukraine und das Völkerrecht | 13 |
| NATO-Norderweiterung | 17 |
| Asiatische Bruchlinien | 18 |
| Blick hinter die Kulissen | 19 |
| Polnische Bedrohungsflüge | 21 |
| Die ignorierte Invasion | 24 |
| „UK-Rwanda-Migrations-Partnerschaft“ | 25 |
| General Paleo | 26 |
| Kobzar | 28 |
| Das Echo des Roten Oktober | 29 |
| Zur Demokratie-Frage | 31 |

Die Wahrheit liegt in den Tatsachen

Was wir gegenwärtig mit dem Krieg in der Ukraine erleben, ist Teil eines größeren globalen Prozesses der sozial-ökonomischen und politischen Veränderungen weltweit. Rußland spielt dabei als eigenständige Großmacht und Bündnispartner der VR China eine wichtige Rolle. Die USA, die um ihren Platz als unumstrittener Welt hegemon fürchten, gehen davon aus, daß, wenn es gelänge, Rußland zu eliminieren, dies eine substanzielle Schwächung auch der VR China nach sich ziehen würde.

Laut des unter der Regie des Pentagon (Dick Cheney) im März 1992 erarbeiteten „Defence Planing Guidance“-Konzepts (auch „No-Rivals-Plan“) beabsichtigen die Vereinigten Staaten, „den (Wieder-)Aufstieg eines neuen Rivalen zu verhüten, sei es auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion oder anderswo, der eine Bedrohung der Größenordnung darstellt, wie früher die Sowjetunion.“ Dies erfordert, heißt es weiter, „daß wir (USA) versuchen müssen, zu verhüten, daß irgendeine feindliche Macht eine Region dominiert, deren Ressourcen – unter gefestigter Kontrolle – ausreichen würden, eine Weltmachtposition zu schaffen“.

Die Ukraine wurde nach der Niederlage des Sozialismus in Europa und dem Zerfall der UdSSR zur Kampfarena in dieser globalen Auseinandersetzung auf- und ausgebaut sowie die inneren ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse entsprechend geformt.

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den prowestlichen Behörden wurde mit Hilfe ausländischer Spezialisten, der Medien, Stiftungen so kanalisiert, daß bei den Wahlen regelmäßig mehr pro-westliche Kräfte mit Wurzeln in den faschistischen Bandera-Reihen an die Oberfläche kamen und unter Anleitung der ausländischen Agenturen die Politik bestimmten. Ein Teil, der für Führungspositionen rekrutiert wurde, stammt aus Kreisen, die noch bis 1953 an den antikommunistischen und antisowjetischen Kämpfen in der Westukraine, die besonders von den USA und Großbritannien unterstützt wurden, aktiv beteiligt waren.

Wichtig war, die Verschmelzung von Neonazis mit dem entstandenen oligarchischen Kapital zu gewährleisten. Die Bandera-Leute dienten, wie zu Beginn des Faschismus in Deutschland, als Stoßtrupp des Kapitals. Gleichzeitig wurden sowohl die staatlich-politischen Kräfte und Institutionen als auch die faschistischen Kräfte von der USA-Botschaft in Kiew mit dem Ziel angeleitet, koordiniert und auch kontrolliert, die Ukraine als politisch-ideologischen Stützpunkt und militärische Basis im Zentrum Osteuropa und als Aufmarschgebiet gegen Rußland und in Richtung Eurasien auf- und auszubauen. Das Ergebnis: Die Natur des gegenwärtigen ukrainischen Staates ist ein Bündnis aus Großkapital und höchster Staatsbürokratie, das sich auf kriminelle und faschistische Elemente unter der politischen und finanziellen Kontrolle der USA stützt.

Nach 2014 wurde begonnen, die russischsprachige Bevölkerung und die Angehörigen anderer Nationalitäten zu assimilieren, ihre Sprache aus Schulen, Ämtern und dem öffentlichen Leben zu verbannen. In den Regionen Donezk und Lugansk stießen diese Maßnahmen auf heftigen Widerstand. 2014 fand ein Referendum statt, bei dem 87 Prozent der Bürger für die Unabhängigkeit stimmten. So entstanden die Volksrepubliken Donezk und Lugansk.



Plakat für Referendum Donbass 2014

Die Kiewer Regierung reagierte darauf mit ihrem achtjährigen Krieg gegen die russischsprachige Bevölkerung, dem abertausende Menschen zum Opfer fielen. Die Umsetzung der im März 2015 auf Initiative Rußlands unter Beteiligung Deutschlands und Frankreichs abgeschlossenen Minsker Vereinbarungen wurde abgelehnt.

Die USA, Großbritannien und andere NATO-Staaten flankierten das mit der militärischen Ausbildung der ukrainischen Armee. Militärische Einrichtungen der NATO wurden installiert, darunter die berüchtigten Pentagon-Labors für die Entwicklung bakteriologischer Waffen.

Im Dezember 2017 beschloß die Trump-Administration, „defensive Waffen“ an die Ukraine zu liefern. Andere NATO-Staaten folgten. Die Ukraine nahm an Manövern der NATO teil. Im Juli 2021 war das Land „Gastgeber“ für das Manöver Sea Breeze im Schwarzen Meer, an dem 32 Staaten beteiligt waren.

Im November letzten Jahres wurden von US-Außenminister Antony Blinken und seinem ukrainischen Amtskollegen die „Charta USA – Ukraine über die strategische Partnerschaft“ unterzeichnet. Das Dokument bezieht sich ausdrücklich auf die Erklärung des Bukarester Summits von 2008, die beinhaltete, daß die Ukraine und Georgien Mitglied der NATO werden.

Mit dem schrittweisen Ausbau der Ukraine zu einer strategischen Basis, mit dem militärischen Einkreisen Rußlands und der parallel dazu einhergehenden wirtschaftlichen Blockade, mit erhöhtem internationalem politischem Druck auf Rußland und verleiender russophober Propaganda war die Ukraine zum größten Gefahrenherd für die

Sicherheit ganz Europas geworden. Rußland war mit einem grundsätzlichen strategischen Wandel konfrontiert.

Im Dezember 2021 machte Rußland einen Vorschlag für Verhandlungen über die Nichterweiterung der NATO an die Vereinigten Staaten. Die Adressaten weigerten sich, konstruktiv zu antworten.

Im Januar 2022 hatte die Ukraine 150 000 Soldaten und Nazi-Bataillone im Donbass konzentriert. Kiew bereitete sich mit Unterstützung der USA darauf vor, im März 2022 die Kontrolle über den Donbass durch Krieg zu erreichen.

Bei der Bewertung der inneren und äußeren Entwicklungen mußte Rußland auch die Erfahrungen berücksichtigen, die die Völker der Sowjetunion während des 20. Jahrhunderts gemacht haben. Dreimal haben jene, die auch heute den Ton angeben, versucht, das Land zu zerschlagen und aufzuteilen!

Schon im November 1917 beschlossen die Regierungen der Entente-Staaten auf einer Konferenz in Paris den Kampf gegen die siegreiche Revolution in Rußland. Am 23. Dezember 1917 wurde zwischen England und Frankreich ein Abkommen geschlossen, das die Durchführung einer antisowjetischen Intervention und die Aufteilung Rußlands vorsah. Es wurde vereinbart, von Rußland das Baltikum, die Ukraine, Zentralasien, Bessarabien und andere Territorien abzutrennen und sie in antirussische, koloniale Gebilde umzuwandeln.

Der Kaukasus, das Kuban- und das Dongebiet sollten zur englischen Einflußzone gehören. Die Ukraine, Bessarabien und die Krim zur französischen. Der Ferne Osten und Sibirien sollten zur Einflußsphäre der USA und Japans gemacht werden.

Charakteristisch war schon damals, daß sich alle imperialistischen Mächte in dem Bestreben einig waren, die Sowjetmacht zu vernichten. Bei der Umsetzung der Pläne verfolgte jede Macht ihre eigenen Ziele, versuchte ihre Konkurrenten auszuschalten, um von den reichsten Territorien selbst Besitz zu ergreifen. Nicht zu vergessen: Auch das kaiserliche Deutschland unternahm alle Anstrengungen, um die Sowjetrepublik zu beseitigen. Es besetzte die Ukraine, Belorußland, einen Teil Transkaukasiens, das Baltikum und die Krim. Durch Entente und Deutschland verlor Sowjetrußland seine wichtigsten Lebensmittel-, Rohstoff- und Brennstoffbasen. Die Sowjetrepublik war abgeschnitten von der Kohle des Donezbeckens, von den Erzgruben von Kriwoi Rog, vom Erdöl Bakus und von der Baumwolle Turkmenistans. Die Periode der Bürgerkriege und der ausländischen Intervention endete erst mit der Konferenz von Genua im April 1922.

Die internationalen Beziehungen der folgenden Jahre waren ebenfalls davon charakterisiert, einen wirksamen antisowjetischen Block der Imperialisten zu schmieden. Sie führten zum 2. Weltkrieg und seinen bekannten Folgen.

Prof. Dr. Anton Latzo

Auszug aus der Rede Anton Latzos zum 10. Kundschaftertreffen am 23.4.22 in Strausberg

Wird der Ukraine-Konflikt zu einem europäischen Krieg?

Über 80 Tage tobt in der Ukraine ein militärischer Konflikt, der vom kollektiven Westen als russische Aggression und von der Russischen Föderation (RF) als „Spezialoperation“ bezeichnet wird. Die aufgeklärte politische Linke sieht den Ukraine-Konflikt nicht nur als einen Kampf zwischen den kapitalistischen Staaten Ukraine und Rußland, sondern als das, was er ist, eine militärische Auseinandersetzung zweier Imperien – den führenden Atommächten USA und Rußland. Dabei geht es den USA um die Erhaltung ihrer Führungsrolle in der Welt und für Rußland darum, seinen Platz in der neuen multipolaren Weltordnung zu finden und durchzusetzen.

Diese militärische Auseinandersetzung hat aber nicht, wie vom Westen und der Ukraine behauptet, mit einer völlig grundlosen „russischen Aggression“ am 24. Februar 2022 begonnen, sondern bereits 2014, als die sich bildenden Donbass-Republiken von der ukrainischen Armee und besonders durch die Nazi-Bataillone militärisch bekämpft wurden, was zur Zerstörung der Lebensgrundlagen der dortigen Bevölkerung sowie drastisch zunehmenden Opferzahlen führte und Mitte Februar seinen Höhepunkt (30fache Erhöhung des Beschusses bei Einsatz von Totschka-U-Raketen auf Donezk) erreichte. Rußland als Garantie-Macht der Sicherheit der Republiken DVR und LVR war wegen der 700 000 dort lebenden Staatsbürger der RF gezwungen, auf diesen Genozid im Donbass zu reagieren.

Die USA und die NATO initiierten nicht nur die Provokationen der Ukraine gegenüber Rußland. Sie rüsteten auch das Militär der Ukraine auf, finanzierten und leiteten den Aufbau der militärischen Infrastruktur, wobei sie sich vornehmlich auf die Nazi-Bataillone und auf die in die ukrainischen Streitkräfte integrierten westlichen Söldner stützten.

Sie waren von Anfang an in den Ukraine-Konflikt mit Führungspersonal (bis 12 Generale) und tausenden Spezialisten involviert, was man in Mariupol, wo ein kanadischer NATO-General festgenommen werden konnte und wo sich noch 280 NATO-Offiziere aufhalten sollen, sehen kann.

Dazu kommen ca. 3000 kriegserprobte türkische Soldaten sowie über 7000 Söldner (meist aus westlichen Staaten), eingeschlossenen Kämpfer der französischen Fremdenlegion (letztere wurden bereits vollständig aufgerieben). Derzeit bereitet Großbritannien den Einsatz von bis zu 7000 Mann Spezialtruppen für den Einsatz in der Ukraine vor, und Polen trainiert konkrete Verbände für eine sogenannte Friedensmission zum Besetzen der West-Ukraine.

Die USA und die NATO waren und sind es, die in der Ukraine das Sagen haben. Sie benutzen das Land, um militärische Fähigkeiten und Schwachstellen Rußlands sichtbar zu machen und in Kämpfen mit westlichen Waffen zu verschleißen. Es handelt sich somit

um einen typischen Stellvertreterkrieg, was von den USA genauso verneint wird wie die Tatsache, daß die waffenliefernden und ausbildenden NATO-Staaten zu Konfliktparteien geworden sind.

Die in der Ukraine stattfindende militärische Auseinandersetzung, die zugleich auch das Element eines regionalen Unabhängigkeitskampfes der DVR und LVR beinhaltet, ist das Vorspiel für einen möglichen imperialistischen Krieg der führenden Atommächte USA und Rußland. Dabei sieht sich der kollektive Westen als Verbreiter der „US-Demokratie“ (Olikratie), der einen prinzipiellen Kampf gegen einen „autokratisch regierten Staat“ ausficht.

Rußlands Ziel ist letzten Endes der Kampf gegen die Hegemonie der USA (Lawrow) und auf dem Weg dahin die Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine, besonders in den Donbass-Republiken. Die RF sieht die Spezialoperation als Möglichkeit an, ihre vom Westen nicht ernstgenommenen Sicherheitsforderungen auf diesem Wege zu erreichen.

Je länger die militärische Auseinandersetzung anhält, um so mehr Fragen werden dazu aufgeworfen:

Zu den unmittelbaren Bedrohungen Rußlands

Die Ukraine hat über Jahre die Umsetzung des Minsk-2-Abkommens zunächst verzögert und danach durch den ständigen Beschuß der DVR und LVR nur noch eine militärische Lösung verfolgt, die im Februar 2022 nochmals forciert worden ist.

- Die Ukraine hat über Jahre die Umsetzung des Minsk-2-Abkommens zunächst verzögert und danach nur noch eine militärische Lösung verfolgt und mit dem Beschuß der DVR und LVR auch realisiert und im Februar 2022 nochmals forciert.
- 2021 wurde in der Ukraine per Gesetz die Rückeroberung der Krim und der von Rußland geschützten DVR und LVR angeordnet.
- Im April und im November 2021 bereitete die Ukraine bei aktiver Mithilfe der NATO zwei Blitzkriege zur Umsetzung des Gesetzes mit der jeweiligen Stationierung von mehr als 100 000 Soldaten vor der Krim und vor dem Donbass vor, wobei im April zusätzlich über 40 000 Soldaten des NATO-Defender-Manövers eingegliedert wurden.
- Auf der Sicherheitskonferenz in München verkündete Präsident Selenski die Absicht der Ukraine, aus atomaren Abfällen „dreckige“ Atombomben bauen zu wollen. Bekannt ist, daß an den Grenzen Rußlands 30 Biolabore gemeinsam mit den USA betrieben wurden.
- Nach einem 2021 erlassenen Befehl wurde vor dem Donbass eine gut ausgerüstete Armee mit ca. 120 000 Soldaten in eine nach NATO-Standard ausgebaute

Infrastruktur mit Bereitschaftsdatum 28.2.22 verlegt. Die RF hat eine von den USA und der NATO vorgesehene ukrainische Aggression präventiv abgewehrt und damit tausenden Bewohnern des Donbass das Leben und deren Lebensgrundlagen gerettet (Putin am 9.5.22).

- Eine von der Ukraine angestrebte NATO-Mitgliedschaft würde für Rußland eine ernste Bedrohung darstellen, da dann die Installation neuer NATO-Raketenbasen, ähnlich wie die in Rumänien und Polen, möglich wäre. (Die Anflugzeit für Raketen nach Moskau würde sich von 7 bis 5 Minuten auf ca. 3 Minuten verringern, was eine Abwehr unmöglich machen würde).
- Ein besonderes Bedrohungspotential bilden die 100 000 in- und ausländischen Rechtsextremen, die in der Nationalgarde organisiert sind und eine Wächter- sowie Aufsichtsfunktion in den regulären Streitkräften der Ukraine wahrnehmen.

Wurden wir darüber in den westlichen „Qualitätsmedien“ informiert?

Wer ist wirklich der Aggressor, der kollektive Westen oder Rußland?

Die USA sehen ihre Vorherrschaft in der Welt ernsthaft durch die kreativen und effektiven Entwicklungen Rußlands und Chinas sowie durch deren politische, ökonomische und militärische Annäherung bedroht. Die Strategie der USA ist darauf gerichtet, zunächst Rußland und danach China zu eliminieren. Der mit fünf Milliarden Dollar von den USA initiierte Maidan führte zum Herausbrechen der Ukraine aus dem Einflußbereich der Russischen Föderation, zur Umerziehung der Bevölkerung in Richtung Haß auf alles Russische sowie zur Aufrüstung der Ukraine als Vorposten gegen Rußland. Diese Maßnahmen, die durch gemeinsame Großmanöver, Truppentrainings- und Grenz-Provokationen verstärkt wurden, waren eine ständige Bedrohung an Rußlands West- und Südgrenze. Die von der Ukraine und NATO 2021 vorbereiteten Blitzkriege zur Rückeroberung von Krim und Donbass konnten nur durch aufwändige, aber überzeugende russische Gegenmanöver verhindert werden. Rußland war stets und blieb auch im Februar 2022 die reagierende Seite.

Sanktionen und Gegensanktionen

Die Sanktionen des Westens erzielten bisher nicht die angestrebten Wirkungen. Derzeit gibt es durch Sanktionsüberwindungsmaßnahmen in Rußland sowie durch Gegensanktionen der RF keine prinzipiellen Einschränkungen im Lande oder gar eine vollständige internationale Isolation. Viele Länder nehmen Rußlands Rohstoffe und Energieträger sowie andere Erzeugnisse und Leistungen (meist mit großen Preisnachlässen), die der Westen jetzt ablehnt, an. Es entstehen völlig neue, die EU ausschließende Handelsnetze. Mit dem Ersatz des westlichen

SWIFT-Systeme durch ein russisches (welches bereits von 52 Ländern anerkannt und genutzt wird) und durch Vereinbarungen zwischen den Unterstütztländern (SOZ- und RIC-Staaten, Iran sowie asiatische, arabische und südamerikanische Länder) wird jetzt schon der Dollar in Größenordnungen geschwächt. Dazu kommt, daß Rußland einen neuen Goldstandard für den Rubel gesetzt hat (bis Juni 2022 ist der russische Goldstandard fixiert und gültig – 5000 Rubel für 1 Gramm Gold, USA: 6500 Rubel). Der russische Rubel hat sich durch die kreative Energieträger- und Rohstoffpolitik Rußlands gegenüber dem Dollar und dem Euro um mehr als 50 % verbessert. Die Einnahmen der USA aus der Leitwährungsfunktion, die früher 34 % des US-Staatsbudgets ausmachten, haben sich um ca. 17 % verringert, nachdem viele Länder Energieträger und Rohstoffe untereinander nur noch in ihren Landeswährungen abwickeln und keinen Dollarzins mehr bezahlen. Das führte in den USA zu einer zweistelligen Inflationsrate.

Die Sanktionen haben in Rußland auch positive Auswirkungen auf dessen wirtschaftliche Entwicklung. So haben nun die eigene Luftfahrtindustrie und andere Wirtschaftszweige, die unter den Importprodukten litten, wieder eine Entwicklungschance. Mit den von Rußland als Gegensanktion enteigneten Betrieben westlicher Staaten werden die Verluste durch die von den USA gesperrten Bankaktiva Rußlands ausgeglichen. Auch werden die russischen Oligarchen in ihren Möglichkeiten zum Geldtransfer in den Westen und bei der Nutzung von Offshore-Zonen und somit in ihrer Macht stark eingeschränkt.

Das Rußland in den 90er Jahren vom Westen übergestülpte „liberale Wirtschaftssystem“ hat sich, wie der russische Ökonom für Makrosysteme Michael Hasin erklärte, für die RF als uneffektiv erwiesen. Deshalb sei Rußland dabei, eine „Neue Ökonomische Politik“ auf der Basis sowjetischer und chinesischer Wirtschaftserfahrungen zu entwickeln.

Resultate und Entwicklungen des Ukraine-Konflikts

Rußland hat einen großen Teil seiner Ziele mit der hochgradigen Entmilitarisierung der gesamten Ukraine und der Zerschlagung einer großen Anzahl von ukrainischen Armee-Einheiten und Nazi-Bataillonen erreicht. Im Osten zeichnet sich die vollständige Befreiung der Donbass-Republiken DVR und LVR sowie die Eingliederung weiterer neuer Republiken (Cherson, Nikolajew) ab, die einen Landzugang zur Krim ermöglichen. Die Einführung der westlichen Waffenlieferungen konnte bisher durch die gezielte Zerstörung der Infrastruktur verhindert werden.

In der neuen Phase der russischen Spezialoperation, die unter der Führung des ehemaligen Oberkommandierenden der russischen Streitkräfte in Syrien, Armeegeneral Dwornikow, steht, werden lageabhängig noch effektivere und bisher nicht eingesetzte Waffensysteme in Stellung gebracht. Solche, mehr Überlegenheit und geringere eigene Verluste bringende Systeme, werden der Kampfpanzer T-90-2020, der Mehrfachraketenwerfer „Sonnenbrand“,

GPS-Zerstör- und FEK-Systeme, Kampfplaser, Roboterpanzer, schwere Artilleriesysteme, aber auch neue Flugzeugraketen und modernisierte Kampfhubschrauber sowie Aufklärungs- und Kampfdrohnen sein, die der Ukraine und dem Westen militärische Grenzen aufzeigen werden. In diesem Zusammenhang sei der ehemalige US-Geheimdienstoffizier und Militäranalyst Scott Ritter zitiert, der folgenden, von mir nachvollziehbaren Standpunkt, vertritt:

- Man zeigt uns in den hiesigen Medien auf den Kriegskarten nur die kleinen Pfeile und damit sehen wir nur die ukrainischen Siege. Sieht man aber später auf die großen Pfeile, haben die Russen gesiegt und Territorien real besetzt.
- Rußland verfügt derzeit nur über ein Drittel der Streitkräfte der Ukraine und führt deshalb in einer Zwischenphase zur Vorbereitung des Gefechtsfeldes „Klammer-Operationen“ durch. Gleichzeitig werden mit Präzisionswaffen aus der Luft und mit weitreichender Artillerie Treibstoff- und Munitionslager, Energie- und Versorgungseinrichtungen, Eisenbahnknoten und Schienen sowie Brücken außer Gefecht gesetzt. Die so zur Bewegungslosigkeit gezwungenen ukrainischen Streitkräfte werden dann meist eingekesselt und nacheinander, ohne große russische Verluste, vernichtet.
- Die immer umfangreicher werdenden Waffen- und Munitionslieferungen kommen wegen der gezielt zerstörten Infrastruktur und durch deren effektive Bekämpfung nicht oder verspätet am benötigten Ort an oder werden erbeutet und zur weiteren Verwendung den Milizen der DVR und LVR zugeführt.
- So sitzen viele ukrainische Einheiten in den Städten und auf dem Land ohne Treibstoffe, kaum Munition, ohne Versorgung und ohne Verstärkung und Nachschub fest. Sie werden im Donbass, um Odessa und um Charkow in Kessel gezwungen, die dann schrittweise militärisch aufgelöst werden. Die Verluste an Soldaten durch die Kämpfe, durch Überläufe und Gefangennahmen belaufen sich in der Ukraine auf Tausende, bei der RF auf Duzende Soldaten. Die Russen werden nur die strategische Großstadt Mariupol militärisch einnehmen und keine weitere Großstadt stürmen, um Soldaten und Material zu schonen. So läuft die zweite Phase der Operation ab und die Russen werden ihre Hauptaufgaben – Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine – erfüllen.

In den Beginn der zweiten Phase der Spezialoperation, die von Vorteilen für die Russische Föderation gekennzeichnet ist, fällt die Zusammenkunft der militärischen Ukraine-Unterstützer der NATO und von Willigen am 26. April, auf der US-Basis in Ramstein, auf der die neue Kriegsstrategie des Westens im Ukraine-Konflikt gekürt wurde.

Die wichtigsten Botschaften lauten:

1. Der Krieg wird lang sein – von 1 Jahr bis 10 Jahre.
2. Der Kampf wird bis zum letzten Ukrainer fortgesetzt.

3. Waffenlieferungen werden ausgebaut und das Waffenangebot wird erweitert.
4. Die NATO will auf ihren Territorien ukrainische Brigaden mit NATO-Waffen ausrüsten, ausbilden und damit die russischen Truppen von allen besetzten Territorien verjagen.
5. Angriffe auf das russische Territorium werden bewußt herbeigeführt.
6. Die USA, GB und die Ukraine wollen das entsprechende Gesetz der Ukraine zur Rückeroberung von Krim und Donbass umsetzen.
7. Die Möglichkeit des Einsatzes von Nuklearwaffen wird in Betracht gezogen.
8. USA, GB und die Ukraine wollen Rußlands Niederlage und dessen Nichtangriffsfähigkeit.

Es geht plötzlich nicht mehr in erster Linie um die Verteidigung der Ukraine und ihrer Bürger, sondern darum, der Ukraine mit allen Mitteln zu einem Sieg zu verhelfen und Rußland eine Niederlage beizubringen sowie dem Land die Angriffsfähigkeit zu nehmen. Damit wurde das Kriegsziel der Ukraine und des kollektiven Westens auf Kosten der ukrainischen und der EU-Bürger – mit Inkaufnahme höherer Opferzahlen und Kosten – verändert. Diese Entscheidung führt nicht nur zur Verlängerung der Kampfhandlungen, sondern machen diese zu einem Krieg mit EU- Beteiligung, der sich zu einem EU/NATO/Ukraine-Rußland-Krieg entwickeln und letztlich in einen begrenzten Atomkrieg oder auch Weltkrieg münden kann. Ein solcher Siegfrieden, der mit einem Diktat des Siegers endet, steht nicht für eine langfristige Konfliktlösung oder einen dauerhaften Frieden.

Die Atommacht Rußland hat am 29.4.22 ihre Nukleardoktrin an die heutige Situation angepasst und formuliert, daß sich die RF im Falle einer ernsthaften Bedrohung der Souveränität und Integrität, z.B. Ausdehnung der Kampfhandlungen mit der Ukraine auf russisches Territorium, das Recht vorbehält, einen Präventivschlag mit Atomwaffen zu führen. Der Friedensforscher Prof. Dr. Werner Ruf stellte dazu fest: „Sollte ein solcher Moment eintreten, würde es dann nicht mehr um die Ukrainer und andere Europäer gehen, sondern es entstünde ein Vorwand für das Kräfteressen zwischen den führenden Atommächten der Welt, der tatsächlich zu einem Kernwaffen-Weltkrieg führen könnte. Es ist an der Zeit, daß sich in Europa die Erkenntnis durchsetzt, daß ein Krieg in Europa nicht im Interesse der EU und ihrer Bürger sein kann. Die EU, ihre Parteien und Bürger müssen ihre eigenen Interessen formulieren, auch eine Rückkehr zum Minsk-2-Abkommen von 2015 sollte als solide Verhandlungsgrundlage angesehen werden.“

Da die Ermüdung der Kriegsparteien derzeit nicht absehbar ist, sollten die Opferzahlen und nicht die Erfüllung der Kriegsziele beider Seiten den Zeitpunkt für Verhandlungen zur Beendigung der militärischen Auseinandersetzung bestimmen. Dafür müßten alle friedenswilligen Kräfte sofort, mit ganzer Kraft und wirksamen Aktionen eintreten.

Oberst a. D. Gerhard Giese
Strausberg

Politische Zwänge in den USA hemmen kritisches Denken zur Ukraine-Krise

Der ehemalige Geheimdienstoffizier des US Marine Corps **Scott Ritter**, der u.a. in der ehemaligen Sowjetunion bei der Umsetzung von Rüstungskontrollabkommen, im Stab von US-General Norman Schwarzkopf während des Golf-Kriegs und später als Chefwaffeninspektor der UNO im Irak von 1991 bis 1998 tätig war, äußert sich zum Ukraine-Krieg.

„Seit Rußland eine Militäroperation gegen die Ukraine eingeleitet hat, haben die Rußlandgegner ein Narrativ entwickelt, das sich auf die Irrationalität des russischen Präsidenten Wladimir Putin und seine Phantasien von der Wiederauferstehung der ehemaligen Sowjetunion nach dem Kalten Krieg stützt.

Dieses Narrativ ignoriert die Tatsache, daß der russische Präsident keineswegs aus einer Laune heraus handelt, sondern nach einem Plan vorgeht, den er bereits 2007 vorstellte, als er vor der Münchner Sicherheitskonferenz sprach und die versammelte europäische Führung mit der Notwendigkeit eines neuen Sicherheitsrahmens konfrontierte, der das einheitliche System ersetzen soll, das auf einem transatlantischen Bündnis (NATO) unter Führung der Vereinigten Staaten beruht. Darüber hinaus strebt Putin keineswegs die Wiederherstellung der ehemaligen Sowjetunion an, sondern verfolgt lediglich ein System für die Zeit nach dem Kalten Krieg, das die Interessen und die Sicherheit des russischen Volkes schützt, einschließlich derer, die sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion unverschuldet außerhalb der Grenzen Rußlands befinden.

In der heutigen Zeit, in der die politische Gestaltung von Narrativen den Anforderungen innenpolitischer Imperative und nicht der geopolitischen Realität entspricht, ist faktenbasierte Logik nicht en vogue. Seit Jahrzehnten sieht sich die russische Führung mit dem schwierigen Phänomen konfrontiert, daß westliche Demokratien, die mit schwerwiegenden Brüchen zu kämpfen haben, die auf ihre eigene innere Schwäche zurückzuführen sind, eine politische Führung hervorbringen, der es an Kontinuität und Zielstrebigkeit fehlt, wenn es um die Außenpolitik und die nationale Sicherheit geht.

Da das Weiße Haus den politischen Zwängen unterworfen ist, die durch die innenpolitische Realität auferlegt werden, in der das Sprichwort „It's the economy, stupid“ („Es geht um die Wirtschaft, Dummkopf“) weit aus mehr Widerhall findet als jede faktengestützte Diskussion über die Bedeutung der NATO nach dem Kalten Krieg, wird das, was



Geheimdienstoffizier Scott Ritter

als nationale Diskussion über die wichtigen Fragen der äußeren und nationalen Sicherheit durchgeht, in den meisten Fällen auf prägnante, meistens markige Phrasen reduziert. Die entsprechen dem Bedürfnis, die Komplexität eines ausgewogenen Dialogs durch eine simple Gut-gegen-Böse-Darstellung zu ersetzen, die von einer Wählerschaft, der Schlaglöcher und Steuersätze wichtiger sind als die geopolitische Realität, leichter verdaut werden kann. Anstatt zu versuchen, dem amerikanischen Volk die historischen Wurzeln von Putins Besorgnis über die Ausweitung der NATO-Mitgliedschaft oder die praktische Untauglichkeit einer theoretischen Wiederherstellung der ehemaligen Sowjetunion zu erklären, definiert die politische Elite der USA Putin statt dessen als autokratischen Diktator (was er nicht ist), der von einem globalen Imperium unter russischer Führung träumt (solche Träume existieren nicht).

Es ist unmöglich, mit einem politischen Gegenüber zu argumentieren, dessen politische

Formulierungen den auf Unwissenheit beruhenden Narrativen entsprechen müssen. Rußland sah sich mit der Tatsache konfrontiert, daß weder die USA noch die NATO bereit waren, eine verantwortungsvolle Diskussion über die Notwendigkeit eines europäischen Sicherheitsrahmens zu führen, der über die inhärente Instabilität einer expansiven NATO hinausgeht, die versucht, direkt an Rußlands Grenzen vorzudringen. Es ergriff daher Maßnahmen, um den Rahmen zu ändern, in dem solche Diskussionen stattfinden würden. Rußland hatte versucht, einen neutralen Puffer zwischen sich und der NATO zu schaffen, indem es Vereinbarungen traf, die eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine ausschlossen, die die Kampfkraft der NATO von ihren Grenzen entfernte, indem sie darauf bestand, daß die militärisch-technischen Kapazitäten der NATO hinter die 1997 bestehenden NATO-Grenzen zurückgenommen wurden. Die USA und die NATO lehnten einen solchen Dialog von vornherein ab.

Die russische Militäration gegen die Ukraine muß vor dem Hintergrund dieser Realität bewertet werden. Mit der Einleitung einer speziellen Militäroperation gegen die Ukraine schafft Rußland eine neue geopolitische Realität, in deren Mittelpunkt die Bildung eines Puffers verbündeter slawischer Staaten (Belarus und Ukraine) steht, der ähnlich wie die Grenze zwischen Ost- und Westdeutschland zu Zeiten des Kalten Krieges an die NATO grenzt. Rußland hat diesen Puffer militariert und damit die Voraussetzungen für eine Pattsituation geschaffen, wie sie während des Kalten Krieges bestand. Die USA und die NATO werden sich auf diese neue Realität einstellen müssen und Milliarden ausgeben, um eine militärische Kapazität wiederzubeleben, die seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion verkümmert ist.

Und jetzt kommt die Pointe: Die Wahrscheinlichkeit, daß Europa sich gegen eine Wiederaufnahme des Kalten Krieges sträubt, ist groß.“

Übersetzung: Zeit-Fragen

Quelle: Global Times, 24.3.2022

Die Kriegsziele des Westens

Zur Kriegsstrategie des Westens hatte sich bereits am 24. März Chas Freeman geäußert, ein US-Diplomat, dessen Karriere ihn im Auswärtigen Dienst der Vereinigten Staaten in den Jahren von 1965 bis 1995 unter anderem auf den Posten des US-Botschafters in Saudi-Arabien und in eine Spitzenposition im US-Verteidigungsministerium führte. Freeman urteilt, „alles, was wir tun, zielt offenbar darauf, die Kämpfe zu verlängern, anstatt

ihr Ende und einen Kompromiß zu beschleunigen“. Es schein „eine Menge Leute“ in den USA zu geben, die das „prima“ fänden. Es sei „gut für den militärisch-industriellen Komplex“, es bestätige „unsere negativen Ansichten über Rußland“, es stärke die NATO, und es bringe China in Verlegenheit. Zwar werde dieses Vorgehen zu einer großen Zahl an Todesopfern führen, dennoch fragten sich einige im Westen offenbar insgeheim: „Was ist so

schrecklich an einem langen Krieg?“ Schließlich sei das Ganze – de facto ein Stellvertreterkrieg gegen Rußland – für den Westen „im wesentlichen kostenfrei“. Man könne die Strategie der transatlantischen Mächte so auf den Punkt bringen: „Wir kämpfen bis zum letzten Ukrainer für die ukrainische Unabhängigkeit.“

Zitiert aus *german-foreign-policy.com*, 19.4.2022

Böses Erwachen

Am 24. Februar wachte Europa mit einer Nachricht auf, die kaum jemand für möglich gehalten hatte: „Erstmals seit 1945 findet wieder Krieg auf europäischem Boden statt.“ So oder so ähnlich prasselte es aus fast allen Kanälen, so oder so ähnlich vermeldeten es die meisten Medien.

Doch dem Beginn der von Rußland gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken geführten Militäroperation in der Ukraine (vom Westen reflexartig als Krieg definiert, ein Wort, das er im Krieg gegen Afghanistan bis zur desaströsen Flucht immer gemieden hat), liegt eine Erzählung zugrunde, die auf zwei Lügen basiert, einer handfesten und einer zweiten mit einem eingebauten Eingeständnis der besonderen Art. Bei der ersten müssen wir uns nicht lange aufhalten. Der NATO-Krieg 1999, der erste Krieg auf europäischem Boden nach 1945, geführt, um die Bundesrepublik Jugoslawien zu vernichten, war ja – heißt es – eine präventive Maßnahme zur Verhinderung eines „zweiten Auschwitz“; tatsächlich ging es um die Eliminierung der letzten sozialistischen Staatlichkeit auf dem Kontinent. Auf den Schultern Joschka Fischers, eines seiner Kriegs-Propagandisten, sitzt inzwischen Annalena Baerbock, nicht als ehemalige Trampolinspringerin in Vorbereitung einer Zirkusnummer, sondern um einen „Genozid“ in der Ukraine zu erspähen oder zu verhindern. Zur zweiten Lüge: Angeblich löste der 24. Februar Schockwellen in der NATO aus, als in der letzten Februarwoche das begann, was bereits viele Wochen vorher herbeispekuliert und herbeigeschrieben worden war. Wie erklärt sich also das medienwirksam gespielte Entsetzen in den Staaten des Kriegsverbündnisses, als sie das zuvor „kaum für möglich Gehaltene“ zur Kenntnis nehmen mußten? Ganz einfach, sie haben schlicht und einfach nicht wirklich wahrhaben wollen, daß die russische Regierung eine solche Entscheidung wirklich treffen würde. Es gäbe den Begriff „Kalter Krieg“ gar nicht, wenn die Sowjetunion nicht nur den Krieg gegen den deutschen Faschismus, sondern nicht auch den größten Kolonialkrieg der Geschichte (denn ein solcher war es eingedenk der Pläne Hitlerdeutschlands) gewonnen und somit den antikolonialen Befreiungsbewegungen einen gewaltigen Schub verliehen hätte. Es war bereits W. I. Lenin, der die antikoloniale Revolution als Teil des Kampfs gegen Imperialismus und Kapitalismus bezeichnet hatte. Die weltweite Sympathie, die der Sowjetunion 1945 entgegenschlug, machte sie aber, so irritierend dies klingen mag, auch angreifbar. Denn das Kerngeschäft des Imperialismus – staatlich organisierte Ausdehnung seines Herrschaftsgebiets mit Hilfe eingefädelter Militärputsche, brutale Ausbeutung weltweiter Rohstoffquellen, Regime Changes nach Bedarf – durfte, wollte und konnte sich die erste sozialistische Staatsmacht nicht zu eigen machen. Der Gesichtverlust wäre irreparabel gewesen. Allerdings war die Sowjetunion gezwungen, den USA als imperialistischem Dominator auch waffentechnische Paroli zu bieten. Als der Nobelpreisträger für Chemie, Otto Hahn, Ende der vierziger Jahre darüber informiert wurde,

daß die Sowjetunion ihre erste Atombombe gezündet habe, war sein Kommentar: „Eine gute Nachricht. Damit wird der Frieden sicherer.“ Ein tiefer Blick in die Geschichte des 20. Jahrhunderts ist notwendig, um das zu verstehen, was sich derzeit vollzieht. Es waren und sind drei Kriege, die vom westlichen „Werteregime“ gegen die Sowjetunion und dann gegen Rußland geführt wurden und werden. Der erste war ein Vorkriegs-Krieg. Er begann mit der Oktoberrevolution und setzte sich fort, als die faschistische Wehrmacht am 1. September 1939 erst in Polen einmarschierte, um knapp zwei Jahre später, am 21. Juni 1941, mit dem Überfall auf die Sowjetunion den zweiten Weltkrieg zu beginnen. Spätestens mit den Beschlüssen von Potsdam begann 1945, nein, nicht der Kalte Krieg, sondern der dritte, der Nachkriegs-Krieg gegen ein vom Krieg verwüstetes Land, die Sowjetunion, der auch gegen das heutige Rußland fortgeführt wird.

Kalter oder Nachkriegs-Krieg*

Bekanntlich wurden auf Befehl von Präsident Harry S. Truman am 6. bzw. 9. August 1945 die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki durch den Abwurf von Atombomben dem Erdboden gleichgemacht. Diese Demonstration militärischer Stärke hatte sich weniger gegen den bereits geschlagenen japanischen Militarismus als vielmehr gegen die UdSSR gerichtet, die von den maßgeblichen Kreisen des US-Imperialismus als der entscheidende Widerpart beim Versuch der Errichtung einer globalen politischen, ökonomischen und militärischen Hegemonie der Vereinigten Staaten angesehen wurde. Doch vor allem das große Ansehen der UdSSR in bedeutenden Teilen der Bevölkerung der USA wie in der gesamten Weltöffentlichkeit ermöglichte keinen abrupten Übergang zu einer von Feindschaft geprägten Politik gegenüber dem ersten sozialistischen Staat. Der Weg von der Kooperation im Kampf gegen den deutschen Faschismus zu einer globalen Konfrontation mit der Sowjetunion, die zuvor den entscheidenden Beitrag zur Niederwerfung von Nazideutschland geleistet hatte, war deshalb nach dem Tod von Präsident Franklin D. Roosevelt am 12. April 1945 zwar begonnen, aber erst im Jahre 1947 weitgehend vollendet worden. Von nun an war der Kalte Krieg (der Nachkriegs-Krieg gegen die Sowjetunion), den der ehemalige britische Kriegspräsident Winston Churchill am 5. März 1946 mit einer Ansprache in Fulton/Missouri und US-Präsident Harry S. Truman mit einer Rede vor beiden Häusern des Kongresses am 12. März 1947 öffentlichkeitswirksam eingeleitet hatten, die dominierende Tendenz in den internationalen Beziehungen. Das „Wandeln am Rande des Abgrunds“ (brinkmanship), die „Eindämmung des Kommunismus“ (containment), ja selbst die Orientierung auf eine auch militärisch zu planende „Zurückdrängung“ (roll back) und „Befreiung“ (liberation) der sozialistischen und volksdemokratischen Länder in Europa und Asien standen zukünftig in Washington an vorderster Stelle der politischen Agenda. Es galt in diesem Zusammenhang die Frage zu beantworten, in welcher Weise die

exklusive Verfügung über Atomwaffen für die Durchsetzung der US-amerikanischen Interessen nutzbar gemacht werden könnte. So machten z. B. die auf den zahlreichen Außenministerkonferenzen der vier alliierten Siegermächte agierenden Chefdiplomaten der USA den Vertretern der UdSSR in ihrem Auftreten unmißverständlich deutlich, daß sie „in ihrer Tasche die Atombombe“ trugen. Denn mit der neuen Massenvernichtungswaffe – so die vorherrschende Denkmalsart in Washington – verfügten die USA über ein wirksames Droh- und Erpressungsinstrument, um der UdSSR jederzeit ihren Willen aufzuzwingen zu können. Die Agenda mußte allerdings alsbald überarbeitet werden, denn mit dem erfolgreichen Test einer Atombombe war es der UdSSR am 29. August 1949 gelungen, das Kernwaffen-Monopol der USA zu brechen. Sie hatte damit die Voraussetzungen geschaffen, sich als zweite Nuklearmacht zu etablieren. Dieser Test traf die Militärs in den Vereinigten Staaten vollkommen überraschend. Sie waren davon überzeugt, daß die Sowjetunion frühestens Mitte der fünfziger Jahre imstande sein könnte, eine Kernwaffenexplosion durchzuführen. Das bedeutete aber nicht, daß Pläne für einen möglichen Einsatz der Atombombe in den Schubladen verschwanden. Die geplante Stationierung der „Enthauptungswaffen“ Pershing 2 und Cruise Missiles Anfang der 80er Jahre beschleunigte das Wachstum der größten Friedensbewegung in der BRD, die auch mit dem Namen der Grünen-Politiker Petra Kelly und Gert Bastian verbunden ist. Wie aktuell das Thema ist, belegen die Kündigungen mehrerer Rüstungskontrollverträge (z. B. ABM, INF), die durch Spekulationen über „verfeinerte“ Entwicklungen nuklearer Waffen begleitet werden.

Alternative Massenvernichtungswaffen im 21. Jahrhundert

Es war Kurt Schumacher, SPD-Vorsitzender von 1946 bis 1952, der vom marxistischen Philosophen Robert Steigerwald auf die Gefahr eines dritten Weltkriegs angesprochen, geantwortet hat: „Mag sein, aber diesmal gewinnen wir, weil die Amerikaner an unserer Seite stehen.“ Möglich, daß Schumacher damals noch in den Kategorien des Militärwissenschaftlers Carl von Clausewitz – „Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ – gedacht und die vernichtende Wirkung der Atombombe in Hiroshima und Nagasaki nicht realisiert hatte, dennoch hat der Satz Bestand. Ich zitiere in deutscher Übersetzung Garikai Chengu, der als Ergebnis eines Forschungsauftrags an der Harvard University einen Text unter dem Titel „Sanctions of Mass Destructions: America's War on Venezuela“ veröffentlicht hat. Darin heißt es u. a.: „US-Wirtschaftssanktionen sind das schlimmste Verbrechen gegen die Menschheit seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Wirtschaftssanktionen der USA haben mehr unschuldige Menschen getötet als alle jemals in der Geschichte der Menschheit verwendeten nuklearen, biologischen und chemischen Waffen.“ Erinnert sei hier noch einmal an die ehemalige US-Außenministerin Madeleine

Albright, die auf die Frage, ob die Sanktionen den Preis der halben Millionen Kinder wert seien, geantwortet hat: „Wir meinen, daß sie den Preis wert sind.“ Mit diesem Satz hat die Ende März verstorbene Busenfreundin Joschka Fischers den Tod von 500 000 irakischen Kindern infolge der US-Sanktionen gerechtfertigt. Ein bewußt mit Atomwaffen geführter Krieg verbietet sich, weil die Gefahr der Selbstvernichtung für alle Beteiligten zu groß wäre. Als Ersatz dienen Massenvernichtungswaffen: Sanktionen und Embargos. Sie sind das Vorspiel oder die Begleitmusik einer Regime-Change-Politik wo und wann immer ein Staat sich der Übernahme des westlichen Wertekans widersetzt.

Ein Vertrauen, das es nie gab

Rußland befindet sich spätestens seit den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts in einem neuen Stadium im Nachkriegs-Krieg. Beim zuerst noch von Michail Gorbatschow vorgeschlagenen „Haus eines gemeinsamen Europas“ schalteten die westlichen Ohren auf Durchzug und verlagerten das Kriegsbündnis NATO bis an die russische Westgrenze. Auf juristisch wasserfeste Vertragstexte verzichtend hatte Gorbatschow eine alte Einsicht außer acht gelassen: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. In zwei weiteren Versuchen (2001 und 2007, siehe „RotFuchs“ 5/2022) versprach Wladimir Putin, sich am Bau des europäischen Fundaments zu beteiligen. Aber auch er hat sich Illusionen über einen friedensfähigen Kapitalismus gemacht. Er hat (vergeblich, wie wir heute wissen) für Vertrauen geworben, in der Hoffnung, mit dem imperialistischen Block eine Politik des gegenseitigen Respekts als Grundlage einer friedlichen Koexistenz verabreden zu können. Das Studium der Leninschen Schriften zum Imperialismus hätte ihn von jeglichen Illusionen befreien können. Die sich durch Selbstgerechtigkeit unüberbietbaren Reaktionen der westlichen politischen Akteure und ihrer Sprachrohre in den Medien ließen nur einen Schluß zu: Die Russen sollten im europäischen Haus nicht einmal als Untermieter geduldet werden. Fast wortgleich mit dem Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier hat sich der ehemalige Regierende Bürgermeister Berlins, Michael Müller, mit diesem Satz zu Wort gemeldet: „Wir dachten ja alle, wir hätten eine Friedensordnung in Europa, die lange trägt, und wo auch Rußland ein Partner sein kann. Aber wir sehen auch, daß wir uns geirrt haben.“ Richtig, sie haben sich geirrt, weil sie geglaubt haben, daß sich Rußland wie unter der Präsidentschaft Boris Jelzins vor dem westlichen „Werteregime“ auf Dauer in den Staub legen würde. Als sich dieser Wunsch nicht erfüllte, wurde ein neues Kapitel im Nachkriegs-Krieg aufgeschlagen. Die Grünen boten Formulierungshilfe mit der Forderung der Außenministerin Annalena Baerbock, „wir“ müßten Rußland „ruinieren“. Anders als dem Staat Israel, dem bei jeder sich bietenden Gelegenheit ein Existenzrecht trotz seines genozidalen Vorgehens gegen die Palästinenser garantiert wird, will man dem Staat, der für den Sieg über den Faschismus 27 Millionen Menschen hat opfern müssen, diesen Status nicht gewähren.

Von Grün zu Olivgrün

Viele Menschen meiner Generation haben die Geburt und die Entwicklung der grün-alternativen Partei mit Sympathie begleitet. Hervorgegangen aus der Friedens-, der Antiatom- und der Umweltbewegung hat sie sich mit ihrem emanzipatorischen gesellschaftspolitischen Engagement große Verdienste erworben. Der Aufstieg der Grünen hatte aber auch eine Schattenseite, die ihre antikommunistischen Wurzeln bloßlegte und aus denen immer giftigere Triebe wuchsen. In ihrer dünnkelhaften Einstellung gegenüber den sozialistischen Staaten haben sie Demokratie-Defizite angemahnt, ohne auch nur ansatzweise bereit zu sein, sich auf eine Debatte einzulassen, ob und wie sich unter Kriegsbedingungen ein bürgerlicher oder sozialistischer Demokratietyp durchsetzen ließe. Mit dem Hunger auf parlamentarische und, wie wir jetzt sehen, nukleare Teilhabe wurden alle früheren Grundsätze über Bord gespült.

In einem Gespräch mit dem Völkerbundkommissar Carl J. Burckhardt am 11. August 1939 sagte Hitler: „Alles was ich unternehme, ist gegen Rußland gerichtet.“ Der „Führer“ befürchtete, daß „der Westen zu blind und zu dumm ist, um dies zu begreifen“. Deshalb sei er gezwungen, das Heft allein in die Hand zu nehmen, „erst den Westen zu schlagen und mich dann gegen die Sowjetunion zu wenden“. Soll es diesmal andersherum laufen? Wollen die USA Europa zwingen, einen Krieg gegen Rußland zu beginnen, und will Deutschland mit A. Baerbock, R. Habeck und A. Hofreiter Seite an Seite mit den USA einen Dritten Weltkrieg riskieren?

Eines der Ziele des Minsker Abkommens 2015 (Minsk II) war eine Vereinbarung über den Sonderstatus für die beiden Regionen Donezk und Lugansk. Das Abkommen wurde von den Präsidenten der Ukraine, Rußlands, Frankreichs und von der Bundeskanzlerin (A. Merkel) unterzeichnet. Alle Unterzeichner waren folglich für die Umsetzung verantwortlich. Es gab aber noch einen Beteiligten. Es war der „unsichtbare Dritte“, der jeweils im Weißen Haus sitzende Präsident, der den Gang der Dinge entscheidend beeinflusst hat. Zuerst war es Barack Obama, dann Donald Trump, und gegenwärtig ist es Joseph Biden. Sie haben „zielorientiert“ das Abkommen sabotiert und ihre Partner in Deutschland und Frankreich zu seiner Verletzung gezwungen. Ein ungeheurer Vorgang. Die Schachfigur in Kiew darf ohnehin keinen eigenen Zug ohne Erlaubnis von „drüben“ tun. Als Selenski es wagen wollte, mit Rußland über einen neutralen Status der Ukraine zu verhandeln, wurde er umgehend von Washington zurückgepfiffen.

Viel zu lange hat der russische Präsident auf eine partnerschaftliche Vereinbarung mit den westlichen Staaten gehofft und dafür gearbeitet. Viel zu lange! Nun wird er verantwortlich gemacht für einen Krieg, dessen eigentlicher Verursacher aber der kriegstreibende Imperialismus ist.

Hans Schoenefeldt

* Der Abschnitt „Kalter oder Nachkriegs-Krieg“ basiert auf einem Artikel „91 Atombomben auf Ost-Berlin“ des 2020 verstorbenen Historikers Dr. Reiner Zilkenat. Reiner gehörte bis zu seinem Tod zum Autorenkreis des „RotFuchs“.



BAERBOCK & SELENSKIJ – FIRMA DES JAHRES 2022

Was sagt uns der Blick?
Mit wem wohl im Bunde?
Friedensgemeinde
Zeigt sich entsetzt.
Der Ruf nach Waffen
Machte die Runde,
Wirkte wie Wodka
In offener Wunde.

Wer hat wohl wen
Hier aufgehetzt?

CIA und Pentagon,
Routiniert besetzt:
Getarnt als Brüder Estragon,
Kamen zwar befleckt davon,
Nur diesmal unverletzt.

Lutz Jahoda

Menschenrechte und der Verrat der Grünen an ihnen

Wollten die Grünen einst nicht Schwerter zu Pflugscharen umschmieden? War es nicht Frau Baerbock, die in ihrer Antrittsrede als neue Außenministerin Menschenrechte für alle einforderte? War es nicht ihre Partei, die für den Schutz der Umwelt eintreten und der drohenden Klimakatastrophe den Kampf ansagen wollte? All diese Versprechungen werden nicht nur nicht eingelöst, sondern in ihr Gegenteil verkehrt. Menschenrechte, Umweltschutz und das „Nein zum Krieg“ spielen keine Rolle mehr.

Bundeskanzler Scholz vereinbarte, wie aus einer Pressemitteilung des kolumbianischen Präsidialamtes vom 6. April hervorgeht, Ersatzlieferungen für Kohle aus Rußland mit dem kolumbianischen Präsidenten Herrn Duque. Es handelt sich um Kohle von einem Bergbaukonzern, der seit Jahrzehnten gegen Menschenrechte verstößt und der Umwelt massiven Schaden zufügt. Nicht von ungefähr fordern diverse Menschenrechtsgruppen: „Keine Importe kolumbianischer Blutkohle!“ Die Kohle aus Kolumbien kommt zum großen Teil aus dem Nordosten des Landes. Die Förderung in dem 69 000 Hektar großen Tagebau El Cerrejón hat den dort ansässigen Menschen ihre Lebensgrundlage genommen. Die nun schon 30 Jahre andauernde Ausbeutung dieses Rohstoffs hat einen extremen Mangel an Wasser verursacht und damit das, wovon die Wayuu früher lebten – Landwirtschaft, Ziegenhaltung und Fischerei – zerstört. El Cerrejón hat sich außerdem frühere Lebensräume der Gemeinden angeeignet und den Vertriebenen so den Zugang zu ihrer traditionellen Nahrungsvorsorgung versperrt. Der Tagebau verbraucht täglich mehr als 17 Millionen Liter des lokalen Wassers, während jeder Einwohner durchschnittlich nur über 0,7 Liter von nicht trinkbarem Wasser pro Tag verfügt. Insgesamt sind in den letzten neun Jahren ca. 6 000 Wayuu-Kinder durch Mangel- und Unterernährung gestorben.

Diese Problematik ist der bundesdeutschen Regierung bekannt. Auch Frau Baerbock kennt diese Situation. 2019 hat sie eine kleine Anfrage an die Bundesregierung in bezug auf Steinkohleimporte aus Kolumbien gestellt. In ihrer Erklärung führte sie aus: „Laut kolumbianischen und internationalen Menschenrechtsorganisationen kommt es beim Steinkohleabbau in Kolumbien zu schweren Menschenrechtsverletzungen und gravierender Umweltzerstörung. Es kommt zu massenhaften Vertreibungen und Gewaltakten gegen die Zivilbevölkerung sowie gegen Umweltaktivistinnen und Umweltaktivisten und Kritikerinnen und Kritiker der sozialen und ökologischen Ausbeutung.“

Nun, zur Außenministerin aufgestiegen, kündigte sie den „vollständigen Ausstieg“ aus russischen Energieimporten an: „Aus Kohle

bis zum Sommer; Öl halbieren wir bis zum Sommer und werden bis Jahresende bei Null sein.“ Daß die „Verteidigerin der Menschenrechte“ diese gerade mit Füßen tritt, tut nichts zur Sache.

Ganz auf ihrer Linie ist auch Wirtschaftsminister Habeck, der eine „Energiepartnerschaft“ mit Katar vereinbart hat. Auch dort werden Menschenrechte aufs sträflichste verletzt. Plötzlich ist das nicht mehr der Rede wert.

Anfang August 2016 wurden durch das Bundeswirtschaftsministerium und das Bundesumweltministerium umfangreiche neue und verschärfte Regelungen zum Einsatz von Fra-

Bundesregierung sieht keine systematischen Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitsbehörden in Kolumbien.“ Vorwürfe einer „systematischen Praxis“ des gewaltsamen Verschwindenlassens, außergerichtlicher Hinrichtungen und Folter würden weder durch die Interamerikanische Menschenrechtskommission noch durch die Vereinten Nationen gedeckt. Was für eine Ignoranz!

Am 7. Oktober 2021 veröffentlichte die Beobachterkommission „SOS Colombia“ ihren Abschlußbericht über Untersuchungen von Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien. Die Mission bestand aus 41 internationalen

Politikern, sozial engagierten Menschenrechtlern, Mitgliedern der Presse sowie dem Generalsekretär des Vatikans. Die kolumbianische Regierung wurde für elf Verbrechen schuldig gesprochen. Dazu zählt die Vertreibung von Millionen Bauern, indigener und Afro-Gemeinschaften. Der Präsident der Parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika des Europaparlaments, Javier López, brachte im Januar 2021 seine Besorgnis über die „Schikanie, Einschüchterung und Ermordung von Verteidigern und Aktivisten der Menschenrechte, der Umwelt und der indigenen Völker in Kolumbien“ zum Ausdruck. Nach wie vor werden Menschenrechtsaktivisten, Comunes-Mitglieder und

demobilisierte FARC-EP-Kämpfer ermordet. Die Organisation Indepaz veröffentlichte am 13. April die alarmierende Statistik, die 217 Massaker und 830 Opfer in den letzten beiden Jahren erfaßt.

Sogar aus den USA, als wichtigster Verbündeter Kolumbiens, kommen kritische Töne. Im Menschenrechtsbericht des US-Außenministeriums für das Jahr 2020 wird über Tötungen und Übergriffe der Sicherheitskräfte an Zivilisten unter der Regierung von Iván Duque berichtet. Und die Bundesregierung stellt sich hin und lügt dem Parlament vor, daß das alles nicht stimmt.

Jetzt wird die bundesdeutsche Regierung schwere Waffen in die Ukraine liefern. Die Grünen spielten den Vorreiter. Es bedeutet eine Verlängerung des Krieges und riesige Gewinne für die Rüstungsindustrie. Und wenn alles kaputt geschossen ist, kann man am Aufbau verdienen. Statt Konfliktlösung nimmt man lieber einen neuen Weltkrieg und damit einen Atomkrieg im Kauf. Schon allein das ist ein Verbrechen. Ich frage mich, mit welchem Recht spielt die Regierung mit unserem Leben? Dafür wurde sie nicht gewählt.

Menschenrechte sollten für alle gelten, für Ukrainer, Kurden, kolumbianische Ureinwohner, Kubaner. Wer bedienungslos dazu steht und sich dafür einsetzt, hat mein Vertrauen. Diese Regierung zählt nicht dazu.

Peter Blöth
Böbing



Ostermarsch 2022

cking in Deutschland im Bundesgesetzblatt verkündet, die gewährleisten, daß der Schutz von Trinkwasser und Gesundheit absoluten Vorrang hat. Jetzt verzichtet die Bundesregierung unter Federführung der Grünen auf das kostengünstige und auch umweltschonende Gas aus Rußland. Statt dessen wird das teure Gas und Erdöl aus den USA importiert, was sich wiederum gegen den Umweltschutz richtet und die Kosten nach oben treibt.

Frau Baerbock sieht sich als Vorkämpferin für die Einhaltung und Durchsetzung von Menschenrechten, was sie gern bei jeder sich bietenden Gelegenheit kundtut. Aber offenbar geht sie von zwei unterschiedlichen Arten von Menschenrechten aus. Wenn sie meint, Rußland, China oder Kuba verstoßen dagegen, ist sie die erste, die nach Sanktionen ruft. Verstoßen Verbündete wie die Türkei, USA oder Kolumbien dagegen, werden beide Augen zugedrückt. Wie ist zu verstehen, daß die Türkei ungehindert einen Vernichtungskrieg gegen die kurdische Bevölkerung führen kann und man schweigt dazu? Wie kann es sein, daß die Bundesrepublik vor wenigen Wochen einen Kooperationsvertrag mit dem kolumbianischen Militär als „Freund der NATO“ unterzeichnet hat? Peter Ptassek, Botschafter in Kolumbien, sagte dazu: „Wir haben in Kolumbien einen sehr guten Partner und es ist eine Ehre, mit ihm zu kooperieren.“

Die Linke stellte im Bundestag eine kleine Anfrage dazu. Sie erhielt folgende Antwort: „Die

Lafontaine: Amerika treibt Europa in einen Atomkrieg

In einem Beitrag in der *Schweizer Weltwoche* vom 28. April weist Oskar Lafontaine darauf hin, daß es sich beim Ukraine-Krieg in Wirklichkeit um einen Stellvertreterkrieg zwischen den USA und Rußland handele. So sei es laut dem Stratfor-Gründer George Friedman bereits seit Jahrzehnten das Hauptziel der USA, eine Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Rußland zu verhindern, woraus man heute auch ersehen könne, was das Ziel der NATO-Osterweiterung war:

„Man versteht auch, warum die stellvertretende Außenministerin der USA, Victoria Nuland, vor Jahren freimütig zugab, daß die USA fünf Milliarden Dollar ausgegeben hätten, um eine ihnen genehme Marionettenregierung in Kiew zu installieren.“

Daher sei es plausibel, wenn Experten davor warnen, daß die US-Strategie auf einen langen Krieg in der Ukraine hinauslaufe. Es sei jedoch erstaunlich, daß man dies in Deutschland nicht sehen wolle. Problematisch sei auch, daß es in der jetzigen Regierung wenige Politiker mit außenpolitischer Erfahrung gebe. So fehlen der SPD derzeit Entspannungspolitiker wie einst Willy Brandt oder Egon Bahr, und auch von der FDP sei nicht viel zu erwarten. Die „gefährlichsten US-Vasallen“ seien jedoch heute Die Grünen:

„Man dachte, es könne nicht schlimmer kommen, aber die neue Außenministerin Annalena Baerbock bedient sich schon

mal faschistoider Sprache und will Rußland ‚ruinieren‘. Sie steht nach eigenem Bekunden auf den Schultern der kürzlich verstorbenen Madeleine Albright, die den Tod von 500 000 irakischen Kindern durch US-Sanktionen rechtfertigte. Man stelle sich das Geschrei der Grünen vor, wenn der russische Außenminister Lawrow den Tod von 500 000 ukrainischen Kindern, mit welcher Begründung auch immer, rechtfertigen würde.“

Steigende Waffenlieferungen seien ein Teil der Politik der Biden-Administration, die Rußland um jeden Preis schwächen will und dabei keine Rücksicht auf die Toten nimmt, die das zur Folge hat. Auch Bundestagsabgeordnete, die Waffenlieferungen fordern, werden mitverantwortlich sein für die täglich wachsende Zahl an Opfern, warnt Lafontaine:

„Wie lange soll der Krieg denn dauern? So lange wie der Krieg in Afghanistan? Warum lernt die deutsche Politik nicht aus den Fehlschlägen der US-geführten Interventionskriege, an denen sich die Bundeswehr beteiligt hat?“

Die einzige Hoffnung bestehe nun darin, daß der französische Präsident Macron und Scholz eine Verhandlungslösung auf Basis der Neutralität der Ukraine und der Autonomie für den Donbass anstreben würden. Der ukrainische Präsident jedoch sei kein verlässlicher Verhandlungspartner, da er „von den USA und

den Rechtsextremen in der Ukraine“ immer wieder unter Druck gesetzt werde.

In einem historischen Rückblick erläutert Lafontaine weiter, daß beispielsweise auch Willy Brandt wußte, daß man eine Politik des Friedens und der Entspannung nur gegen die Widerstände in den USA durchsetzen könne, was sich in seiner Ostpolitik widerspiegelte.

„Die USA waren sehr verärgert, wie ein Telefonat Henry Kissingers mit Richard Nixon bewies, in dem Kissinger unverhohlen Willy Brandt den Krebs an den Hals wünschte.“

Mittlerweile führe man in Deutschland jedoch eine „abenteuerliche Diskussion“, in der versucht wird, die derzeitige Lage als eine Folge des Versuchs einer guten Zusammenarbeit mit Rußland darzustellen:

„Selten wurde die Wahrheit so auf den Kopf gestellt. Noch nie wurde so deutlich, in welchem Ausmaß die US-Propaganda die Medien und die politische Debatte in Deutschland bestimmt.“

Sofern es nicht bald gelinge, einen Verhandlungsfrieden zu erreichen, steige die Gefahr eines Atomkrieges, „weil die Verantwortlichen in Moskau mit dem Rücken zur Wand stehen und die Hasardeure in Washington seit Jahren glauben, man könne einen Nuklearkrieg auf Europa begrenzen“.

Quelle: RTDE, 1.5.22

Der Westen rüstet zum Weltkrieg

Vor kurzem las ich wieder einmal den einzigen Roman Oscar Wildes, sein 1890 erschienenes Meisterwerk „Das Bildnis des Dorian Gray“. Es ist nicht nur eine sozialkritische Auseinandersetzung des Autors mit den gesellschaftlichen Zuständen seiner Zeit. Die Figur Dorian Gray, so scheint mir, steht gleichsam als Metapher für ein ganzes Gesellschaftssystem. Dorian Gray ist ein sehr schöner junger Mann, der es schafft, durch seine auf den ersten Blick einnehmende Erscheinung jeden Menschen zu beeinflussen, zu manipulieren und am Ende, wenn er sein Gegenüber bis zur Neige emotional ausgeplündert hat, zu zerstören. Dabei ist die Schönheit des Mannes nur das Werk teuflischer Kräfte. Sein wahres Ich ist in einem Porträt gefangen, das an seiner statt alt und deshalb verborgen im Dunkel eines Dachbodens ein geheimes Dasein fristet. Gray meidet den von Jahr zu Jahr abstoßender werdenden Anblick seiner selbst auf der Leinwand und stürzt sich immer hemmungsloser in ein Leben des Genusses und Rausches, wobei er gewissenlos jeden aus dem Weg räumt, der seiner Sucht nach grenzenloser Bereicherung und absolutem Vergnügen im Wege steht. Unfähig

zu selbstloser Liebe und echter Freundschaft vermag er nichts dem Leben Zugewandtes zu erschaffen. Schließlich aber kann er seinem eigenen Ich nicht entkommen. Die Maske aus Lüge und Täuschung fällt, der trügende Schein kann nicht mehr blenden. So wird Dorian Gray dann doch noch durch den Anblick seiner monströsen, wahren Fratze auf dem Bildnis vernichtet.

Wer denkt da nicht an das äußerlich schillernde Gewand des Kapitalismus, der selbstzerstörerische Egozentrismus zur Tugend erklärt und der den Narzissmus seiner moralisch verkommene „Eliten“ als Selbstverwirklichung verkauft.

Nun geht es diesem System ähnlich wie Dorian Gray. Es sind ihm Konkurrenten erwachsen, die seiner rauschhaften Hemmungslosigkeit Grenzen setzen. Da er unfähig ist, im Einklang mit anderen zu leben, weil das die Fähigkeit zu teilen voraussetzen würde, bleibt ihm nur der wahnsinnige Gedanke an die Zerstörung jedes Widersachers, der es wagt, ihm entgegenzutreten. Moralisch eigentlich schon lange innerlich tot wie Dorian Gray, flüchtet er sich in immer apokalyptischere Szenarien, die sein

eigenes Überleben sichern sollen. Eine solche aberwitzige Idee des „Wertewestens“ gipfelt in dem Glauben von der Begrenzbarkeit und Gewinnbarkeit eines Atomkrieges gegen die Rivalen Rußland und China. Es ist, als würden USA und NATO nun, wie es Hitler mit seinen „Wunderwaffen“ tat, nach dem Strohalm greifen, an den man sich klammert, um wider jede Vernunft an eine eigene Zukunft glauben zu können. Doch so wie sich Hitler am Ende in seinem Bunker in einem Rausch aus Lebenslügen und Selbstbetrug über die von ihm selbst geschaffene Apokalypse hinwegsetzen wollte, scheinen auch Führungseliten der USA und der NATO dem Wahn verfallen zu sein, einen begrenzten Atomkrieg führen und gewinnen zu können.

Eine Umkehr, weg von totaler Bereicherung, Machtbesessenheit und Gewalt, ist im Denken der Herrschenden nicht vorgesehen.

Es ist höchste Zeit, daß ein großes Aufstehen und ein Erwachen einsetzt, wenn wir nicht Opfer dieses verbrecherischen Wahnsinns werden wollen.

Ulrich Guhl
Strausberg

Offener Brief an den Bundeskanzler Scholz nach seiner „8. Mai-Rede“

Mit Verlaub, Herr Bundeskanzler,

Sie sind ein Fälscher. Sie verfälschen die Geschichte und täuschen das deutsche Volk. Ich schreibe Ihnen, damit Sie nicht denken, daß Ihnen alle folgen und ich mache das öffentlich, damit Ihnen nicht alle folgen, nicht jene Soldaten in der Bundeswehr, die jetzt „Kanonfutter“ ausbilden, ehe sie selbst welches werden; nicht diejenigen im Transportwesen, die jetzt Ausrüstung und Waffen für einen langen Waffengang ins ukrainische Kriegsgebiet und anderswohin bringen, und nicht die vielen mehr, die ihren Kopf zum Denken einsetzen können und Courage haben sollten.

Es herrscht schon lange Krieg nach 1945, „stückweise Weltkrieg“, wie ihn der aktuelle Papst benannte, ein in dieser Angelegenheit offensichtlich klügerer Führer seines Staates. Und diesen Weltkrieg hat der Westen begonnen mit vielen fürchterlichen Kriegen gegen die koloniale Befreiung, zudem in Guatemala, Ägypten, Kuba, Vietnam, Nicaragua, Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien und anderen Ländern. Immer war das Völkerrecht gebrochen worden.

Und die Deutschen haben mit der von Ihnen falsch zitierten Erklärung gebrochen, spätestens seit 1999 im völkerrechtswidrigen NATO-Krieg gegen Serbien durch ihre Zivilisten tötenden Bomben auf Belgrad. Die deutsche Erklärung lautete nämlich, daß „Nie wieder Krieg von deutschem Boden ausgehen“ solle – wie erbärmlich von Ihnen, selbst diesen Ruf zu verfälschen. Und in der Ukraine läuft seit 2014 ein bitterböser, 14 000 Opfer kostender Krieg des Kiewer Regimes. Er wird gegen einen Teil der eigenen Bevölkerung geführt, mit milliardenschwerer Stütze und Duldung des Westens, bevor und nachdem dieses Regime per inszeniertem Massaker brutal und widerrechtlich an die Macht geputscht worden war, mit anschließenden westlich dirigierte Wahlen zur scheinheiligen Legitimierung des sich entfaltenden faschistoiden Nationalismus. Herr Bundeskanzler, ich halte es auch für Volksverhetzung zu behaupten, „wir verteidigen Recht und Freiheit – an der Seite der Angegriffenen. Wir unterstützen die Ukraine im Kampf gegen den Aggressor“. Der Aggressor war und ist von Beginn an das Kiewer Regime mit dem dahinter agierenden US-angeführten Westen gegen den Donbass. Bis heute geht es über Jahre hinweg mit roher und brutaler Gewalt gegen alle antinationalistischen und antifaschistischen Kräfte vor.

Von den ermordeten und hingemetzelten Menschen im Donbass dort höre ich bei Ihnen kein Wort. Die verbrecherische Kriegsgewalt steigerte sich im Donbass so sehr, daß Rußland von dort um Hilfe ersucht wurde, was in dieser sonderlegalen Konstellation keine Überraschung und auch öffentlich war. Da war Gelegenheit, das Morden

zu stoppen. Von der bereits vorbereitet gewesenen nächsten Kiewer Offensive gegen den Donbass, welcher Rußland dann am 24.2.2022 zuvorkam, ist keine Rede bei Ihnen. Statt dessen taten Sie überrascht.

Aggressiv war auch die jahrelange Zuspitzung der antirussischen Provokationen der Ukraine und des Westens, die absehbar zu Atomwaffen in den Händen von faschistischen Kräften der Ukraine führen sollten bzw. zu NATO-Raketen auf ukrainischem Gebiet, also so dicht an der russischen Grenze wie bis dahin nicht. Wer könnte dann die Welt von solchen Gefahren befreien und von Kräften, die sich mit Hitlers Partner Bandera in historisch einer Linie befinden und dann mit Atomwaffen agieren?

Herr Kanzler, ich gehöre ausdrücklich nicht zu Ihrem „Wir“ und wende mich ausdrücklich gegen die Unterstützung des Kiewer Regimes. Dieses auch für das ukrainische Volk unsägliche Regime hängt am Tropf der NATO, welche wiederum in seiner Gänze den Interessen der Führungsmacht USA zu entsprechen hat. Daß dies der deutsche Steuerzahler alles maßgeblich finanziert, dieses Jahr wohl durch mindestens 100 Mrd. Euro extra, nur nebenbei. Für Schulen, Renten und anderes stehen dagegen keine Mittel in adäquater Größe bereit. Auch die anderen kleinen NATO-Staaten müssen ungeachtet der eigenen sozialen Probleme die hohen Investitionspflichten für das Militär erfüllen.

Und das alles wissen Sie, Herr Kanzler. In dem Sie dies und vieles mehr hier verschweigen, hetzen Sie gegen die Frieden suchenden Kräfte des Donbass und anderswo und schüren antirussische Stimmung. Schlimmer aber ist, daß damit gerade nicht Freiheit verteidigt, sondern schon ein Ansatz dafür unmöglich wird, abgesehen davon, daß wir unterschiedliche Freiheitsbegriffe haben. Nicht auf alles kann ich in angemessener Kürze eingehen. Aber die Aktionen, die Sie als solche für ein Ende der Gewalt preisen, sind gegen dieses Ziel, also auf eine lange kriegerische Auseinandersetzung gerichtet und fördern statt dessen sogar die Gewalt. Die Durchbrechung des Grundsatzes, keine Waffen in Krisengebiete zu senden, ist für Deutsche dabei ein nunmehr offener „epochaler Durchbruch“, um dieses Wort hier einmal passend einzusetzen. (...) Sie rechtfertigen völkerrechtswidrige Sanktionen gegen Rußland, die der Westen mit brutalen Folgen für die Völker in der Welt durchzieht. Gewinner sind die Großkonzerne aus Übersee. Auch dazu fehlt jede sachliche Stellungnahme. Denn ein Zwang zur Beendigung des Krieges entsteht dadurch nicht und auch nicht durch weitere Waffenlieferungen, wie Sie genau wissen.

Sie, Herr Kanzler, helfen mitnichten, „damit die Gewalt ein Ende finden kann“, was Gewalt und Kriege von selbst ja sowieso nicht finden können. Mein Vorschlag: Schlagen Sie

Ihrem ukrainischen Günstling das Schwert aus der Hand – keine neuen Waffen, keine Munition, keine faschistischen Experimente mit NATO-Beteiligung! Ziehen Sie sich aus diesem Desaster zurück und bieten echte Friedensgarantien an. Denn die von Ihnen unerwähnt gebliebenen deutschen und französischen Garantien für die Minsker Abkommen waren nur ein westliches taktisches Manöver im Interesse der Positionierung des Kiewer Regimes gegen diese Abmachungen. Sie wurden gar nicht erst versucht zu verwirklichen, Herr Kanzler, das verheimlichen Sie. Sie wissen ganz genau, daß nichts gegen die vertragsbrüchigen Kiewer getan worden ist. Bei Einhaltung hätte es nämlich keinen Krieg gegeben. Das fehlt bei Ihnen, wodurch ihre ganze Rede zur Lüge wird. Ganz abgesehen vom eigentlichen Anlaß der Rede, nämlich der Würdigung der Roten Armee und der Sowjetunion als entscheidende Siegermacht über den Hitlerfaschismus. Vertrags- und Völkerrechtsbrüche des Westens und des Kiewer Regimes sind die historischen Etappen zum jetzigen ausgeweiteten Konflikt. Und Sie, Herr Bundeskanzler, führen Deutschland in diesen Etappen u.a. bei den völkerrechtswidrigen Sanktionen in die Armut und Abhängigkeit des kränkelnden US-Imperiums. Ich erwarte allerdings von Marionetten nichts anderes, als was Sie da sagen und tun. Und Völkerrecht ignorieren und bei anderen einfordern, ist dummdreist. Ich fordere vorsorglich, lassen Sie das, weiß aber genau, sie können es nicht lassen. Denn, wessen Brot ich eß, dessen Lied ich sing.

Renato Lorenz
Berlin, 8.5.2022

Am 18. Juni begeht unser Freund

Lutz Jahoda

seinen 95. Geburtstag.

Vielen von uns ist der mit viel Charme, Humor und künstlerischem Können gesegnete Schauspieler, Entertainer, Sänger und Autor unter anderem aus der DDR-Unterhaltungssendung „Mit Lutz und Liebe“ oder der TV-Reihe „Der Wunschbriefkasten“ noch gut in Erinnerung.

Wir freuen uns und danken Dir, lieber Lutz, daß Du dem „RotFuchs“ seit vielen Jahren zugetan bist und ihn mit Deinen treffsicheren, pointenreichen, gekonnten Reimkonstrukten zu den politischen Fragen unserer Zeit bereicherst.

Unsere Gratulation verbinden wir mit besten Wünschen für noch viele Jahre unverwüsthliche Schaffenskraft.

Redaktion und Vorstand

Es muß Frieden sein!

Wenn ich das Kriegsgetöse höre, das gerade von deutschen Politikern angestimmt wird, die selbst um den Preis des eigenen Untergangs „Solidarität mit der Ukraine“ üben wollen, dann denke ich, wo wären wir heute, hätte man damals nicht über Odessa geschwiegen.

Aus heutiger Sicht begann der Weg, der in den Krieg führte, an jenem Tag, als Mitglieder von Maidan-Hundertschaften und Aktivisten des Rechten Sektors zu einem Marsch für eine einigte Ukraine nach Odessa aufbrachen. Sie waren bewaffnet und wollten den prorussischen Kräften in der Stadt, die vor dem Gewerkschaftshaus ein Zeltlager errichtet hatten, eine schlagkräftige Lektion erteilen. Das Massaker am 2. Mai 2014 zeigte, wer diejenigen waren, die damals mordeten und heute auf Regierungsposten sitzen.

Am 2. Mai 2014 trennte sich die westliche Welt von der Wirklichkeit in der Ukraine. Hätte es die acht Jahre Krieg im Donbass gegeben ohne Odessa?

Niemand im Westen hat sich die Mühe gemacht, darüber nachzudenken, wie Odessa von der anderen Seite aussah. Menschen in Rußland, im Donbass, die zur sowjetischen Geschichte standen, wurden zur Zielscheibe faschistischer Schlägertrupps. Doch der Westen schaute und schaut weg. Er sieht nicht, wenn man Russen umbringt, er ignoriert die vielen faschistischen Losungen und Symbole, er „bemerkt“ nicht, daß eine Putschregierung am Morden beteiligt ist, die man selbst gerade erst installiert hat. Wenn diese Regierung dann mit Flugzeugen und Panzern über die eigene Bevölkerung herfällt, ist das kein Wort der Erwähnung wert. Acht Jahre lang ging es so. Ob die Donbass-Republiken beschossen, ob Fernsehsender geschlossen, ob Oppositionelle auf der Straße erschossen wurden, ob hunderte Menschen verschwinden, ob von Folter die Rede ist – der Westen dreht den Kopf zur Seite und sieht nichts.

Ich war dort, wir haben die ganzen acht Jahre lang humanitäre Hilfe im Donbass, in den Orten, wo man die Frontlinie sehen kann, geleistet. Man hört, aus welcher Richtung Artilleriefeuer kommt, weil der Abschluß anders klingt als der Einschlag. Man kann auch Mörser, Haubitzen und Raketenwerfer unterscheiden. Das lernt man einmal und vergißt es nie wieder.

Viele der Kinder, die in den letzten Jahren im Donbass herangewachsen sind, werden nie in aller Unschuld ein Feuerwerk genießen können. Das Massaker von Odessa ist unbestreitbare Wirklichkeit, ein Blutfleck, der nicht abgewaschen werden kann. Die Täter von Odessa verkauft man heute als die Helden von Mariupol. Dabei waren sie der Schrecken von Mariupol, was jeder versteht, der weiß, was in Odessa geschehen ist.

Der Westen zeigte damals, 2014, auf doppelte Weise, daß er einen Krieg gegen Rußland führen will. Er zeigte es, indem er die Opfer mißachtete und die Täter stützte. Und er zeigte es, indem er die Wirklichkeit in zwei Teile zerbrach, was zu nichts anderem dient als dazu, die Bevölkerung auf einen Krieg vorzubereiten. Niemand, der die Bilder von Odessa kennt,

wäre je wieder imstande, blau-gelbe Fahnen zu schwingen, oder „Heil der Ukraine“ zu rufen – ein Ruf, unter dem Menschen, die aus dem brennenden Gebäude flüchten konnten, auf dem Platz davor erschlagen wurden. Wir Deutschen müßten das Schweigen des Westens entziffern können. Als die Nazis in Deutschland an die Macht kamen und sogleich begannen, ihre Gegner zu ermorden, zu verhaften, in Lager zu sperren, hat der Westen ebenfalls geschwiegen. Für sie war Nazideutschland eine Waffe, die geschmiedet wurde, um sie gegen die Sowjetunion zu richten. Selbst der Überfall auf Polen war immer noch kein Grund, in den Nazis den Feind zu sehen.

Und heute?

Was wäre denn verloren gewesen, wäre damals über Odessa berichtet worden? Was hätte es gekostet, weiter russischsprachige Schulen zu betreiben, die Verwaltungen mehrsprachig zu lassen? Eigentlich sehen es die Regeln der EU so vor, für Länder, in denen es nennenswerte Minderheiten gibt. Man hätte nach Odessa sagen können, beendet das Treiben dieser Nazitrupps, wenn ihr eine europäische Demokratie sein wollt. Man hätte eine Versöhnung in der Ukraine fordern können. Was hätte das gekostet? Es hätte keinen Krieg im Donbass gegeben; es hätte Tausende Menschenleben gerettet. Warum ist das nicht geschehen?

Warum wurde weitere acht Jahre lang die Möglichkeit, einen solchen Kurs einzuschlagen, die das Minsker Abkommen bot, nicht genutzt? Weil all das nicht das Ziel des Putsches war.

Weil eine solche Ukraine sich nicht als Waffe gegen Rußland hätte nutzen lassen. Das ist der einzige Grund, der sich für dieses Verhalten finden läßt, heute, acht Jahre danach. Um eine Waffe gegen Rußland zu schmieden, mußte in der Ukraine der Haß geschürt werden, und die Ideologie, die dafür gebraucht wird, sie ist dieselbe, die schon einmal dafür gebraucht wurde. Über Odessa wurde geschwiegen, weil man die ganze Ukraine in eine solche Horde verwandeln wollte, wie sie jubelnd vor dem Gewerkschaftshaus stand. Was in Odessa geschah, war kein Versehen, kein Zufall, mehr als der Einstieg in einen ukrainischen Bürgerkrieg und auch mehr als ein grauenvoller Zivilisationsbruch. Odessa war die Kriegserklärung des Westens gegen Rußland.

Heute sehen wir, wie sich Schritt für Schritt in Deutschland abzeichnet, was damals in Odessa vorausging: gelb-blaue Hakenkreuze auf sowjetischen Ehrenmälern; in unserem Land, das der Sowjetunion die Befreiung vom Hitlerfaschismus verdankt, wird die Siegesfahne verboten. Ein Faschist wie der ukrainische Botschafter Melnyk wird hofiert und darf sogar der deutschen Regierung Anweisungen erteilen, als wäre sie die Regierung von Vichy und Melnyk der Sprecher einer ukrainischen Besatzungsmacht.

Vor acht Jahren, am 2. Mai, an dem Tag, zeigte der Faschismus mit dem Brand des Gewerkschaftshauses in Odessa in Europa so offen sein Gesicht, wie es seit Jahrzehnten nicht mehr gesehen war.

Wenn wir heute um die Opfer von Odessa trauern, und die ungezählten, unnötigen, die

bis heute darauffolgt, dann sollten wir eines nicht vergessen: die Menschheit hat das faschistische Untier einmal niedergedrückt. Sie muß und sie kann es erneut tun.

Liane Kilinc

Friedensbrücke-Kriegsopferhilfe e.V.

Auszüge aus der Rede Liane Kilincs zum Odessa-Gedenken am Brandenburger Tor

ES IST AN DER ZEIT

Weit in der Champagne im Mittsommergrün,
Dort, wo zwischen Grabkreuzen Mohnblumen
blühen,

Da flüstern die Gräser und wiegen sich leicht
Im Wind, der sanft über das Gräberfeld streicht.
Auf deinem Kreuz finde ich, toter Soldat,
Deinen Namen nicht, nur Ziffern, und jemand hat
Die Zahl neunzehnhundertundsechzehn gemalt,
Und du warst nicht einmal neunzehn Jahre' alt.

Ja, auch dich haben sie schon genauso belogen,
So wie sie es mit uns heute immer noch tun.
Und du hast ihnen alles gegeben – deine Kraft,
deine Jugend, dein Leben.

Hast du, toter Soldat, mal ein Mädchen geliebt?
Sicher nicht, denn nur dort, wo es Frieden gibt,
Können Zärtlichkeit und Vertrauen gedeihn.
Warst Soldat, um zu sterben, nicht, um jung zu
sein.

Vielleicht dachtest du dir, ich falle schon bald,
Nehme mir mein Vergnügen, wie es kommt, mit
Gewalt.

Dazu warst du entschlossen, hast dich aber
dann
Vor dir selber geschämt und es doch nie getan.

Ja, auch dich haben sie schon genauso belogen
...

Soldat, gingst du gläubig und gern in den Tod?
Oder hast du, verzweifelt, verbittert, verroht,
Deinen wirklichen Feind nicht erkannt bis zum
Schluß?

Ich hoffe, es traf dich ein sauberer Schuß.
Oder hat ein Geschöß dir die Glieder zerlegt?
Hast du nach deiner Mutter geschrien bis zuletzt,
Bist du auf deinen Beinstümpfen weitergerannt,
Und dein Grab, birgt es mehr als ein Bein, eine
Hand?

Ja, auch dich haben sie schon genauso belogen
...

Es blieb nur das Kreuz als einzige Spur
Von deinem Leben, doch hör meinen Schwur,
Für den Frieden zu kämpfen und wachsam zu
sein.

Fällt die Menschheit noch einmal auf Lügen
herein,
Dann kann es geschehn, daß bald niemand mehr
lebt,
Niemand, der die Milliarden von Toten begräbt.
Doch längst finden sich mehr und mehr Men-
schen bereit,
Diesen Krieg zu verhindern, es ist an der Zeit.

Text: Eric Bogle

Verheimlichter Krieg

Die meisten deutschen Medien nahmen den Aufstand im Donbass und die Verbrechen Kiews seit 2014 nicht zur Kenntnis. Ulrich Heyden versucht, das zu korrigieren.

Alle Russen seien gerade Feinde, erklärte der ukrainische Botschafter und Faschistenfan Andrij Melnyk im FAZ-Interview am 5. April. In der „Zeitung für Deutschland“ galt das schon immer. Der Antikommunismus des Kalten Krieges wurde bereits nach dem Ende der Sowjetunion 1991 nahtlos auf die Russische Föderation übertragen.

Das ist auch der Hauptgrund, warum in den öffentlich-rechtlichen Sendern und in den großen Presseorganen der BRD die führende Rolle der Faschisten und Nationalisten beim Maidan-Putsch 2014 verharmlost oder nicht erwähnt wurde. Faktisch völlig verschwiegen wurde die von ihnen sogenannte Antiterroristische Operation, d. h. der Krieg, den sie seit April 2014 gegen die russischsprachige Bevölkerung in der Ostukraine führen. Er hat bis zum 24. Februar 2022 etwa 14 000 Tote gekostet – viele von ihnen wurden von ukrainischen Faschisten gefoltert, erschlagen oder Opfer wahllosen Artilleriebeschusses von Wohnvierteln. In der Propaganda des Westens werden sie „Prorussen“ oder „Separatisten“ genannt. Der erste Ausdruck ist eine rassistische Niedertracht, der zweite war lange falsch – der Aufstand im Donbass begann mit der Forderung nach mehr Autonomie, nicht Trennung von der Ukraine, angesichts des braunen Packs, das sich in Kiew breitgemacht hatte. Weder der Schauspieler im Präsidentenamt Wladimir Selenski noch sein Vorgänger Petro Poroschenko dachten jemals im Traum daran, ihre Versprechen zur Verwirklichung des Minsker Abkommens zu halten.

Abweichende Meinung

Für diese These finden sich in dem Buch „Der längste Krieg in Europa seit 1945. Augenzeugenberichte aus dem Donbass“ des Journalisten Ulrich Heyden Belege in Hülle und Fülle. Wer als Linker oder als Friedenskämpfer in den vergangenen acht Jahren zu wenig über diesen Krieg erfahren hat, dem sei der Band besonders empfohlen. Der Autor war seit 1992 Moskau-Korrespondent für Taz, Tagesspiegel, Deutschlandfunk oder die Sächsische Zeitung – bis 2014. Sie alle haben ihm nach und nach gekündigt. Am 23. März auch der Chefredakteur des „Freitag“, Philip Grassmann. Er teilte ihm lapidar mit, Heyden sei „bis auf weiteres nicht mehr“ für die Wochenzeitung tätig. Denn der Westen trage, anders als Heyden schreibe, „keine Mitverantwortung“ für den Ukraine-Krieg. Merke: Hierzulande wird nicht verboten, abweichende Meinungen werden bloß nicht zugelassen.

Die deutschen Chefredakteure, schreibt Heyden im Vorwort, „schicken seit 2014 keine Journalisten mehr in die Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk. Nur bei den Wahlen im November 2018 seien deutsche

Fernsehjournalisten dort gewesen. Ansonsten hätten deutsche Medienleute und Politiker im Donbass immer nur die ukrainische Seite vor der „Kontaktlinie“, der Front zu den Milizen der Volksrepubliken, besucht. Von dort hätten sie hinüber in „feindliches Gebiet“, in das Gebiet „der von Rußland unterstützten Separatisten“ geschaut. Wen erinnert das nicht an die Holzgestelle auf BRD-Seite an der Grenze zur DDR, von wo aus Touristen auf die „Brüder und Schwestern“ wie auf gruselige Zoobewohner blickten. Der Umgang nach 1990 war entsprechend.

Heydens Kommentar zu dieser Glanzleistung der freien Presse der freien Welt: „Man schaut, versteht aber nichts. Denn man weiß nicht, wie die Menschen in den Volksrepubliken leben.“ Sie seien anscheinend „so etwas wie Aussätzige“. Außer den beiden Bundestagsabgeordneten der Partei Die Linke, Wolfgang Gehrcke und Andrej Hunko, sowie Gunnar Lindemann von der AfD besuchte kein einziger deutscher Politiker die Volksrepubliken.

Keine russischen Truppen

Das hat Folgen. Für die Bewohner des Donbass geht es nicht nur um die Vernichtung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Existenz wie für die Bevölkerung 1990 beim Anschluß der DDR, hier geht es um Tod und Leben. Denn das ist der Sinn des oben zitierten Melnyk-Satzes: Wer Feind ist – und das ist jeder, der Russisch spricht –, wird umgebracht. Heyden begründet seine Idee zu diesem Buch so: „Weil die großen deutschen Medien über den Krieg im Donbass nur aus der Sichtweise Kiews berichten.“ Also Verbrechen abstreiten, denn die begehen nur Russen. Heyden hat in diesem Band Reportagen, Interviews und Analysen aus den vergangenen acht Jahren zusammengestellt, einige sind schon erschienen, anderes liegt erstmals gedruckt vor. Sein Buch, schreibt er, handele „von Menschen, deren Dörfer und Städte von der ukrainischen Armee und rechtsradikalen Freiwilligen-Bataillonen beschossen wurden, von Kindern, die am Geräusch erkennen, um was für eine Granate oder Rakete es sich handelt und woher geschossen wird, von freiwilligen Kämpfern, die sich an der ‚Kontaktlinie‘ zur Zentralukraine tief in die Erde eingegraben haben und gelegentlich auch zurückschießen“.

Heyden war seit 2014 oft in der Region und hat dort nie russische Truppen angetroffen, obwohl doch laut deutschen Unisono-Medien Wladimir Putin das Land besetzen ließ. Wie erklärt sich das? Man müsse, so Heyden, nicht Anhänger des russischen Präsidenten sein, „um festzustellen, daß Rechtsextremismus und Ultrationalismus in der Ukraine von staatlichen Stellen gefördert werden und einen starken Einfluß auf die Gesellschaft haben“. Als Beispiel führt der Autor den bis heute nicht verfolgten und nicht geahndeten Brandanschlag auf das Gewerkschaftshaus von Odessa am 2. Mai 2014 an, bei dem

mindesten 42 Menschen, wahrscheinlich 100 mehr, ums Leben kamen. Heyden war Koregisseur des Films „Lauffeuer“, der das Verbrechen untersucht. Das Berliner Kino „Babylon“ und das „Haus der Demokratie“ zogen 2015 Zusagen für dessen Aufführung zurück. Es wird zunächst nichts verboten, wer unbequeme Tatsachen aufdeckt, wird bloß verjagt.

Deutsche Militärberater

Dazu paßt Melnyks Plapperei am 6. Februar 2022 in der ARD-Sendung „Anne Will“, die Heyden zitiert: „Das deutsche Verteidigungsministerium hat seine strategischen Berater in unserem Verteidigungsministerium seit Jahren sitzen und arbeiten und die deutsche Seite ist bestens informiert, was wir brauchen und was wir nicht brauchen.“ Und, läßt sich ergänzen, was das Nazi-Bataillon „Asow“ benötigt: vor allem Panzer und schwere Haubitzen.

Der Autor hat den Band in sieben Kapitel gegliedert, von „Eine Reise durch die Volksrepublik Lugansk“, über „Das über die Jahre zerredete Minsk-2-Abkommen“, „Die heiße Phase des Krieges 2014/15“ bis „Oligarchen, Kohle-Schmuggel und Schienenblockaden“ sowie „Alltag im Krieg“. Die Gesprächspartner stammen aus allen sozialen und Altersgruppen – nur nicht aus Oligarchenkreisen. Heyden schildert, daß der Aufstand im Donbass 2014 zwar durch das Entsetzen über den Putsch vom 22. Februar 2014 in Kiew und den Einzug von Faschisten in die Regierung ausgelöst wurde, aber stets eine antioligarchische Tendenz hatte. Das gefiel in Moskau nicht, auch in den Volksrepubliken wurden Kommunisten und Linke an den Rand gedrängt.

Hierzulande gilt das Wort des ehemaligen ZDF-Moderators Klaus Kleber vom 21. Juli 2014: „In der Ukraine gibt es keine Faschisten, zumindest nicht an verantwortlichen Stellen in Kiew.“ Wer wie Heyden anderes nachweist, erhält nun auch Schreibverbote wie im „Freitag“.

Arnold Schölzel



Ulrich Heyden: *Der längste Krieg in Europa seit 1945. Augenzeugenberichte aus dem Donbass.* Verlag Tredition, Hamburg 2022, 335 Seiten, 19,90 Euro

Verbindliche völkerrechtliche Klärung wird Jahre brauchen

I.

Es handele sich um einen „völkerrechtswidrigen und durch nichts zu rechtfertigenden Angriffskrieg“, tönt es seit der russischen Intervention in der Ukraine durch alle Medien, quer durch alle Parteien und sämtliche offizielle Bulletins. Wer daran zweifelt, begibt sich in Gefahr. Das hysterisch in grellen Farben apostrophierte Dogma vom „durch nichts zu rechtfertigenden Angriffskrieg Rußlands“ hat seit dem 10. April auch seine Weihen als bundesrepublikanische Staatsdoktrin eines neuen Rede- und Denkverbotes empfangen. In mehreren Auflagenverfügungen der Ordnungsämter (Bremen, Niedersachsen, Frankfurt) für die diesjährigen Ostermärsche fand es Eingang. So weit geht es schon, daß das bloße Mitführen der Sowjetflagge (!) den Anfangsverdacht einer Straftat („Billigung eines Angriffskrieges gemäß § 140 Satz 1 Nr. 2 Strafgesetzbuch (StGB) i.V.m. § 138 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 StGB und § 13 Völkerstrafgesetzbuch“) nahelegt. Angesichts der Kriegshetze erscheint es unerlässlich, einige besonnene Überlegungen zur behaupteten Völkerrechtswidrigkeit der russischen Intervention anzustellen. Zu bemühen sind die Instrumente des juristischen Sezierkastens in der Charta der Vereinten Nationen (in Folge: Charta). Als Hintergrund ist dabei vorauszusetzen, was Arnold Schölzel jüngst im „RotFuchs“ Nr. 291 unter Hinweis auf den Militärtheoretiker Clausewitz feststellt hat, nämlich daß der Krieg stets die Fortsetzung der „Politik mit andern (nämlich gewaltsamen) Mitteln“ ist und daß die Vorgeschichte des 24. Februar 2022 unabdingbar zur Erklärung der Geschehnisse ist.

II.

Unter dem Eindruck der Gräueltaten des Zweiten Weltkriegs und im ideengeschichtlichen Rekurs auf Immanuel Kants Schrift „Zum ewigen Frieden“ (1795) gründen die Prinzipien der 1945 geschaffenen UN-Charta in der gleichberechtigten Souveränität aller Staaten und im strikten Gewaltverbot bezogen auf die Interaktion zwischen Staaten. In der DDR-Zeitschrift „Neue Justiz“ vom August 1966 ist zu lesen, was auch heute noch gilt: „Die Staaten sind also verpflichtet, das Recht auf ungestörte Ausübung der Hoheitsgewalt anderer Staaten zu achten und sich jeder Handlung zu enthalten, die die Gebietshoheit eines anderen Staates in Frage stellt und damit das Völkerrecht verletzt.“ Durch ihre Unterschrift unter die Charta verpflichteten sich die Beitrittsstaaten, diese Prinzipien zu ihren eigenen zu machen. Gleichzeitig, was indes von den imperialistischen Mächten, vornehmlich den USA und der Europäischen Union (EU), wiederholt in Abrede gestellt wurde, überließen die Staaten damit die Definitions- und Sanktionsmacht über das, was im konkreten Streitfall völkerrechtlich gelten soll, allein der Entscheidung der Gremien (Sicherheitsrat und Generalversammlung) und Organe

(Internationaler Gerichtshof) der UN. Strenge genommen ist die UN-Charta der Vertrag zwischen Staaten, die mit ihrer Vereinbarung die zwischen ihnen geltenden Rechte und Pflichten zwingend festlegen. In Art. 39 Charta übertragen sie es dem Sicherheitsrat festzustellen, „ob eine Bedrohung oder ein Bruch des Friedens oder eine Angriffshandlung vorliegt“ und fügen sich dessen Entscheidung. Gemäß Art. 42 Charta besitzt die UN, genauer der Sicherheitsrat, allein das Gewaltmonopol „mit Luft-, See- oder Landstreitkräften die zur

Strafgesetzbuch niedergelegt ist („Notwehr ist die Verteidigung, die erforderlich ist, um einen gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff von sich oder einem anderen abzuwenden“). Setzt die Selbstverteidigung einen bereits laufenden „bewaffneten Angriff“ eines fremden Staates gegen das eigene Territorium oder jenes eines verbündeten Staates (Nothilfe) voraus, soll der sogenannte Präventivkrieg (oder „Präventivschlag“) einem erst drohenden Angriff des Gegners zuvorkommen – ist also rechtlich ein Angriffskrieg. Er gleicht einer



Diese Flagge wurde in Berlin am 08.-09. Mai 2022 verboten

Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen“ durchzuführen oder auf geringerer Stufe der Eingriffsschwelle Sanktionen (vom Handelsembargo bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen) zu verhängen (Art. 41 Charta). Die Ausgangsnorm der Charta ist dabei Art. 2 Nr. 4, der die „Androhung oder Anwendung von Gewalt“ im zwischenstaatlichen Verhältnis verbietet. War der Satzung des Völkerbundes ein solches Gewaltverbot noch fremd, wurde es in der Charta unbestritten zur Grundlage internationalen Rechts. Die in der Charta angesprochene „Gewalt“ meint ausschließlich nur militärische Gewaltakte. Drohungen, Sanktionen und Embargos fallen hierunter nicht, können aber eine verbotene Einmischung (Interventionsverbot) in fremdstaatliche Angelegenheiten darstellen. Da das Gewaltverbot *ius cogens* („zwingendes Recht“) ist, sind Ausnahmen (Rechtfertigung von Gewalt) nur in ganz begrenztem Ausmaß zulässig. In Art. 51 der Charta ausdrücklich geregelt ist „das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung“. Die Struktur dieser „Staatsnotwehr“ deckt sich mit den Grundsätzen der Individualnotwehr, wie sie z.B. in § 32 deutsches

anderen Form des Angriffskrieges: der humanitären Intervention. Auch hier fehlt es am Angriff eines Gegners aufs eigene Territorium, der Aggressor behauptet auch einen solchen Angriff nicht. Die gewaltsame Intervention soll hier aus dem Grund „des Schutzes oder der Rettung von Menschen in einer humanitären Notlage“ gerechtfertigt sein. Weder der Präventivschlag noch die humanitäre Intervention haben eine Grundlage in der Charta, ihre Zulässigkeit ist mithin im Völkerrecht höchst strittig.

III.

Die bei Abschluß des Abkommens „Minsk II“ (Februar 2015) zumindest kurzzeitig aufkeimenden Hoffnungen auf eine Entspannung im Donbass, auf Achtung von Sprache und Kultur der russischen Ethnie auf dem Gebiet der Ukraine und auf ein sachlich-nachbarschaftliches Verhältnis zu Rußland haben sich schnell zerschlagen. An der Kontaktlinie zwischen den Volksrepubliken Donezk und Lugansk begann ein zermürbender Stellungskrieg, der bis Ende 2021 ca. 14 000 Menschen (davon 3200 Zivilisten) das Leben kostete. Der Aufbau einer schnellen Eingreiftruppe der NATO, Raketenstationierungen, Verstärkung der Truppenpräsenz an der NATO-Ostflanke,

Ausbau der Marinepräsenz sowie die Aufkündigung des INF-Vertrages belegen für jeden sichtbar die Einkreisung Rußlands durch die NATO. Die NATO, die im Jahre 2021 auf ein Militärbudget von 1175 Mrd. US-Dollar zurückgreifen konnte, rückte im Rahmen ihrer Osterweiterung immer näher an die Westgrenzen Rußlands (Militäretat: ca. 65 Mrd. US-Dollar) heran. Der Ukraine fiel dabei seit 2014 die Rolle eines NATO-Vorpostens zu. All das ordnet sich ein in die NATO-Strategie der geopolitischen Einhegung Rußlands und Chinas. Auch der „Masterplan zur Abschreckung Rußlands“ (NATO-Ministertreffen 21.10.21) zielte für Osteuropa auf eine Zangenbewegung im Baltikum und in der Schwarzmeerregion.

IV.

Einkreisung – was heißt das konkret?

- 2017 legte das ukrainische Parlament das außenpolitische Ziel der NATO-Mitgliedschaft fest. Im September des gleichen Jahres trat das Assoziierungsabkommen mit der EU in Kraft. Im Frühjahr 2019 verankerte das Parlament in der ukrainischen Verfassung eine „strategische Orientierung der Ukraine zum vollständigen Beitritt zu EU und NATO“. Rußland forderte zuletzt am 12. Januar dieses Jahres die NATO auf, auf die Aufnahme von Ländern wie der Ukraine oder Georgien zu verzichten. Die NATO lehnt dies ab. Am 13.1.22 wiederholte Rußland die Forderung und schlug hilfsweise Verhandlungen über Sicherheitsgarantien vor. Die NATO reagierte nicht. Die Lage verschärfte sich, als der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenski auf der Münchener Sicherheitskonferenz am 19. Februar die Bindung an die 1994 erklärte Atomwaffenfreiheit offen in Frage stellte.
- Alljährlich führte die NATO großangelegte Manöver mit ihren Land- und

Seestreitkräften in der Ukraine und auf dem Schwarzen Meer durch. Anlässlich der Übung mit 15 NATO-Staaten im September 2021 verlaublich der ukrainische Brigadegeneral Wladislaw Klotschkow, die Manöver seien ein „wichtiger Schritt hin zur europäischen Integration der Ukraine“. Für Februar 2022 hatte das ukrainische Militär das Manöver „Schneesturm“ angesetzt.

- Am 11. Februar twitterte der ukrainische Kriegsminister Reznikov: „Die Vögel fliegen wieder. 90 Tonnen Munition kamen heute, 1 300 Tonnen Militärmaterial sind schon da.“ In der Zeit von bis 2015 bis 2020 verdoppelte sich das Rüstungsimportvolumen der Ukraine auf über 400 Mio. US-Dollar. Parallel verdoppelte sich von 2014 bis 2020 der Militärhaushalt der Ukraine auf 6 Mrd. US-Dollar. Am 1.3.21 lieferte die NATO Militärtechnik im Wert von 125 Mio., am 11.6.21 für 150 Mio. und am 1.9.21 für 60 Mio. US-Dollar nach Kiew. Am 19.1.22 gewährte die US-Administration der Ukraine ein Darlehen von 200 Mio. US-Dollar. Seit 2019 liefert die USA ununterbrochen Javelin-Raketen.
- Rußland vermutete, daß das US-Verteidigungsministerium Bio-Waffen-Labore in der Ukraine unterhält. Fest steht, daß Labore dort an hochgefährlichen Krankheitserregern forschen. Aus diesen lassen sich B-Kampfstoffe züchten und entwickeln.
- NATO-Militärberater in unbekannter Zahl befanden sich zur Ausbildung ukrainischer Einheiten in der Ukraine, belegt auch dadurch, daß am Tag des Kriegsausbruchs 40 litauische Militärausbilder evakuiert wurden.
- Das am 15.2.15 unterzeichnete Abkommen Minsk II wurde durch die Ukraine vielfältig gebrochen. Weder der Waffenstillstand an den Grenzen zur DVR und LVR wurde eingehalten, noch die bereits für Winter 2015 geplante Verfassungsreform zur Absicherung des Status dieser Republiken eingeleitet. An das im September 2014 beschlossene Waffenstillstandsabkommen mit dem Verbot des Einsatzes von Kampfdrohnen vom Typ „Bayraktar“ hielt sich die Ukraine, wie sie im Oktober 2021 offen bekannte (Münchener Merkur vom 27.10.21), nicht.
- 11.3.2021: Der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine veröffentlicht eine Strategie zur „De-Okkupation und Reintegration des vorübergehend besetzten Gebiets der Autonomen Republik Krim und Sewastopol“.
- Seit 2018 vorbereitet, trat am 16.1.22 ein Sprachengesetz in Kraft, das die russische Sprache aus dem kulturellen und öffentlichen Leben verdrängen soll. Auf dem Staatsgebiet der Ukraine leben 40 % russische Muttersprachler.
- Am 26. Januar fand ein Treffen ukrainischer und russischer Abgesandter in Paris statt. Rußland rief Kiew zum Dialog mit den Vertretern der DVR und LVR auf. Der russische Unterhändler Dmitri Kosak setzte der Ukraine eine Frist von zwei Wochen, um dialogfähige Positionen auszuarbeiten. Die Frist lief aus.

- Am 17. Februar brachten Abgeordnete von drei Fraktionen im Parlament der Ukraine (Werchowna Rada) eine Resolution ein, in dem die Staatengemeinschaft aufgefordert wird, den „politischen, diplomatischen und sanktionellen Druck“ auf Rußland zu verstärken“ und den Status der Krim nicht anzuerkennen.
- Zwei Tage vor Beginn der russischen Intervention, am 22. Februar, verhängten USA und EU weitere umfangreiche Wirtschafts- und Finanzsanktionen gegen Rußland. Die Zahl der Sanktionen war zu diesem Zeitpunkt bereits auf mehr als 2 600 angewachsen. Gleichzeitig ging der Westen auf die russischen Gesprächsangebote zur Vereinbarung von Sicherheitsgarantien und die Verpflichtung der Ukraine zur Neutralität nicht ein.
- Die Beobachtergruppe der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) meldete allein für den Zeitraum vom 18. bis 20. Februar im Raum Donezk 2158 und für die Region Lugansk 1073 Verletzungen des Waffenstillstands an der Kontaktlinie; für den 22.2. wurden im Gebiet Donezk 579 und in Lugansk 1224 Vorfälle registriert. Einen Monat zuvor lag der Durchschnitt noch bei insgesamt etwa 200. Das OSZE-Kartenmaterial stellt klar, daß die Vorfälle fast ausschließlich von der ukrainischen Seite ausgingen.
- Rußland führte im Januar und auf dem Gebiet von Belarus Militärmanöver unter Beteiligung von ca. 100 000 Soldaten durch.
- Am 21. Februar anerkennt Rußland die DVR und die LVR und schließt mit ihnen einen Beistandspakt. Im Beschluß heißt es: „In jüngster Zeit hat sich die Situation entlang der gesamten Kontaktlinie deutlich verschärft. Erneut wurden zahlreiche Verstöße gegen die Waffenruhe verzeichnet, wobei Granaten Wohnhäuser, Schulen und andere zivile Infrastrukturen zerstörten.“ Zwei Tage später baten beide Volksrepubliken um militärischen Beistand.

V.

Rußlands Gründe für die Durchführung der Militäraktion
Aus der Erklärung des russischen Präsidenten Wladimir Putin zum Beginn der Intervention: „Man hat uns einfach keine andere Möglichkeit gelassen, Rußland und unser Volk zu verteidigen, als die, zu der wir heute greifen müssen ... Die Volksrepubliken des Donbass haben Rußland um Hilfe gebeten. In diesem Zusammenhang habe ich gemäß Kapitel 7 Artikel 51 der Charta ... die Entscheidung getroffen, eine Sonder-Militäroperation durchzuführen.“ Ihr Ziel: „Der Schutz der Menschen, die seit acht Jahren Mißhandlung und Genozid ausgesetzt sind.“ Um den Genozid zu stoppen, müsse Rußland sich „um die Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine bemühen“. Weitere Gründe: „Ausdehnung des NATO-Blocks nach Osten, die Annäherung seiner militärischen Infrastruktur an die Grenze Rußlands ... Die Kriegsmaschinerie ist in Bewegung, und, ich wiederhole, sie nähert sich unseren Grenzen.“ So politisch nachvollziehbar die Begründung der Intervention durch die Vorwärtsbedrohung der NATO, den neonazistischen

Kurz nach seinem 86. Geburtstag verstarb am 15. Mai Genosse Oberst a. D.

Günter Strobel

Als früherer Kaderchef der DDR-Grenztruppen wurde Günter 1995 durch die BRD-Klassenjustiz zu einer von ihm teilweise verbüßten Freiheitsstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten verurteilt. Den „RotFuchs“ lernte er im Gefängnis kennen, den wir ihm dorthin schickten. Daraus entwickelte sich eine Freundschaft auf Dauer. Günter, der viele Jahre dem zentralen Vorstand angehörte und dort großes Ansehen genoß, gehörte zu den Wegbereitern unserer Regionalgruppen in Dresden und in Luckenwalde.

Vorstand und Redaktion trauern um einen standhaften Mitstreiter. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Unser Mitgefühl gehört seinen Kindern und den Angehörigen.

Durchsatz des ukrainischen Militärs und der herrschenden Regierungskaste, des angekündigten EU- und NATO-Beitritts der Ukraine angesichts der Sanktionen des Westens auch sein mag, und auch dann, wenn man dies alles zusammennimmt und sich die Angst vor einer möglichen NATO-Aggression gegen Rußland verstehen läßt, hält es den Anforderungen an eine völkerrechtliche Rechtfertigung der Intervention nicht stand. All diese Umstände sind lediglich Vorstadien eines bewaffneten Konflikts, indes nicht der „bewaffnete Angriff“ selbst. Ein Präventivschlag, also eine Militäraktion zur Ausschaltung einer zukünftigen Gefahr, wie sie die USA als Rechtfertigung des Dritten Golfkrieges 2003 gegen den Irak angeführt hat (Ausschaltung vermeintlicher Giftgasfabriken), verstößt eindeutig gegen die Charta, auch wenn bis heute die Anhänger der Bush-Doktrin nicht müde werden, diese Art von Kriegen zu rechtfertigen. Auch der seit dem Luftkrieg gegen Belgrad 1999 probate NATO-Favorit, die „Verteidigung westlicher Werte“ („humanitäre Intervention“), war und ist ohne Beschluß des UN-Sicherheitsrates unzulässig. Fremdstaatliche Souveränität wird im Interesse imperialen Machtgehaves verletzt und wirft das Völkerrecht vor 1945 zurück. Aus den von der NATO begangenen Völkerrechtsbrüchen läßt sich somit auch kein Recht Rußlands zur Intervention ableiten. Es gibt keine „Gleichheit im Unrecht“. Die These eines Genozids an der Bevölkerung im Donbass – jedenfalls nach aktueller Datenlage – könnte zwar für die Jahre 2014/2015, als die meisten Zivilopfer in der Region zu beklagen waren, in Betracht kommen, eine Intervention sieben Jahre später vermag sie nicht zu rechtfertigen. Bleibt die Frage, ob die hohe Zahl der militärischen Übergriffe an der

Kontaktlinie in den Tagen vor der russischen Intervention als völkerrechtliche Rechtfertigung dienen können. Ein direkter Angriff der Ukraine auf das Staatsgebiet der russischen Föderation erfolgte nicht. Der klassische Fall eines Verteidigungskrieges (gegen einen direkten „bewaffneten Angriff“) liegt nicht vor. Vielzahl und Intensität der bewaffneten Übergriffe ukrainischer Truppen an der Kontaktlinie zur LVR und DVR könnten angesichts des wenige Tage zuvor geschlossenen Beistandspakts allerdings eine Situation berechtigter Nothilfe ausgelöst haben. Was konkret ein „bewaffneter Angriff“ ist, ist völkerrechtlich zutiefst umstritten. Der Internationale Gerichtshof hatte vor Jahren entschieden, „niederschwellige Grenzscharmützel“ seien kein Angriff. Nach der in der völkerrechtlichen Literatur verbreiteten „Akkumulationsthese“ sollen jeweils minder schwere Gewaltakte, die für sich genommen keinen bewaffneten Angriff darstellen, in ihrer Gesamtheit als Angriff gewertet werden können, wenn ein räumlich-zeitlicher Zusammenhang und ein planerischer Hintergrund besteht. Dazu fehlen die Daten, erforderlich wäre eine eingehende Analyse der in Frage kommenden Gewaltakte. Geht man von der Arbeitshypothese aus, daß die Gewaltakte auf breiter Front einen Angriff dargestellt haben, stellt sich als nächstes das Problem, ob DVR und LVR völkerrechtlich als souveräne und beistandsfähige Staaten gelten können. Während die Ukraine die DVR und LVR als künstlich abgetrennte Gebiete des ukrainischen Staates betrachtet, vertritt Rußland die Auffassung, es seien souveräne Staaten. Zu entscheiden ist dies nach der im Völkerrecht anerkannten Drei-Elemente-Lehre. Nötig sind ein abgegrenztes Staatsgebiet, ein Staatsvolk und eine Staatsgewalt (nicht fremdbestimmte

Regierung, Verwaltung, Justiz, Verfassung, Militär, Polizei), sämtlich Merkmale, die bei grober Prüfung zutreffen. Gleichwohl ist deren Status als Völkerrechtssubjekt zweifelhaft, da sie nicht Mitglied der UNO sind (soweit ersichtlich, hat nur Rußland sie anerkannt). Gegen die Souveränität spricht auch, daß die Donezker Volksrepublik im Dezember 2021 angekündigt hat, alle Einwohner der Region würden die Staatsbürgerschaft der Russischen Föderation erhalten. Im Ergebnis dürfte es sich zumindest um „De-facto-Regime“ handeln, denen entsprechend der UN-Resolution 3314 (XXIX) Subjektqualität zukommt, da der Begriff ‚Staat‘ „unabhängig von der völkerrechtlichen Anerkennung des jeweiligen Regimes zu verstehen ist“, mit der Folge, daß eine Nothilfe nach Hilfeersuchen unter Art. 51 Charta (Selbstverteidigung) fällt. Maßnahmen erlaubter Selbstverteidigung oder Nothilfe dürfen indes nicht über das zur Abwehr eines bewaffneten Angriffs erforderliche Maß hinausgehen (Verhältnismäßigkeitsprinzip). Gebietsgewinne mit russischer Verwaltung auf ukrainischem Territorium, die über die Einrichtung einer Pufferzone entlang der bisherigen Kontaktlinie zwischen Ukraine und DVR/LVR hinausgehen, wären geeignet, über die nach Art. 51 Charta erlaubte Verteidigung hinausgehen und letztlich das Völkerrecht brechen. Für ein abschließendes Fazit ist es zu früh. Die Zeichen stehen angesichts der alles beherrschenden Forderung im Westen nach „Waffen, Waffen, Waffen“ auf weiterer Eskalation. In der Atmosphäre des militärischen Taumels hat auch die Friedensbewegung noch nicht Tritt fassen können. Eine abschließende und vor allem verbindliche völkerrechtliche Klärung wird Jahre brauchen.

Dr. Ralf Hohmann

Der sich selbst sanktionierende Westen

Eine regelrechte Sanktionswut hat den Westen ergriffen. Die ausufernden Sanktionswellen gegenüber Rußland und Weißrußland lassen eigentlich nichts aus, was irgendwie „sanktionswürdig“ erscheint. Ob sich als Bumerang erweisend, politisch daneben oder ins Lächerliche tendierend, spielt keine Rolle. Der eigenen Bevölkerung muß gezeigt werden, daß

man Muskeln spielen lassen kann, einzig um Rußland zu schädigen und zu ruinieren, wie Madame BRD-Außenministerin nach ihrer blamablen Vorstellung in Moskau haßerfüllt verkündete. Das alles geschieht unter Druck der USA und der NATO.

Mit Verwunderung muß man konstatieren, wie sich Politiker der EU von den USA am Nasenring durch die Manege ziehen lassen und dafür auch noch Beifall spenden. Gibt es tatsächlich so viel politischen Unverstand, wie uns hier vorgeführt wird, so daß die übrige Welt langsam, aber sicher auf Distanz geht? Ist diese derzeitige selbstherrliche Kaste dermaßen geschichtvergessen, daß sie das nicht erkennt, wohin sie mit ihrem wahnwitzigen und unsinnigen Verhalten die Völker Europas führt? Anstatt Schaden von ihnen abzuwenden, verabreden sie sich zu immer aggressiverem Vorgehen gegen Rußland im Wissen, daß die Folgen auf deren Rücken ausgetragen werden. Auf der anderen Seite des Atlantiks halten sich die Amis die Bäuche vor Lachen, wenn

sie sehen, wie sich ihr Konkurrent im vollem Bewußtsein selbst schwächt. Hat man so viel politische Dummheit je zuvor gesehen? Die Damen und Herren in Brüssel und in den Mitgliedsländern der EU treten mit ihren Reden und Handlungen eine Mine nach der anderen los, so daß man Willi Wimmer, ehemals Helmut Kohls Berater, recht geben muß, wenn er meint: „In Moskau, und nicht nur dort, muß der Eindruck bestehen, daß sich seit 1945 gerade in dem Land, das seine Wiedervereinigung der Sowjetunion verdankt, wenig oder gar nichts geändert hat. Bei den offiziellen Erklärungen, die vor Haß geradezu triefen, muß einem speiübel werden“. Mittlerweile ist für jeden vernünftig denken Menschen ersichtlich, daß der Westen ein verlogenes und hinterlistiges Spiel betreibt, um seine Vormachtstellung zu erhalten und zu zementieren, was ihm aber immer weniger gelingt. Darin ist auch seine ausufernde Aggressivität begründet.

Reiner Neubert
Berlin

Am 21. Juni begeht Genosse

Klaus Richter

Vorsitzender der Regionalgruppe Gera, seinen 70. Geburtstag. Unsere Gratulation verbinden wir mit besten Wünschen für Gesundheit und Erfolg im weiteren Zusammenwirken mit allen, die sich dem antifaschistischen Friedenskampf verpflichtet fühlen. Alles Gute, lieber Klaus!

NATO wurde zum „Auftragskiller Nummer 1“ im Dienste Washingtons

Der Botschafter Chinas in Rußland, Zhang Hanhui, skizzierte in der Zeitung „Komsomolskaja Prawda“ seine Sicht auf die Weltlage.

(...) Es liegt auf der Hand, daß die Ziele der NATO weit über die Abschreckung früherer Rivalen hinausgehen. Um eine unipolare Welt zu errichten, in der ein Hegemon regiert, stellen die Mitglieder des Bündnisses die Interessen Amerikas und des gesamten Westens an die erste Stelle und bekämpfen abweichende Meinungen auf globaler Ebene, und zwar äußerst hart und in einem Geiste völliger Willkür und Straffreiheit.

Mit der Idee des eigenen Exzeptionalismus bewaffnet, greifen sie den Osten gleich in drei Dimensionen an.

Erstens hat die NATO eine Reihe von Kriegen gegen souveräne Staaten angezettelt. Von der Theorie des „Kampfes der Kulturen“ geleitet, schürten die Mitglieder des Bündnisses den Krieg in Bosnien und Herzegowina. Unter dem Banner einer „humanitären Intervention“ fielen sie in den Kosovo ein und zerstückelten Jugoslawien – im Laufe dieser Operation zerbombten sie auch noch dreist die chinesische Botschaft in der Bundesrepublik Jugoslawien im Jahre 1999. Dann fielen sie im Rahmen der „Präventivschlag-Doktrin“ in den Irak ein – unter Umgehung der Vereinten Nationen, und mit einem Reagenzglas voll Waschpulver als Beweis für „Massenvernichtungswaffen“. Unter dem Vorwand des „demokratischen Übergangs“ ließen sie Truppen in Libyen und Syrien einziehen.

Zwanzig Jahre lang führten sie im Namen der „Terrorismusbekämpfung“ einen Krieg in Afghanistan. Jahrelang säte die NATO Chaos überall auf der Welt. Unvollständigen Zahlen zufolge haben die seit dem Jahr 2001 unter der Leitung und Beteiligung dieses Blocks geführten Kriege 900 000 Menschen das Leben gekostet – darunter fast 400 000 Zivilisten. Dutzende Millionen Menschen in Afghanistan, im Irak, in Libyen, Syrien und anderswo wurden obdachlos und sind nun auf der Flucht, ihre Länder wurden verwüstet und ihre Familien zerstört.

Zweitens provozieren die NATO-Mitglieder in Verfolgung ihrer geopolitischen Interessen ständig Farbrevolutionen in der ganzen Welt. Die „Rosenrevolution“ in Georgien, die „Orange Revolution“ in der Ukraine, die „Tulpenrevolution“ in Kirgisistan, die „Zedernrevolution“ im Libanon, der durch die „Jasminrevolution“ in Tunesien ausgelöste „Arabische Frühling“, die gescheiterte „Farbenrevolution“ in Weißrußland, und die Revolte gegen die Änderungen des Auslieferungsgesetzes in Xianggang (Hongkong) – hinter all dem steht die von den USA angeführte NATO. (...)

Drittens mischen sich die Mitglieder des Bündnisses unter dem Deckmantel von „Demokratie und Menschenrechten“ unverhohlen in die inneren Angelegenheiten anderer Länder ein, um deren Entwicklung zu bremsen.

Gegen Rußland, die Demokratische Volksrepublik Korea, den Iran, Venezuela und andere „widerspenstige und ungehorsame“ Staaten bemühte die NATO die Keule der einseitigen Sanktionen, welche in allen Bereichen, einschließlich Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie, verhängt werden. Auf dieselbe Weise haben sie, um Chinas Entwicklung zu torpedieren, die Jahrhundertlüge vom „Völkermord“ in Xinjiang erfunden, die Dalai-Lama-Clique bei ihren separatistischen Aktivitäten heimlich unterstützt, den Kräften, die für die „Unabhängigkeit Taiwans“ eintreten, mehrmals falsche Signale gesendet und immer wieder für Reibungen in den Handelsbeziehungen zwischen China und den USA gesorgt. (...)

Ein „Verteidigungsbündnis“ – nun Instrument der US-Hegemonie

Der erste Generalsekretär der NATO, Lord Ismay, skizzierte in den ersten Jahren nach der Gründung des Bündnisses dessen Ziele: „(...) die Sowjetunion draußen halten, die Amerikaner drinnen und die Deutschen unten.“

Mit dem Ende des Kalten Krieges wurden all diese Ziele bedeutungslos, es gab keine weitere Existenzberechtigung mehr für die NATO. Doch anstatt sich selbst aufzulösen, wie seinerzeit der Warschauer Pakt, wurde die NATO der „Auftragskiller Nummer 1“ im Dienste Washingtons bei der Etablierung einer unipolaren Welt.

Seitdem greift der Westen bedenkenlos in die Souveränität anderer Länder ein, auf Kosten der globalen Sicherheit, und öffnet zur Verfolgung seiner geopolitischen Interessen eine Büchse der Pandora nach der anderen. Das schafft schlechte Präzedenzfälle in der Entwicklung der internationalen Beziehungen, untergräbt universell akzeptierte Normen und zersetzt ernsthaft den Weltfrieden und die Stabilität.

Unter Mißachtung der Tatsachen fördert die NATO jedoch nicht nur Doppelstandards, sondern tritt auch für eine sogenannte regelbasierte internationale Ordnung ein, was einen klassischen Kunstgriff der Manipulation und Begriffsverdrehung darstellt.

Die „Regeln“, von denen sie sprechen, werden von den westlichen Staaten aufgestellt und dienen den Interessen einer vom Westen selbst dominierten Weltordnung. Im Wesentlichen ersetzen sie die universellen Grundnormen der internationalen Beziehungen durch irgendwelche selbstgeschaffenen „Regeln“ und zwingen anderen unverhohlen ihren Willen auf. (...) Unsere Antwort ist das Konzept der gemeinsamen, umfassenden, kooperativen und nachhaltigen Sicherheit. (...)

China (...) tritt entschieden für ein internationales System mit den Vereinten Nationen als Kernstück und eine Weltordnung auf der Grundlage des Völkerrechts ein. Während wir uns stets für eine Politik der Reformen und der Öffnung einsetzen, bleiben wir dem Prinzip des gegenseitigen Nutzens und des

Gewinns für beide Seiten treu, streben nach Konsultation und Zusammenarbeit. (...)

In letzter Zeit hat der kollektive Westen unter der Führung der USA die „Xinjiang-Karte“, häufig die „Sangan-Karte“ (Hongkong) und die „Taiwan-Karte“ ausgespielt und böswillig Desinformationen und Fälschungen verbreitet, um Druck auszuüben und Chinas Entwicklung einzudämmen. Sie bedienen sich der schmutzigsten und zynischsten Taktiken, die weit über alle Grenzen der Moral hinausgehen.

Washington und seine Verbündeten haben sich beispielsweise eine ungeheuerliche Absurdität einfallen lassen: den sogenannten Völkermord, „Zwangsarbeit“ und „religiöse Unterdrückung“ in Xinjiang, einer einzigartigen Region im Nordwesten Chinas.

All dies ist ein Versuch, die nationale Einheit Chinas zu untergraben und seine Entwicklung zu behindern. In den letzten 60 Jahren ist die Wirtschaft Xinjians um das 160fache gewachsen, die uigurische Bevölkerung hat sich von 2,2 Millionen auf 12 Millionen erhöht, und die durchschnittliche Lebenserwartung ist von 30 auf 74,7 Jahre gestiegen. Auf 530 Muslime in Xinjiang kommt im Durchschnitt eine Moschee, und die Gesamtzahl der Moscheen in Xinjiang allein ist zehnmal größer als in den gesamten Vereinigten Staaten. Von welchem „Völkermord“ und welcher „religiösen Unterdrückung“ kann man hier sprechen? Ebenso versuchte der kollektive Westen, den Wohlstand und die Stabilität Sangans (Hongkong) zu untergraben, indem er darauf setzte, eine „Farbrevolution“ durch „Unruhen wegen der Änderung der Auslieferungbestimmungen“ auszulösen. Es ist ein Gesetz, das es den Verbrechern, die auf dem chinesischen Festland Straftaten begehen, unmöglich machen würde, auf dieser Stadtinsel Zuflucht zu finden.

Der Westen verhängte daraufhin illegale Sanktionen, um diejenigen zu beherbergen, die die antichinesischen Ausschreitungen in Sangan unterstützten, und beauftragte sogar mehrere Mitglieder des ukrainischen Asow-Bataillons in die Inselstadt zu kommen, um die Provokationen anzuleiten und zu unterstützen.

Ich möchte daran erinnern, daß die Angelegenheiten Sangans ausschließlich innere Angelegenheiten Chinas sind. (...) Nun haben Washington und seine Verbündeten den Streit um Taiwan wieder angeheizt. Sie liefern weiterhin Waffen an die Insel, verstärken die militärischen Beziehungen zwischen den USA und Taiwan, unterstützen die „taiwanesischen Unabhängigkeitskräfte“, heizen die Situation an, demonstrieren weiter ihre Stärke im Südchinesischen Meer und provozieren künstlich eine geopolitische Konfrontation. (...)

Quelle: <https://test.rtde.website/meinung/136128-westliche-hegemonie-und-machtpolitik-sind/13.4.2022>

Redaktionell gekürzt

Die NATO-Norderweiterung

Der Antrag Finnlands und Schwedens auf NATO-Beitritt steht Berichten zufolge kurz zuvor. Rußland reagiert auf das neue strategische Ungleichgewicht mit eigener Aufrüstung.

Annäherung seit den 90ern

Die Annäherung Finnlands und Schwedens an die NATO inklusive einer Beteiligung an NATO-Militäreinsätzen – in Bosnien-Herzegowina, im Kosovo, in Afghanistan – hat bereits in den 90er Jahren begonnen und ist in den 2000er Jahren weitergeführt worden. In den Jahren 2012 (Finnland) bzw. 2013 (Schwe-



Bereits 2005 nahm das schwedische U-Boot „Gotland“ an US-Manövern in Kalifornien teil

den) integrierten beide Staaten ihre Truppen in die NATO Response Force (NRF); auf dem NATO-Gipfel in Newport am 4. September 2014 unterzeichneten sie jeweils ein Host Nation Support-Abkommen mit dem Militärpakt, das es dessen Streitkräften erlaubt, finnisches bzw. schwedisches Territorium für Manöver, aber auch für Truppenbewegungen im Rahmen von Militäreinsätzen zu nutzen. Minister, ja sogar die Staats- bzw. Regierungschefs beider Länder nehmen inzwischen regelmäßig an NATO-Zusammenkünften inklusive Gipfeltreffen teil; auf dem Brüsseler NATO-Gipfel am 14. Juni 2021 wurde die Absicht erneut bekräftigt, künftig noch enger kooperieren zu wollen. Ende 2020 hatte das schwedische Parlament beschlossen, sich die Option des NATO-Beitritts prinzipiell offenzuhalten – eine Entscheidung, die im transatlantischen Pakt als ein richtungsweisendes Signal gewertet wurde, mit Ausstrahlung auch nach Finnland.

„Nur eine Formalisierungssache“

Über die aktuellen Beziehungen Finnlands und Schwedens zur NATO hieß es Anfang März in einer Analyse der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), „de facto“ hätten die beiden Staaten „ihre Verteidigungspolitik bereits so weitgehend an die NATO angepaßt“, daß ihr „Status ... nicht mehr einer Neutralität

im engeren Sinne entspricht“. Sollten sie sich für den Beitritt zu dem Militärpakt entscheiden, sei dieser „fast nur eine Formalisierungssache“. Als ein – wenngleich nicht unüberwindliches – Hindernis galt bislang allerdings, daß in der Bevölkerung eine Mehrheit für eine Bündnismitgliedschaft auch nicht annähernd in Sicht war. Dies hat sich mit Rußlands Überfall auf die Ukraine fast blitzartig geändert. In Finnland ergab eine Umfrage bereits am 28. Februar, daß nun 53 Prozent der Bevölkerung sich für einen NATO-Beitritt aussprachen; nur noch 28 Prozent lehnten ihn ab. In Schweden konnten

2005 vollständig abgezogen hatte. 2019 teilte die Regierung mit, sie werde die Luftabwehr auf Gotland umfassend modernisieren. Als im Januar dieses Jahres der Konflikt zwischen dem Westen und Rußland eskalierte, weiteten die schwedischen Streitkräfte ihre Aktivitäten auf Gotland erkennbar aus – ein deutliches Signal gegenüber Russland.

1340 Kilometer Landgrenze

Mit einem Beitritt Finnlands wiederum erhält die NATO eine neue, rund 1.340 Kilometer lange Grenze mit Rußland. Einerseits muß Moskau dies bei seinen Verteidigungsplanungen berücksichtigen; andererseits muß auch das westliche Militärbündnis, wie kürzlich die US-amerikanische Carnegie Endowment konstatierte, Vorkehrungen treffen, daß es selbst an dieser Grenze nicht angegriffen werden kann. Dies freilich sei die Aufgabe zunächst Finnlands und Schwedens selbst, in zweiter Linie dann der europäischen NATO-Staaten, da die Vereinigten Staaten sich auf den Machtkampf gegen China konzentrierten. Finnland hat, wie die SWP festhält, trotz seiner nur 5,5 Millionen Einwohner die Kapazität, die Streitkräfte im Kriegsfall auf 280 000 Soldaten aufzustocken; zudem ist es stark hochgerüstet, hat im vergangenen Jahr zudem beschlossen, 64 US-Tarnkappenjets vom Typ F-35 zu kaufen. Schweden ist in den vergangenen Jahrzehnten dahinter zurückgefallen, hat aber gleichfalls begonnen, massiv aufzurüsten, und wird unter anderem die Personalstärke seiner Armee von 60 000 auf 90 000 im Jahr 2025 erhöhen. Seine Rüstungsausgaben sollen von 2021 bis 2025 um 40 Prozent gesteigert werden – auf einen Wert, der um 85 Prozent über demjenigen von 2014 liegt.

Rüstungsspirale im Hohen Norden

Die Spannungen werden dabei nicht nur an der finnisch-russischen Grenze zunehmen. In der vergangenen Woche teilte der russische Verteidigungsminister Sergej Schojgu mit, bei einem NATO-Beitritt Finnlands und Schwedens sehe Rußland sich gezwungen, seine Nordflotte mit „mehr als 500 fortgeschrittenen Waffensystemen“ hochzurüsten. Die russische Nordflotte mit ihrem Haupthafen in Seweromorsk bei Murmansk gilt als gut ausgerüstet; ein Experte am Kieler Institut für Sicherheitspolitik bezeichnet sie als „das traditionelle Herz der russischen Marine“. Damit schreitet die Rüstungsspirale im Hohen Norden weiter voran. Schon zuvor hatte der ehemalige Ministerpräsident Dmitri Medwedjew, heute stellvertretender Leiter des Sicherheitsrates der Russischen Föderation, erklärt, bei einem NATO-Beitritt Finnlands verdoppele sich die Länge direkter Grenzen zwischen Rußland und der NATO; um das strategische Gleichgewicht zu bewahren, müsse Moskau Gegenmaßnahmen ergreifen, und diese könnten in einer Stationierung von Atomwaffen in Kaliningrad bestehen. Das betrifft die gesamte Ostseeregion, darunter auch Deutschland.

Quelle: *german-foreign-policy.com*, 26.4.22

Redaktionell gekürzt

Asiatische Bruchlinien wegen Bidens Krieg gegen Rußland

Die Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland, die sich in Europa abspielen, sind in Asien bereits auf unterschiedliche Weise zu spüren. Die Hypothese, daß die Ukraine in Europa liegt und es bei dem Konflikt nur um die europäische Sicherheit geht, ist eine Illusion.

Sicherlich hatten bei der gescheiterten Farbrevolution, mit der vor kurzem die etablierte Regierung Kasachstans gestürzt werden sollte, außerregionale Mächte ihre Hand im Spiel. Es betrifft eine heiß umkämpfte geopolitische Landmasse, die zwei Drittel der Größe Indiens hat und sowohl an China als auch an Rußland – Washingtons Erzfeinde – grenzt. Dank des raschen russischen Eingreifens, das von China unterstützt wurde, konnte ein Regimewechsel abgewendet werden.

Während sich die Beziehungen zu Tokio verschlechtern, verstärkt Moskau die Küstenschutzsysteme auf den Kurilen-Inseln, die Japan als sein Eigentum beansprucht.

Auch das anglo-amerikanische Projekt, Myanmar – das an China grenzt – in einen bewaffneten Aufstand zu verwickeln, ist, mangels eines Zufluchtsortes in Indiens Nordosten und aufgrund der erkannten Interessenkongruenz der umliegenden Länder an der Stabilität Myanmars gescheitert.

Dagegen hat sich die Bruchlinie in Nordkorea verschärft. Nordkorea handelt nach seinem eigenen Zeitplan und geht davon aus, daß die Ukraine-Krise ihm einen nützlichen Schutz bietet, um sein Testprogramm ausweiten zu können. (...)

Auf einer anderen Ebene hat die Ukraine-Krise den Bemühungen der USA, neue asiatische Partner zu gewinnen, neue Dringlichkeit verliehen. Washington ist jedoch auf Gegenwind gestoßen und mußte einen ursprünglich für Ende März geplanten Sondergipfel mit den zehn Mitgliedsländern des Verbands Südostasiatischer Nationen (ASEAN) auf unbestimmte Zeit verschieben. Ein neuer Termin wurde nicht vorgeschlagen, obwohl die USA das Gipfeltreffen als eine „Top-Priorität“ angepriesen hatten.

In seinem Zorn hat Washington inzwischen Sanktionen gegen Kambodscha verhängt, das derzeit den ASEAN-Vorsitz innehat. Offensichtlich scheuen sich die südostasiatischen Länder, Partei zwischen den USA und China zu ergreifen oder Kritik an Rußland zu äußern.

Die vielleicht direkteste Auswirkung der Ukraine-Krise in Asien ist bisher die drastische Verschlechterung der Beziehungen zwischen Japan und Rußland. Diese Entwicklung ist insofern ungerechtfertigt, als Tokio einfach alle amerikanischen Sanktionen gegen Rußland (auch gegen Präsident Putin) unbesehen übernommen hat. (...)

Japan spricht nun offen von der russischen „Besetzung“ der Kurilen-Inseln – etwas, was es in der Vergangenheit nicht getan hat. Moskau reagierte, indem es Japan als „unfreundliches“ Land einstufte. (...) Das Mindeste, was man sagen kann, ist, daß Kishidas Beweggründe

für seine abrupte Kehrtwende, die Kurilen zu einem potenziellen Krisenherd in den Beziehungen zu Rußland zu machen, offensichtlich auf die umfassendere Strategie der USA zurückzuführen sind, Rußland zu isolieren.

In der Zwischenzeit hat sich auch eine gegenläufige Entwicklung mit China abgezeichnet, das die Inselkettenstrategie der USA im Westpazifik herausforderte, indem es ein neues Sicherheitsabkommen mit den Salomonen aushandelte. Diese entscheidende Entwicklung kann weitreichende Folgen haben und ist auf riskante Art mit der Taiwan-Frage verflochten. Berichten zufolge schickt Präsident Biden einen hochrangigen Beamten des Weißen Hauses auf die Salomon-Inseln, um das Abkommen mit China zu untergraben.

Die Biden-Administration drängt nun auch Indien, seine Beziehungen zu Rußland einzuschränken. Das wird zu einer Bruchlinie in der strategischen Partnerschaft zwischen den USA und Indien. Was Washington besonders zuwider sein muß, ist die Wahrscheinlichkeit, daß Indien seine Handels- und Wirtschaftskooperation mit Rußland in lokalen Währungen fortsetzt. In der Tat haben China und Indien in der Ukraine-Krise eine ähnliche Haltung eingenommen.

Angesichts der Größe der chinesischen Wirtschaft und des hohen Wachstumspotentials der indischen Wirtschaft wäre ihre Neigung, den Dollar zu umgehen, richtungsweisend für andere Länder. Das von den westlichen Sanktionen betroffene Rußland hat die BRICS-Gruppe der Schwellenländer aufgefordert, die Verwendung nationaler Währungen auszuweiten und die Zahlungssysteme zu integrieren. Tatsache ist, daß der „als Waffe benutzte Dollar“ und der rücksichtslose Schritt des Westens, Rußlands Reserven einzufrieren, den meisten Entwicklungsländern einen Schauer über den Rücken jagt. Nepal hat nach der Drohung eines hochrangigen US-Beamten nachgegeben und das Abkommen mit der Millennium Challenge Corporation ratifiziert!

Es gibt keinen denkbaren Grund, warum die NATO die Sicherheit in der asiatischen Region gewährleisten sollte. Deshalb ist die Zukunft Afghanistans von entscheidender Bedeutung. Zweifellos hat der Regimewechsel in Pakistan zumindest teilweise mit Afghanistan zu tun. Das russische Außenministerium hat einige Einzelheiten über die Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten Pakistans und ihren Druck auf den ehemaligen Premierminister Imran Khan bekanntgegeben.

Doch die Zeit wird zeigen, wie realistisch die Erwartungen Washingtons sind, Pakistan in seine Einflusssphäre einzubinden und es zu einem Stellvertreter zu machen, der Druck auf das Taliban-Regime in Afghanistan ausübt. Rußland und China sorgen dafür, daß die Tür für eine Rückkehr der NATO nach Afghanistan geschlossen bleibt. Sie haben die jüngsten Bemühungen Washingtons, die Taliban-Führung in Kabul zu beeinflussen, zu nichts gemacht. Die Botschaft des jüngsten

Außenministertreffens der Nachbarländer Afghanistans in Tunxi (China) zur Afghanistan-Frage lautet, daß die Regionalstaaten hoffen, beim Übergang des Landes vom Chaos zur Ordnung eine führende Rolle zu übernehmen. Damit distanzieren sie sich schrittweise vom westlichen Exzeptionalismus und schlagen statt dessen einen Weg des konstruktiven Engagements ein. (...) Die Entwicklungen in Afghanistan sind ein Wegweiser dafür, daß sich die Staaten der Region jedem Versuch des Westens, eine Dominanz in Asien zu gewinnen, widersetzen werden. Die meisten asiatischen Länder haben in ihrer Geschichte bittere Erfahrungen mit dem Kolonialismus gemacht. Auch wenn die amerikanischen Analysten dies herunterspielen, bleibt die Tatsache bestehen, daß der Konflikt in der Ukraine das „asiatische Jahrhundert“ sehr stark beeinflussen wird. Die USA sind entschlossen, die NATO zu einer globalen Sicherheitsorganisation umzugestalten, die über den Zuständigkeitsbereich der Vereinten Nationen hinaus agiert, um die „regelbasierte Ordnung“ des Westens durchzusetzen. Der verzweifelte Versuch des Westens, Rußland zu schwächen und das globale strategische Gleichgewicht zugunsten der USA zu verschieben, zielt darauf ab, den Weg für eine unipolare Weltordnung im 21. Jahrhundert zu ebnet. (...)

M.K. Bhadrakumar
Indien

M. K. Bhadrakumar war unter anderem Botschafter in der früheren Sowjetunion, in Pakistan, Iran und Afghanistan sowie in Südkorea, Sri Lanka, Deutschland und in der Türkei.

Quelle: <https://www.indianpunchline.com/asian-fault-lines-of-bidens-war-on-russia/>, 13. April 2022

(Übersetzung „Schweizer Standpunkt“)

Redaktionell gekürzt

Am 27. Juni vollendet Genosse

Bruno Mahlow

aus Berlin sein 85. Lebensjahr. In einer kommunistischen Familie aufgewachsen und mit dem Leben in der Sowjetunion auf das engste vertraut, stand er als stellvertretender Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED jahrelang auf verantwortlichem Posten. Heute zählt Bruno zu den außenpolitischen Experten in der Partei Die Linke. Dem „RotFuchs“ ist er seit langem solidarisch und freundschaftlich verbunden. Sei auf das herzlichste beglückwünscht, lieber Bruno!

Ein Blick hinter die Kulissen

Der Krieg in der Ukraine geht nun bereits in den vierten Monat und kostet jeden Tag neue Opfer. Dabei sind die uns rund um die Uhr vorgeführten Bilder der Kämpfe nur Teil jenes wirklichen politischen und wirtschaftlichen Geschehens, das hinter diesem Vorhang aus Granaten und medialen Nebelkerzen verschwindet. Es soll hier am Beispiel des Sports und des Öl- und Gasgeschäfts gezeigt werden, daß die Bemühungen der USA, Rußland quasi aus den internationalen Beziehungen zu eliminieren, über viele Kanäle und bereits über Jahre liefen.

2014 fanden in Sotschi die Olympischen Winterspiele statt. Schon im Vorfeld gab es Kampagnen, die zwischen Dummheit, Frechheit und Dreistigkeit schwankten, um die Spiele in Rußland schlecht zu machen.

Ein beliebtes Thema in den Kommentaren waren russischer Gigantismus, Milliarden-Ausgaben und Umweltfrevel, was aber nur bedingt funktionierte, da dies kein russisches Alleinstellungsmerkmal war. Anders sah es dann mit dem nach der Olympiade anlaufenden „Antidoping-Kampf“ aus, der sich in allererster Linie gegen russische Athleten, später gegen das russische Sportkomitee richtete. Die Steilvorlagen dafür gaben russische Trainer, Funktionäre und Sportler, die Doping zugelassen und organisiert hatten, um die Medaillenbilanz aufzuheben. Das passierte nicht zum ersten Mal, und die Russen sind auch beileibe nicht die einzigen, die Doping anwenden. Hochleistungssport ist seit Jahrzehnten mit mannigfaltigen Versuchen verbunden, Spitzenleistungen mit nichterlaubten Mitteln zu erzielen. Auffällig war nur, daß, wenn es Osteuropäer betraf, die Sanktionen von gehässigen Kommentaren begleitet wurden, während Sportler aus den USA, Frankreich, Großbritannien und der BRD zwar auch bestraft wurden, aber gleichzeitig große Erklärungen erfolgten, daß das nur Einzelfälle seien oder unglückliche Umstände dazu geführt hätten.

Mit Rußland bekam das Ganze eine neue Qualität. Seit nunmehr sieben Jahren läuft eine ständig sich wiederholende Kampagne, die das „flächendeckende Staatsdoping“ der Russen anprangert. Begleitet wird alles von „hochoffiziellen“ Untersuchungen und deren angeblichen „Ergebnissen“. Angeblich deshalb, weil die dafür extra beauftragten Kommissionen zwar Fehlverhalten nachweisen konnten, doch die Originaldokumente nur so wimmelten von Konjunktiven. Aus diesen wurden in der Berichterstattung dann feststehende Wahrheiten. Was folgte, war bisher einmalig im Wertsport: Man schloß das gesamte russische Olympische Komitee und seine Sportler von den nächsten Olympiaden aus (wenn man von Südafrika absieht, das wegen seiner Apartheidpolitik auch mal suspendiert war). Es durften nur noch russische Sportler und Sportlerinnen teilnehmen, die nicht in Rußland trainierten. Es war untersagt, die russische Flagge zu zeigen und die russische Hymne zu spielen. Man mag das für nebensächlich halten, doch so einfach ist es nicht. Russen lieben Sport, Sportveranstaltungen

und vor allem auch ihre Sportlerinnen und Sportler. Medaillengewinner sind nationale Helden. Zudem ist der Sport eine Möglichkeit, das Vielvölkerland Rußland zusammenzuhalten. Auch nach der Auflösung der Sowjetunion leben noch mehr als 100 verschiedene Völker innerhalb der Grenzen der russischen Föderation. Und während es im Alltagsleben sicher auch Reibereien zwischen Russen und Kaukasiern oder Mittelasiaten oder anderen Bevölkerungsgruppen gibt, spielt es im Sport keine Rolle, ob der Medaillengewinner unter der russischen Fahne ethnischer Russe, Weißrusse, Ewenke, Kalmück, Baschkire,



Die olympischen Winterspiele von Sotschi 2014 verursachten im Westen blanke Wut

Georgier, Aserbajdschaner oder sonst wer ist. Alle singen die Nationalhymne mit gleicher Inbrunst, und die Melodie, die ja auch die der sowjetischen war, stiftet Einheit zwischen den Völkern, aber auch zwischen den Alten und Jungen, denn die Geschichte der Sowjetunion ist auch ihre gemeinsame Geschichte. Es war ein sehr geschickter Schachzug der Regierung unter Putin, nicht nur die Melodie der alten sowjetischen Hymne zu übernehmen, sondern nun, unter kapitalistischen Verhältnissen, die sowjetische Vorgeschichte nicht zu verteufeln, sondern positiv aufzuheben. Frühere sowjetische Erfolge sind heute Teil des russischen Selbstbildes, in der Technik, in der Erschließung des Landes und eben auch im Sport.

Insofern waren der radikale Ausschuß russischer Sportler, der Hymne und der Flagge durchaus etwas, was die Substanz innerrussischer Einheit anrührte. Im Laufe der Zeit gingen die Ausschlüsse immer weiter, manche Verbände zogen nach und die mediale Begleitung fokussierte sich auf: Russen sind Lügner und Betrüger. Lug und Betrug werden vom Staat organisiert. Dabei sind derartige Kollektivstrafen weder von der olympischen Charta noch von den Bestimmungen der einzelnen Sportverbände gedeckt.

Da hatte man plötzlich ein Mittel gefunden, nicht nur als Kollateralnutzen unliebsame Konkurrenten aus dem Verkehr zu ziehen, sondern konnte auch mal erproben, wie weit man gegen Rußland vorgehen konnte, wie die Gegenwehr sein würde und ob die russische Bevölkerung gegen den eigenen Staat opponieren würde, der ja immer als der Hauptschuldige für das Verhängen der Sanktionen benannt wurde und wird. Ein weiterer Kollateralnutzen bestand in der Verbannung russischer Funktionäre aus den internationalen Verbänden, die natürlich, wie andere nationale Vertreter auch, mannigfaltige internationale Beziehungen knüpfen konnten, die über das rein Sportliche hinausgingen. Interessanterweise gab es wenig russische Gegenwehr, sogar die Werbemillionen an diverse Verbände (Fußball, Judo, Wintersport usw.) flossen reichlich weiter. Offenbar hatte die russische Führung beschlossen, das Spiel mitzuspielen. Eine andere vorkriegerische antirussische Aktion betrifft das Erdöl- und Gasgeschäft. Bereits 1958 beschlossen die Staaten des RGW den Bau einer Erdöltrasse, die von Tartastan in der Sowjetunion bis in alle RGW-Staaten führen sollte. Der DDR-Anschluß endete in Schwedt. Hier wurde 1963 das bekannte Petrolchemische Kombinat (PCK) offiziell in Betrieb genommen. Diese Leitung hat auch einen Namen: Druschba – Freundschaft. Die Ölpipeline wurde gebaut, damit die sozialistischen Länder sich gegenseitig unterstützen und so z. T. auch die Probleme, die durch Sanktionen der westlichen Welt entstanden waren, kompensieren konnten. Deshalb war der Name „Freundschaft“ auch Programm. Aber auch die westlichen Wirtschaften schauten begehrlig auf das russische Öl und später auf das Erdgas. Die Sowjetunion bot an, sie zu fairen Preisen auf der Grundlage langfristiger Verträge zu beliefern. Der Westen half dann bei den Gastrassen auch mit Röhren und Technologie. Für beide Seiten war es über Jahrzehnte eine Win-win-Situation, die u.a. auch zu etwas mehr gegenseitigem Verständnis führte. Das Geschäft lief auch problemlos nach dem Ende der Sowjetunion zwischen Westeuropa und Rußland weiter. Und weil der Gashunger der westeuropäischen Industrie immer größer wurde, kam am Beginn des 21. Jahrhunderts eine neue Pipeline durch die Ostsee hinzu, Nord Stream 1. Seit November 2011 strömt Gas durch diese Leitung vom russischen Wyborg u.a. nach Greifswald im Nordosten der BRD. Die benötigten Gasmengen stiegen kontinuierlich, auch weil das russische Erdgas sukzessive die Kohle in Deutschland und anderswo als Energiequelle ersetzen sollte. Erdgas sollte die Industrie und damit die Luft sauberer machen und als langjährige Brückentechnologie bis zur möglichen Ersetzung durch andere, ökologisch verträglichere Formen der Energiegewinnung dienen. Zufrieden waren nicht nur die russischen Firmen, sondern auch die westeuropäischen, die an der Gasleitung beteiligt waren. Selbst die Politiker freuten sich. Es gab die Energiequelle zu langfristig günstigen Preisen, und für die deutschen Grünen war es u.a. auch ein

Argument gegen das völlig extrem umweltschädlich zu gewinnende Frackinggas. 2012 wurde Fracking und der Import von Frackinggas in Deutschland verboten. 2017 schob man noch weitere Gesetzespakete nach.

Gegen die Ostseepipeline wandten sich Polen und die Ukraine, die aus vorgeschobenen politischen und eigentlich wirtschaftlichen Gründen schon gegen „Nord Steam 1“ motzten. Durch beide Länder flossen auch russisches Gas und Öl nach Westeuropa, die dafür Anteile an Gas und Öl zu Vorzugspreisen sowie etliche Millionen Dollar zur Instandhaltung der Leitungen und Pumpstationen erhielten. Allerdings wurde das Geld nicht für diese Zwecke eingesetzt, sondern floß in andere „Kanäle“, schließlich gab es einige Taschen, die zu füllen waren ... Natürlicherweise löste das bei den Russen Verärgerung aus, da Probleme auf sie selbst zurückfielen. Zu allem Überfluß stänkerten Polen und Ukrainer weiter, wollten noch bessere Preise als die günstigen, die sie eh schon hatten, und stellten sogar ab und an die Zahlungen für das erhaltene Gas ein. Als dann die Planungen für eine zweite Ostseepipeline begannen, befürchteten sie, daß ihnen die Felle davonschwimmen würden, denn warum sollten die Russen Leitungen durch unzuverlässige Länder legen, wenn man durch die Ostsee direkt liefern könnte? Nun starteten polnische und ukrainische Politiker ein diffiziles Spiel. Zum einen wurde präventiv gefordert, daß die Russen etwas von den zu erwartenden Einnahmen aus der neuen Pipeline abgeben müßten, quasi als Ersatz für Einbußen, die aufgrund einer geringeren Nutzung der Leitungen durch ihre Länder absehbar waren. Um sich lautstark Gehör zu verschaffen, benötigte man jedoch Verbündete. Die BRD hatte wenig Interesse an einer Zuspitzung der Situation, denn sie würde einer der Hauptnutzer jenes zusätzlichen russischen Gases sein. Anders lagen diese jenseits des Atlantik. In den USA wurden seit Jahren tausende Tonnen Frackinggas produziert, mehr als für den Eigenbedarf benötigt wurde. Diese sehr umweltbelastende Art der Gasgewinnung forcierten die USA, um sich unabhängiger von Staaten zu machen, die man unter Druck setzen wollte. Doch Abnehmer außerhalb des Landes fanden sich kaum.

Also begann man, an mehreren Fronten Akquise auf US-amerikanische Art zu betreiben. So wurde der BRD „empfohlen“, sich nicht an



Rohre für Nordstream 2 in Mukran auf Rügen

die Russen zu binden, was strategisch völlig falsch wäre. Das überzeugte offenbar, denn bundesdeutsche Politiker versprachen, für drei Milliarden Euro ein Terminal für Flüssiggas zu errichten, das für die Verflüssigung und den Transport des Gases nach Europa gebraucht wurde.

Gleichzeitig brachte man die NATO „allseitig“ in Stellung. Immer mal wieder redeten hohe NATO-Militärs über die Schädlichkeit der westeuropäischen Abhängigkeit von russischen Energieimporten. Besonders hervorgetan mit mahnenden, fast anklagenden Reden hat sich der norwegische NATO-Generalsekretär Stoltenberg, ein früherer Sozialdemokrat.

In Polen und im Baltikum baute man nun Flüssiggasterminals, versprach beiden tolle US-Waffen zum guten Preis und ewigen Bestand gegen die bösen Russen. Die Ukraine wurde mit etlichen Milliarden „beschenkt“, die ukrainische Armee bekam US-Ausbilder

und der Staat sogar US-Bürger als Minister und Bankpräsidenten. Und auch in die ehemaligen Warschauer Vertragsstaaten Bulgarien und Rumänien flossen reichlich Dollar. Der Kampf gegen Nord Stream 2 war nun der gemeinsame Nenner, wobei zunehmend deutlicher die unterschiedlichen Interessen der einzelnen Kapitalfraktionen ans Tageslicht traten. Die Bundesrepublik Deutschland war der größte Nutznießer preiswerten russischen Gases, das es, wegen der langfristigen Verträge, auch noch günstig gab. Kein Wunder, daß sich allerlei Firmen wie Shell oder Dea am Ausbau der Kapazitäten beteiligten. Nicht aus Freundschaft – veritable Gewinne waren die Triebfeder. Die deutsche Industrie stellte mit jenem Gas allerlei hochwertige Produkte her und wurde zu einem der größten Exporteure der Welt. Das bedrängte nicht nur kleinere EU-Länder und erregte politischen Neid, z. B. in Frankreich und Großbritannien, es wurde auch in Übersee sehr kritisch betrachtet. Die sich gut entwickelnden ökonomischen Beziehungen zu Rußland und China wurden plötzlich zu einem „Angriffsziel“ einiger „Freunde“, die diese unbedingt zu torpedieren trachteten. Erinnerung sei nur an die Verhandlungen zu den Freihandelsverträgen.

Die BRD tanzte auf dem Seil. Zum einen wollte man billige russische Energieträger für die eigene Prosperität und nahm Ex-Kanzler Schröders Aktivitäten wohlwollend zur Kenntnis. Andererseits war man mit der Rolle des US-Kläffers in Europa durchaus zufrieden und war geneigt, diese Rolle weiterzuspielen. So kam es zu jener etwas schizophrenen Politik, offiziell gegen Nord Steam 2 zu wettern, aber nichts gegen die Fertigstellung zu unternehmen. Erst der Krieg in der Ukraine lieferte den Vorwand, Nord Stream 2 zu erledigen.

Es geht um nichts geringeres als das Recht des Welthegemons USA, darüber entscheiden zu können, wer mit wem welches Geschäft machen und wieviel daran verdient werden darf.

Wer heute meint, es sei richtig, die „Verteidigungsfähigkeit“ der BRD mit dutzenden Milliarden auszubauen, hat nicht verstanden, wo die wirklichen Bedrohungen für die Menschen in unserem Land und in Europa liegen.

Ulrich Jeschke

Haltet den Dieb, ruft der Räuber!

Es wird immer kurioser. Ein Politiker der bundesdeutschen Regierung behauptet: Ukrainische Landwirte müßten Reserven „zwangsweise zu lächerlichen Preisen verkaufen – oder ‚Putins Soldateska‘ nehme sich die Vorräte einfach“. Für ein solches Vorgehen gebe es „im Rechtsstaat übrigens drei Wörter: Erpressung, Diebstahl und Raub“, fügte er laut DPA hinzu.

Der das von sich gab, war der grüne Landwirtschaftsminister, der im Reigen der Kriegshetzer bisher wohl noch nicht so recht

zum Zuge kam. Da schießt er gleich mal doppelt „Böcke“.

Deutschland ein Rechtsstaat? Dieses Recht, sich so zu nennen, hat die BRD spätestens seit der Bombardierung von Belgrad 1999 verwirkt. Aber auch die Beteiligung an nicht von der UNO als einzige legitimierte Organisation beschlossene Sanktionen hat mit Rechtsstaatlichkeit nichts zu tun.

Der rechtlichen Wertung nach kommen rechtswidrige Sanktionen dem Tatbestand der Erpressung, des Diebstahls und des

Raubs gleich. So ist z. B. das „Einfrieren“ von Bankguthaben, was Wegnahme bedeutet, definitiv Diebstahl, denn wer einem anderen eine Sache wegnimmt in der Absicht, sich diese rechtswidrig zuzueignen, ist ein Dieb. Wir hörten ja schon Vorschläge, wer sich alles von diesen Konten zukünftig bedienen will und soll.

Welch armselige Regierung Deutschland doch hat, wenn sie sich solche Politiker leistet.

R.L.
Berlin

Die polnische antirussische Bedrohungslüge

Seit dem Zerfall der UdSSR wird von den Polen von einer jahrhundertelangen russischen Bedrohung gesprochen. Diese Bedrohung ist eine propagandistische Erfindung und historisch nicht gedeckt. Wieder wird mit fehlenden Geschichtskennntnissen spekuliert. Polnische Geschichte ist selbst für nicht auf das Land spezialisierte Historiker kaum nachvollziehbar. Das weiß man in Polen und kalkulierte das in der eigenen Selbstdarstellung geschickt seit über 100 Jahren ein.

Die längsten Auseinandersetzungen gab es mit den Deutschen verschiedener Couleur (Deutsches Reich, Luxemburger, Kreuzritter, Brandenburger, Preußen, Österreicher, Weimarer Republik, Hitlerdeutschland und BRD). Es waren Deutsche, die sich schrittweise bis 1795 aller ethnisch-polnischer Gebiete bemächtigten. Immerhin war die Spree vor 1000 Jahren polnischer Grenzfluß im Westen. 800 Jahre später wurde Warschau preußische Provinzstadt. Die Abtretungen an die Deutschen waren weniger das Ergebnis militärischer Aggressionen, sondern die Folge von Verpfändungen, geschickter Erbpolitik und dem Überlaufen polnischer Fürsten. Auch die drei polnischen Teilungen (1772, 1793, 1795) wurden friedlich vollzogen. Allein die Kreuzritter, die man im 13. Jahrhundert selbst ins Land geholt hatte, wurden nach 300 Jahren militärisch besiegt. Die Feindschaft zu den Deutschen war demnach bis ins 19. Jahrhundert dominierend, vor allem in Westpolen. Nach 1918 nahm diese Einstellung gegenüber den Deutschen ab, flammte aber durch die Naziokkupation erneut auf. In Volkspolen wurde von den Linken an der deutschfeindlichen Haltung zur BRD festgehalten. Ein zunehmend größerer Teil der Polen hingegen trug das aus politischen Gründen nicht mehr mit.

Die prowestlich-kleinbürgerlich orientierte Bevölkerungsmehrheit war an einer „Aussöhnung“ mit der Bundesrepublik interessiert, die wiederum eine geschickte Polen-Politik betrieb. Mit der Anerkennung der polnischen Westgrenzen 1970, einem regen Kulturaustausch sowie der Unterstützung für die polnischen Rechten und „Solidarność“-Konterrevolutionäre waren antideutsche Vorbehalte kaum noch anzutreffen.

Völlig anders das Verhältnis zu Rußland.

Bis zum 15. Jahrhundert fand eher eine geringfügige polnische Ostexpansion statt. Die damalige Großmacht im Osten hingegen war Litauen, die ostslawische (belorussische, ukrainische, russische) Gebiete bis nahe Moskau in Besitz genommen hatte. Das war möglich, da die territoriale Macht- und Besitzverhältnisse des ostslawischen Adels nicht angetastet worden waren. Dank dieser erträglichen Verhältnisse konnten die Litauer im Abwehrkampf gegen die Kreuzritter auch Russen mobilisieren, die mit den Polen 1410 bei Grunwald die Kreuzritter entscheidend schlugen. Es war also auch ein Sieg russischer Truppen.

Im 15. Jahrhundert kam es zu einer verhängnisvollen Neuorientierung polnischer

Außenpolitik. Alle Versuche, die von den Deutschen annektierten Gebiete zurückzugewinnen, waren gescheitert. Das betraf etwa die Hälfte des ethnischen Polens. Mit Mühe entledigte sich Polen der unmittelbaren Bedrohung durch die Kreuzritter. Polen stabilisierte sich, ein Export von Getreide sorgte für eine prosperierende Wirtschaft. Um diesen zu erhöhen, brauchte man neue

abspenstig zu machen – ein in der internationalen Kolonialgeschichte einmaliger Vorgang. Dieses Unternehmen stellte sich später aber als strategischer Fehler heraus, denn die griechisch-katholische Kirche wurde zur ukrainischen Nationalkirche, ein Zentrum des ukrainischen Nationalismus. Die Sowjetmacht löste sie 1944 auf. Mit dem Ende der UdSSR wurde sie jedoch vom Polen-Papst



Das Denkmal für die Anführer des Volksaufstandes gegen die polnisch-litauischen Besatzer Moskaus, Minin und Poscharsky im Jahr 1612

und riesige Anbauflächen. Nach Westen konnte Polen nicht expandieren, blieb also nur der Osten. Hierzu schloß Polen mit Litauen eine Union und übernahm die litauische Ostexpansion, nicht ohne sich vorher die südliche Hälfte der litauischen Eroberungen anzugliedern. Kraków bzw. Warschau glaubte, sich an der scheinbar endlosen Landmasse der durch die Mongolen geschwächten Russen unbeschadet bedienen zu können. Den Litauern war das durchaus recht, da das entstehende russische Reich bereits das Vorfeld von Moskau erobert hatte.

So begannen die polnisch-russischen Auseinandersetzungen Ende des 15. Jahrhunderts, die sich 200 Jahre hinzogen. Die Polen waren derzeit so stark, daß sie auch nach Südosten expandierten. Dem traten die Türken entgegen und griffen Polen in der Westukraine an. Dadurch verzögerte sich die weitere polnische Ostexpansion und verschaffte den Russen Zeit.

Inzwischen kam die polnische Kolonisierung ihrer ostslawischen Gebiete voran. Die Eigentumsverhältnisse wurden zugunsten polnischer Magnaten und der katholischen Kirche verändert. Da man die Ostslawen ideologisch an Polen binden wollte, wurde 1547 eine spezielle Konfession (griechisch-katholisch) gebildet, um der dominierenden russisch-orthodoxen Kirche die Gläubigen

wieder aktiviert. Sie ist bis heute ein ideologisches Zentrum ukrainischer Faschisten vor allem in der Westukraine.

Die Ukrainer leisteten erbitterten Widerstand, der immer wieder blutig niedergeschlagen wurde. Massenhaft flohen sie in die östlichen Randgebiete und bildeten als Kosaken Militärgemeinschaften, die den Polen zeitweise erhebliche Schläge versetzten. Die Polen selbst stellten eine permanente Bedrohung für die Russen dar. Als sie zu Beginn des 17. Jahrhunderts zeitweise Moskau besetzt hielten, war Polen-Litauen der größte zusammenhängende Staat Europas.

Das russische Volk führte einen nationalen Befreiungskampf gegen die polnische Fremdherrschaft. Aus der Defensive gingen sie schrittweise in die Offensive über. 200 Jahre später waren alle ostslawischen Gebiete befreit. Dieser Zeitraum wurde aber nicht als russische Bedrohung empfunden, da sich die Kämpfe hinzogen, Polen auch bedeutende Siege erringen konnte, Friedensverträge abschlossen wurden und Kämpfe nicht permanent stattfanden. Zudem fühlten sich die polnischen Herrscher durch einen angeblich kulturell minderwertigen Gegner nicht bedroht.

Durch die ständigen Kriege, auch mit den Russen, wurde Polen wirtschaftlich erheblich geschwächt. Bürgerliche Reformen gab

es nicht. Nun war es Schweden, das im 17. Jahrhundert Polen besetzte. Den völligen und schrittweisen Niedergang des Landes leiteten hingegen die ukrainischen Volksaufstände unter Bogdan Chmielnicki ab 1648 ein. Infolgedessen und in Kooperation mit den Russen kam etwa die Hälfte der polnischen Ostgebiete mit Kiew zu Rußland. Polen war jedoch immer noch stark genug, in der Folgezeit seinen Ostbesitz zu behaupten. Rußland reichte nur bis Smolensk und Kiew. Die reale Bedrohung kam aus dem Westen. Vor allem Preußen wollte Polen aufteilen, während Rußland Polen als Pufferstaat gegen die Preußen und Österreicher erhalten wollte. In diesem Zusammenhang kam es sogar zu einem kurzzeitigen Bündnis mit Polen. Die Russen griffen nun in die polnische Innenpolitik ein, um die Zentralmacht zu stärken. Das mißfiel dem Adel, der am Chaos Gefallen fand und mit 20 % der Bevölkerung die Meinungsführerschaft besaß. Als bürgerliche Kräfte Reformen durchsetzen wollten, holte der Hochadel russische Truppen ins Land und beendete jegliche Reformbewegungen. Es folgten die drei Teilungen durch die Nachbarmächte, wobei die Russen nur die ostslawischen Gebiete, doch mehr als die Hälfte des Staatsterritoriums annektierten. Die ethnisch polnischen Gebiete und die Westukraine nahmen sich Preußen und Österreich. Als sich die Polen 1794 dagegen erhoben, waren es vorwiegend russische Truppen, die den Aufstand niederschlugen. Bestenfalls hier ist der Beginn des Russenhasses anzusetzen, doch nicht der einer russischen Bedrohung. 20 Jahre später kamen die Polen durch die Niederlage Preußens durch Napoleon wieder zu einem kleinen eigenen Staat mit einem sächsischen Monarchen und durch Paris begrenzte Souveränität. 1812 nahmen 37 000 Polen am Rußlandfeldzug teil, ihre Husaren erreichten als erste Moskau. Die wollten die verlorenen Ostgebiete von den Russen zurückerobern. Doch daraus wurde nichts: 70 % ihrer Soldaten fielen, das stark verkleinerte Polen fiel 1815 an Rußland, das es in Personalunion regierte. Doch nur der Monarch war Russe, alles andere war polnisch, die französisch inspirierten Institutionen blieben. Damit war das Königreich Polen fortschrittlicher als das Zarenreich. Doch der Adel, der zumeist wirtschaftlich nicht überleben konnte und in einer langen Friedensperiode als Militär nicht gebraucht wurde, war damit unzufrieden. Mit dem von ihnen initiierten Aufstand 1830 wurden fast alle Errungenschaften für eine gedeihliche nationale Entwicklung geopfert und den Russen obendrein der Krieg erklärt. Die Russen griffen nun hart durch und hoben den Adel auch wirtschaftlich aus dem Sattel. Der wiederum wagte 1863 einen neuen Aufstand, der ebenso katastrophal endete. Nun erst begannen schrittweise die Russifizierungsmaßnahmen. Damit wuchs auch der Haß gegen die Russen. Die meisten landlosen und armen Adligen verstärkten und dominierten die Reihen der Intelligenz. Dadurch konnten sie ihre Niederlage als die des ganzen Volkes erklären und propagieren. Nichtsdestotrotz nahm die wirtschaftliche Entwicklung durch die Bauernbefreiung und

die industrielle Revolution einen enormen Aufschwung. Polen wurde neben dem Nordbaltikum zur am meisten prosperierenden Region des Zarenreiches.

Der adligen Aufstandsideologie hat man abgeschworen. Die neuen besitzenden Klassen in politischer Gestalt der Nationaldemokratie orientierten auf kulturelle Autonomie in Rußland und spekulierten bei einem Weltkrieg auf deutsche und österreichische Gebiete Polens. Mit den Russen hatte man sich inzwischen mehrheitlich politisch arrangiert.

Im österreichischen Polen glaubte man nach einem Sieg der Mittelmächte Russisch-Polen anschließen und autonomer Bestandteil des Habsburgerreiches werden zu können.

Eine kleine, doch zunehmende Minderheit unter Józef Piłsudski, gestützt auf große Teile der Arbeiterklasse und der Adelsintelligenz, wollte nach Kriegsbeginn durch einen antirussischen Aufstand ein neues Polen allein aus Russisch-Polen und den verlorenen Ostgebieten. Die deutschen Gebiete Polens sollten nicht angetastet werden.

Alle diese Orientierungen warteten ungeduldig voller Hoffnung auf den Ausbruch des Weltkrieges. In diesem Krieg fielen etwa eine halbe Million Polen auf verschiedenen Seiten. Durch überaus geschicktes Agieren Piłsudskis konnte sich seine Konzeption modifiziert durchsetzen. Obwohl Kerenski wie auch Lenin die Unabhängigkeit Polens anerkannt hatten, wollte sich Piłsudski am Erbe des Zarenreiches bedienen und führte umgehend Krieg gegen Sowjetrußland. Als diese 1920 zurückschlug, gelang es Warschau, sie zu besiegen. Dieser Sieg wurde mit mehr als 50 000 polnischen Gefallenen teuer bezahlt. In einem entwürdigenden Friedensvertrag mußte Moskau 1921 auf die Westukraine und Westbelorußland verzichten.

Für das Sowjetland hingegen blieb Polen als realer Verbündeter der Westmächte und ab 1934 potenziell auch der deutschen Faschisten eine permanente Bedrohung. Für die meisten Polen, die noch im Sieg über die Bolschewisten schwelgten, gab es jedoch keine sowjetische, sondern eine deutsche Bedrohung, denn Deutschland stellte ständig und offiziell die polnischen Westgrenzen in Frage. Die bis 1926 regierenden Nationaldemokraten strebten der UdSSR gegenüber trotz antirussischer Ressentiments der Bevölkerungsmehrheit sachliche Beziehungen an. Piłsudski, nach einem Militärputsch 1926 wieder an der Macht, vertiefte diese Beziehungen, denn er unterschätzte die Potenzen der Sowjets nicht, wie es die meisten Polen taten, und hatte aus der jüngsten Vergangenheit die richtigen Schlußfolgerungen gezogen. Er wollte keinen antisowjetischen Feldzug mehr, obwohl es ihm die Nazis nach 1934 vorschlugen, ahnte aber, daß sich die UdSSR bei passender Gelegenheit die von Polen annektierten ostslawischen Gebiete wiederholen würde. Dieses Szenarium meinte er durch nahezu beispielhaft gute Beziehungen zu Moskau verhindern zu können. Die polnisch-sowjetischen Beziehungen unter seiner Herrschaft entwickelten sich trotz aller Probleme gut, kein Vergleich zu denen nach 1990. 1932 schlossen beide Staaten einen

Nichtangriffsvertrag ab. Trotz der guten, sachlichen und korrekten Kontakte blieb für die sowjetische Seite Polen weiterhin eine potenzielle Bedrohung, zumal sich Warschau permanent weigerte, einem kollektiven Sicherheitssystem beizutreten. Die aggressive Haltung der Piłsudski-Nachfolger in Zusammenhang mit der Zerschlagung der ČSR schienen das zu bestätigen. Dennoch: Als die Nazis den Polen eine sowjetische Bedrohung und einen Beitritt zum Antikominternpakt suggerierten, lehnte Warschau entschieden ab. In ein antisowjetisches Bündnis ließen sie sich nicht drängen, eine sowjetische Bedrohung existierte nicht!

Die Gefahr, die von Deutschland ausging, wurde wieder aktuell und mündete 1939 in Krieg, Okkupation und Vernichtung.

Die UdSSR, genötigt mit Hitler-Deutschland einen Nichtangriffsvertrag zu schließen, behielt sich vor, im Falle von Verhandlungen oder Krieg Anspruch auf die 1921 verlorenen Gebiete zu erheben.

Als die Rote Armee in das schon geschlagenen Polen unter Jubel der dortigen Bevölkerung einmarschierte, versuchte man mittels der Zwei-Feinde-Theorie die antirussische Bedrohungslüge wieder ins gesellschaftliche Bewußtsein zu pflanzen. Die ab Januar 1944 erfolgte Befreiung durch die Rote Armee – von den meisten Polen auch so empfunden – gab man als Bedrohung der nationalen Souveränität und neue Okkupation aus und rief die Bevölkerung zum aktiven Widerstand auf. Aus dem Feind Nr. 2 wurde nun der Hauptfeind und das, obwohl die Nazis sechs Millionen Polen ermordet hatten.

Mit dem Entstehen der sozialistischen Staatengemeinschaft, zu der auch Polen gehörte, ließ sich die antirussische Bedrohungslüge so nicht mehr halten. Das wurde nach 1990 nachgeholt.

Dr. Holger Michael

Am 9. Juni begeht

Prof. Dr. Zbigniew Wiktor

seinen 80. Geburtstag.

Als standhafter Kommunist und Wissenschaftler – lange Zeit als Professor für Politologie an der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Wrocław tätig – behauptete er sich wie ein „Fels in der Brandung“ im Polen der Konterrevolution. 1990 war er Gründer der Partei „Bund polnischer Kommunisten – Proletariat“ und schloß sich nach dessen Auflösung der Kommunistische Partei Polens (KPP) an.

Wir danken Dir, lieber Zbigniew, für Deine langjährige Unterstützung unserer Zeitschrift durch profunde Beiträge zur Lage der polnischen Arbeiterklasse und Analysen zu den Wellen des Antikommunismus in Deinem Heimatland. Redaktion und Vorstand gratulieren Dir auf das herzlichste zum Jubiläum.

Niemals vergessen!

Die NATO-Aggression gegen Jugoslawien war der erste Krieg, der seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs auf europäischem Boden geführt wurde. Während die Bomben und Marschflugkörper der mächtigsten Militärmaschinerie in der Menschheitsgeschichte ein kleines europäisches Land zerstörten, zerstörten sie auch das europäische und globale Sicherheitssystem, das auf der UN-Charta, der OSZE-Schlussakte und der Charta von Paris beruht. Bis heute leiden Europa und die Welt unter den schweren Folgen dieser Zerstörung. Dabei verbündete sich die NATO mit der sogenannten UÇK, einer separatistisch-terroristischen Formation, als ihrem Infanterieflügel und unterstützte damit Separatismus und Terrorismus. (...)

Strategie der militärischen Expansion nach Osten begann schon 1999

Gegenwärtig werden wir Zeuge von Aufrufen zur Einhaltung des Völkerrechts und der Beschuldigung anderer Länder, es zu verletzen, die in zynischer Weise von den USA, dem Vereinigten Königreich, Deutschland und der gesamten NATO erhoben werden, d. h. von genau denselben Ländern und Gremien, die selbst die BRJ ohne Beschluß des UN-Sicherheitsrates illegal angegriffen haben. Das sind dieselben, die absichtlich mit abgereichertem Uran und anderen verbotenen Waffen bestückte Raketen einsetzten, um die Infrastruktur des Landes und zivile Ziele absichtlich und wahllos zu bombardieren, die Kinder, Frauen, Krankenhauspatienten und Zivilisten töteten und die in den internationalen Medien offen Hetzkampagnen gegen das serbische Volk führten. Die NATO-Aggression gegen Jugoslawien im Jahr 1999 darf nicht vergessen sein. Die von den beteiligten NATO-Streitkräften begangenen Verbrechen und Greuelthaten müssen ins Bewußtsein gehoben und die Öffentlichkeit, insbesondere die Jugend, an die Schrecken und Schäden dieses Krieges erinnert werden. Der Präzedenzfall einer Aggression, die ohne die Zustimmung des UN-Sicherheitsrates durchgeführt wurde, hat man bei den nachfolgenden Aggressionen in Afghanistan, im Irak, in Libyen und Syrien erneut praktiziert. Die Aggression der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien im Jahr 1999 war ein Schritt zur Verwirklichung der Strategie der militärischen Expansion nach Osten, näher an die russischen Grenzen, die die eigentliche Ursache der Ukraine-Krise ist.

Kriegsschäden der NATO-Aggression seit 1999

Während eines insgesamt 79 Tage andauernden Angriffs auf die Bundesrepublik Jugoslawien vom 24. März bis zum 10. Juni 1999 haben die massiven Bombardements der NATO-Luftstreitkräfte, die Raketen-systeme und andere Waffen aus der Luft, zu Wasser und zu Lande einsetzten, in Zusammenarbeit mit den albanischen Terroristen der UÇK, der regulären Armee der Republik Albanien, den von westlichen Staaten angeworbenen und finanzierten Söldnern sowie Ausbildern und Spezialeinheiten wahllos

Angehörige der jugoslawischen Streitkräfte und der Strafverfolgungsbehörden der Republik Serbien sowie Zivilisten getötet, Kulturdenkmäler, Kirchen und Klöster zerstört. Ebenso haben sie die militärische, wirtschaftliche, strategische und verkehrstechnische Infrastruktur, Geschäftseinrichtungen, zivile Einrichtungen und Institutionen, Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser und sogar den öffentlichen Rundfunk – das Radio und Fernsehen Serbiens – verwüstet, wobei 16 Mitarbeiter des RTS getötet wurden. Im Verlauf dieser Aggression führte die NATO 2300 Luftangriffe auf 995 Einrichtungen im ganzen Land durch, und ihre 1150 Kampfflugzeuge feuerten rund 420 000 Geschosse mit einer Gesamtmasse von 22 000 Tonnen ab, darunter auch Waffen mit abgereichertem Uran. Man schätzt die Zahl der Opfer auf etwa 4000, darunter etwa 3000 Zivilisten und 1031 Angehörige von Armee und Polizei. 89 Kinder wurden getötet. Insgesamt wurden mehr als 12 000 Menschen verwundet, davon etwa 6000 Zivilisten, darunter 2700 Kinder, und 5173 Soldaten und Polizisten. 25 Personen gelten noch als vermißt. Da die genaue Liste der zivilen Opfer noch nicht vorliegt, appelliert das Belgrader Forum erneut an die staatlichen Behörden, diese traurige Aufgabe endlich zu Ende zu führen. Bei ihren Angriffen auf die Bundesrepublik Jugoslawien setzten die NATO-Streitkräfte etwa tausend Flugzeuge ein (Kampfflugzeuge, Jagdbomber, Bomber, Spionageflugzeuge usw.); den größten Anteil an den Luftangriffen hatten die Streitkräfte der USA, Großbritanniens und Deutschlands, wengleich auch andere NATO-Mitglieder eine wichtige Rolle bei der Aggression spielten. Die Luftangriffe zerstörten und beschädigten 25 000 Wohngebäude, legten 470 km Straßen und 595 km Schienenwege lahm. Außerdem wurden 14 Flughäfen, 19 Krankenhäuser, 20 Gesundheitszentren, 18 Kindergärten, 69 Schulen, 176 Kulturdenkmäler und 44 Brücken beschädigt, während weitere 38 völlig zerstört wurden. Unter den letzteren sind die Zerstörung von zwei Ölraffinerien (in Pančevo und Novi Sad), die Sprengung des Avala-Sendeturms, des Gebäudes des serbischen Rundfunks und Fernsehens, des Petrochemiekomplexes in Pančevo, die Bombardierung von Brücken in Novi Sad, der Zastava-Autofabrik in Kragujevac, der Botschaft der Volksrepublik China und vieler anderer ziviler Ziele von besonderer Bedeutung. Schätzungen zufolge waren etwa 38 % der angegriffenen Einrichtungen zivilen Zwecken vorbehalten. Die Kriegsschäden wurden auf rund 100 Milliarden US-Dollar geschätzt.

Spätfolgen

Bei der Bombardierung des Hoheitsgebiets der Republik Serbien wurde regelmäßig Munition verwendet, die nach der Genfer Konvention verboten ist, wobei insgesamt 15 Tonnen Uran über Serbien abgeworfen wurden. Als unmittelbare Folge der mit abgereichertem Uran bestückten Raketen wurde 2015 bekanntgegeben, daß Serbien

in bezug auf die Sterblichkeit durch bösartige Tumore den ersten Platz in Europa einnimmt. Darüber hinaus wurden rund 1000 Streubomben an 219 Orten auf einer Fläche von 23 000 km² abgeworfen, wodurch eine Vielzahl von Zivilisten getötet wurde. (...) Die Aggression endete am 10. Juni 1999 mit der Unterzeichnung des Militärisch-Technischen Abkommens in Kumanovo und der darauffolgenden Verabschiedung der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates, mit der ein Waffenstillstand vereinbart und die Verwaltung von Kosovo und Metohija vorübergehend den Vereinten Nationen übertragen wurde. Entsprechend diesem Abkommen zogen sich die Armee der Bundesrepublik Jugoslawien, die Polizei und die Verwaltung der Bundesrepublik Jugoslawien und der Republik Serbien teilweise in das Gebiet Zentralserbiens zurück. Insgesamt flohen etwa 250 000 Serben und andere Nicht-Albaner aus dem Kosovo und Metohija in die zentralen Teile Serbiens. Damit war Serbien das Land, das nach diesem und anderen Kriegen, die den gewaltsamen und erzwungenen Zerfall Jugoslawiens kennzeichneten, die höchste Zahl von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen in Europa aufnahm. Es ist in höchstem Maße zynisch, andere Länder für Verbrechen zu beschuldigen, die die führenden NATO-Staaten selbst ständig begangen haben. Es würde ihnen guttun, wenn sie zumindest heute, wo sie andere anklagen, einen Moment innehalten und sich an ihre eigenen Untaten erinnern und all das Unrecht wiedergutmachen würden, das sie Jugoslawien und auch anderen Ländern angetan haben, vor allem dem Irak, Afghanistan, Syrien, Libyen und weiteren.

*Belgrader Forum für eine Welt der Gleichen,
16. März 2022*

(Übersetzung Zeit-Fragen)

Quelle: Zeit-Fragen, Nr. 8., 5.4.22, Zürich

Redaktionell geringfügig gekürzt

Mahnung gegen die Steinzeitmoderne – NATO –

Eine friedliche Kriegswoche allen,
Was nicht aber heißt den Vasallen,
Die mit dem Liefern von Waffen
Gefahr und Zerstörung erst schaffen!

Die Großdeutschen nimmer haben gelernt,
Den Militarismus auch nie entfernt:
Profit aus jedem der Kriege
Legt der Tod in des Marktes Wiege.

Die Finnen und nun auch die Schweden
Zimmern sich selbst ihre Schäden.
Durch Stützpunkte, wohl auch für Bomben
Sind Keller bereits Katakomben.

Eine friedliche Kriegswoche denen,
Die nicht ruh'n, wahren Frieden ersehnen,
Sich mehrend gegen die Rüstung im Land
Und sie ächtend, brauchen wir Oberhand!

E. Rasmus

Die ignorierte Invasion „Offensive“ statt Angriffskrieg

Der gegen die kurdische Bewegung gerichtete Angriffskrieg der Türkei im Nordirak stößt in der deutschen Politik wie auch in der Öffentlichkeit vorwiegend auf Ignoranz und Desinteresse. Die wenigen Medienbeiträge, die sich mit dem Vormarsch türkischer Armeeeinheiten im Norden des Nachbarlandes befassen, der von massiven Luftangriffen dort und in Nordsyrien begleitet wird, weisen in Wortwahl und Schwerpunktsetzung eine Tendenz zur Verharmlosung der völkerrechtswidrigen Invasion auf. Diese wird zumeist als schlichte „Offensive“ bezeichnet, die sich gegen die „verbotene“ kurdische Arbeiterpartei PKK richtet. Medien, die mit Blick auf Rußlands Angriffskrieg gegen die Ukraine den russischen Staatschef Wladimir Putin mit Adolf Hitler vergleichen, nannten zur Begründung für den türkischen Angriffskrieg im Nordirak umstandslos Ankaras eigene Legitimation, laut der die Türkei lediglich ihr „Recht auf Selbstverteidigung“ in Anspruch nehme – die Kurden hätten einen „groß angelegten Angriff“ auf die Türkei geplant. Offene Kritik an Ankaras Expansionsstreben wird kaum geübt.

„Legitime Sicherheitsinteressen“

Die Bundesregierung hat schon bei früheren Angriffskriegen der Türkei gegen die kurdische Selbstverwaltung in Nordsyrien nicht nur weggesehen, sondern die Invasionen faktisch politisch flankiert. 2018 eroberte die Türkei den Kanton Afrin unter Mithilfe islamistischer Milizen – mit Zustimmung Moskaus, in dessen Einflußsphäre sich der Kanton befand. Im folgenden Jahr griffen türkische Truppen weitere kurdische Selbstverwaltungsgebiete im Norden Syriens an; diesmal stimmte die Trump-Administration dem Eroberungszug zu, dem Washingtons ehemalige kurdische Bündnispartner im Kampf gegen den Islamischen Staat zum Opfer fielen.

Schon damals sprachen deutsche Medien, Politiker und Experten neutral von „Operationen“, die sich an den „legitimen Sicherheitsinteressen“ der Türkei orientierten. Berlin verhinderte unter anderem ein Waffenembargo der EU gegen die Türkei; zudem stellte die damalige Kanzlerin Angela Merkel Anfang 2020 Finanzhilfen für die türkische Okkupation Nordsyriens in Aussicht. Auch NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg verteidigte den von niemandem provozierten türkischen Angriffskrieg gegen den Kanton Afrin unter Verweis auf das „Selbstverteidigungsrecht“ des NATO-Mitglieds Türkei. Laut britischen Medienberichten verhinderten NATO-Staaten zudem eine internationale Untersuchung des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen durch türkische Truppen: Im Verlauf von deren Invasion waren Zivilisten, darunter Kinder, durch weißen Phosphor verletzt worden.

Systematische Invasionsverbrechen

Derweil schreitet – vom Westen weitgehend ignoriert – die ethnische Säuberung der von der Türkei besetzten Gebiete Nordsyriens ungehindert voran. Kurdische Organisationen

beklagten schon Mitte vergangenen Jahres, in Afrin seien die Kurden, die vor dem Syrien-Krieg die große Bevölkerungsmehrheit gestellt hatten, zu einer Minderheit geworden. Während Hunderttausende vertriebener Kurden in Flüchtlingslagern dahinvegetieren müßten, habe Ankara massenhaft Turkmenen und Islamisten aus anderen Regionen Syriens



Berlin, 20. Januar 2018 – Demonstration gegen den türkischen Krieg im syrischen Afrin

in Afrin angesiedelt, sodaß der kurdische Bevölkerungsanteil nur noch bei rund 25 Prozent liege. Die türkische Okkupation gehe zudem mit willkürlichen Enteignungen und Übergriffen durch islamistische Milizen, mit dem massenhaften Verschwindenlassen von Aktivisten, mit verbreiteter Folter von Oppositionellen, mit Entführungen und zahlreichen Fällen von Vergewaltigung von Frauen einher. Kürzlich meldeten israelische Medien, zum Zweck der Repression und der ethnischen Säuberung unterhalte die türkische Regierung in Nordsyrien ein Netz von Geheimgefängnissen; das NATO-Mitglied sei damit für „furchtbare Verbrechen“ an Oppositionellen und an der kurdischen Bevölkerung verantwortlich, die in „systemischer Weise“ begangen würden. Von den nahezu 9 000 bekannten Opfern des illegalen türkischen Foltersystems in Nordsyrien seien 1 500 „verschwunden“.

Eine nächste Okkupationszone?

Der European Council on Foreign Relations (ECFR), eine Denkfabrik mit Hauptsitz in Berlin, bezeichnete die türkischen Okkupationszonen in Nordsyrien bereits vor knapp zwei Jahren als ein „neues Gaza“, in dem Ankara vier Millionen Menschen unter Bewachung durch verbündete Islamisten faktisch festgesetzt habe; die Gebiete wiesen ein deutliches Risiko der Verelendung und „politischen Instabilität“ auf. Die EU solle deshalb der Türkei helfen, die als „Sicherheitszone“ verharmlosten Okkupationsgebiete zu stabilisieren. Die aktuelle Invasion der Türkei in den Nordirak könnte auf die Errichtung einer ähnlichen Okkupationszone abzielen – inklusive ethnischer Säuberungen in Kooperation mit einheimischen Islamisten. Die Türkei orientiere sich derzeit wieder verstärkt in Richtung Westen, urteilen Beobachter; Präsident Recep Tayyip Erdoğan müsse daher bei seinem jüngsten Expansionskrieg

kaum Kritik fürchten, da seine Regierung im „Windschatten des Ukraine-Krieges“ noch vom Westen gebraucht werde.

Der Barzani-Clan

Das Vorgehen der Türkei scheint mit dem Barzani-Clan abgesprochen zu sein, der in den kurdischen Autonomiegebieten des Irak eine dominante Stellung innehat, sich aber aufgrund zunehmender Korruption und sich verschärfender Wirtschaftsprobleme verstärkt innenpolitisch unter Druck sieht. Zu dem Clan haben deutsche Politiker in der Vergangenheit gute Beziehungen unterhalten. Kurz vor Beginn der türkischen Invasion hatte Erdoğan den Ministerpräsidenten der nordirakisch-kurdischen Autonomiebehörde, Masrour Barzani, zu Konsultationen nach Ankara geladen. In London, wohin Barzani nach seiner Ankara-Visite weiterreiste, warfen kurdische Demonstranten ihm vor, faktisch mit der Türkei bei deren Angriffskrieg zu kollaborieren. In der Tat hatte Erdoğan kurz nach Beginn der Kriegshandlungen sowohl dem Barzani-Clan wie auch der irakischen Regierung für ihre Unterstützung bei der Invasion gedankt – dies, obwohl Bagdad kurz zuvor eine diplomatische Protestnote in Ankara übergeben hatte, in der ein Rückzug der türkischen Truppen aus dem Irak gefordert wurde.

Hunger als Waffe

Der Krieg der Türkei gegen die kurdische Bewegung korrespondiert mit verstärkten Angriffen der irakischen Armee gegen die jesidische Selbstverwaltung im Nordirak. Seitdem 2014 Einheiten der PKK den Genozid des Islamischen Staats an der religiösen Minderheit der Jesiden in der nordirakischen Region Şengal stoppten, konnte dort eine weitgehende Selbstverwaltung realisiert werden, die nun nicht nur durch türkische Luftangriffe, sondern auch durch irakische Bodentruppen bedroht wird. Kurdische Medien meldeten zuletzt heftige Gefechte aus der Region. Laut Einschätzung des Autonomierats von Şengal handle es sich um ein „koordiniertes Vorgehen der Türkei, der südkurdischen Partei PDK und der irakischen Regierung“, mit dem die basisdemokratische Selbstverwaltung vernichtet werden solle. Die Kurden in Nordsyrien hätten derweil nicht nur unter den verstärkten Luftangriffen türkischer Kampfflugzeuge und Drohnen zu leiden, die faktisch nur mit Zustimmung der USA erfolgen können, sondern auch unter der Hungertaktik der syrischen Regierung. Laut kurdischen Aktivisten blockiert die syrische Armee die kurdischen Stadtteile Aleppo, um die verbliebene kurdische Selbstverwaltung zur Kapitulation zu zwingen. Damaskus gehe es darum, Nord- und Ostsyrien vollständig einzukreisen, um die Bevölkerung durch „Hunger zur Aufgabe zu zwingen und ihren Willen zu brechen“ – dort, wo die Invasion des NATO-Partners Türkei dies noch nicht erreicht hat.

Quelle: german-foreign-policy.com, 22.4.22

London schafft Platz für ukrainische Immigranten

Was der Europäischen Union Libyen, ist Großbritannien Ruanda

Die britische Regierung schloß am 14. April mit Ruanda eine Vereinbarung, die „UK-Rwanda-Migrations-Partnerschaft“, um alle illegal eingereisten Asylbewerber nach Kigali zu schicken, die dort in Internierungslagern die administrativen Prozeduren abzuwarten hätten.

„London pampert Ukrainer und deportiert afrikanische, arabische Asylsuchende“, bringt es der frühere ruandische Luftfahrtminister Femi Fani-Kayode (FKK) in der nigerianischen Zeitung „Daily Post“ am 19. April auf einen Nenner. Den ruandischen Politiker erbitterte die rassistische Doppelzüngigkeit, daß „der Westen die Notlage der Menschen in der Ukraine beweine, aber die barbarischen Ereignisse im Jemen, in Somalia, Nigeria vergesse“.

Immerhin geht es um die von 8 404 im Jahre 2020 auf 28 526 im Jahr 2021 angestiegene Zahl an Migranten, die in kleinen Booten den Kanal überquert hatten, erklärte die in Accra sitzende Plattform „Business Ghana“. Und Premier Boris Johnson befürchtet, daß in den kommenden Wochen täglich tausend Flüchtlinge anlanden.

Über 150 ruandische NGOs, Gewerkschaften, Initiativen und Assoziationen hatten umgehend ihren Protest mit einem „offenen Brief“ ins Netz gestellt. Und die UN-Flüchtlingsorganisation UNHCR prangerte den geplanten Bruch internationalen Rechts an. In Großbritannien kritisierte der höchste

Geistliche Englands, der Erzbischof von Canterbury, das Vorhaben wie auch die ehemalige britische Premierministerin Theresa May und die parlamentarische Opposition, die außerdem fehlende Informationen über die Kosten bemängelte.

Auch wenn das „Memorandum of Understanding“ samt Ausführungsbestimmungen noch nicht veröffentlicht ist, soviel ist durchgesickert: Wie BBC berichtete, werde positiv Beschiedenen ein langfristiger Aufenthalt in Ruanda angeboten, Abgewiesene würden in ihre Herkunftsländer abgeschoben.

Dabei lehnt sich das Abkommen an Australiens „pazifische Lösung“ an, nach der von 2001 bis 2007 und seit 2012 Bootsflüchtlinge auf die Insel Manus in Papua-Neuguinea verbracht werden, wo sie keine Garantie für eine Ansiedlung in Australien haben würden. Dänemark hat schon Interesse an dem Modell gezeigt. Und die Europäische Union? Die Begleitmusik zur Frontex-Abschottung, die Ursachen der Migration in den Ursprungsländern anzugehen, würde entbehrlich. Die Projekte gegen die Folgen der Unterentwicklung und des Klimawandels in einigen afrikanischen Ländern umfassen nach einer aktuellen ISS-Studie ohnehin nur ein Viertel des Budgets, den Großteil der EU-Gelder verschlingt die „security“, vor allem die Grenz-sicherung.

Die internationale Presse verurteilt „den „obzönen Outsourcing-Deal“ (Oriental Review)

als „inhuman“ (Al Jazeera). Die britische Innenministerin Priti Patel verteidigte das Modell gegen den weltweiten „shitstorm“. Den kriminellen Schlepperbanden werde das lukrative Geschäftsmodell ausgetrocknet. Allerdings warnt die UHNCR davor, daß neue Flüchtlingskorridore geschaffen werden. Mit 120 Mio. Pfund – ein Betrag, der als völlig unzureichend kritisiert wurde – würde die Integration unterstützt werden und ein Teil der ruandischen Flüchtlinge in Großbritannien würde legalisiert. Priti Patel pries Ruanda als einen Hafen des Friedens und der Sicherheit an. Dabei wird Ruanda beschuldigt, in Grenzstreitigkeiten mit Uganda und der Demokratischen Republik Kongo bewaffnete Gruppen zu unterstützen. Ruanda beherbergt nach UNHCR-Angaben als Folge bereits über Hunderttausend Flüchtlinge. Aber abgesehen davon, würden den vor Hunger und Krieg fliehenden Migranten aus Ostafrika, Syrien und dem Jemen die Flüchtlingslager als große Hilfe verkauft – 6500 km entfernt vom Ziel ihrer Hoffnungen, ein kaum zu überbietender Zynismus.

Eritrea verurteilte als erstes afrikanisches Land diesen „beschämenden, unethischen Plan“ als „strategische Ent-Völkerungspolitik“, die offenbar afrikanische Länder durch finanzielle Anreize zur Komplizenschaft verleite, so der chinesische TV-Sender CGTN am 19. April.

Georges Hallermayer

Das Leben im Schatten der Beatrice Altmann-Schevitz

Bücher über die Hauptverwaltung A des MfS gibt es viele. Mit dem Werk „Der Schatten im Schatten“ kommt durch Beatrice Altmann-Schevitz aktuell ein weiteres hinzu. Bemerkenswert ist zunächst, daß das Werk aus der männerdominierten Spionage von einer Kundschafterin verfaßt wurde und diese US-Amerikanerin ist.

Im Jahr 1976 kommt ein US-amerikanisches Paar nach Westberlin. Beide eint der Kampf um soziale Gerechtigkeit und Frieden, sie verurteilen jegliche Form des Rassismus. Er – Jeffrey Schevitz – hatte ein Angebot als Assistenz-Professor an der Freien Universität angenommen. Seine Frau, Beatrice Altmann-Schevitz, war zunächst in einem Weddinger Kinderladen angestellt.

Das Paar hat großes Interesse daran, auch die Hauptstadt der DDR kennenzulernen, möchte sogar dorthin übersiedeln. Über Ostberliner Verbindungen wird die HV A auf das Paar aufmerksam. Unter der Legende „Außenministerium“ nehmen Mitarbeiter des DDR-Nachrichtendienstes den Kontakt zu Jeffrey in einer konspirativen Wohnung auf. Den Aufklärern sind progressive Übersiedler zwar

grundsätzlich willkommen, aber sie hegen andere Pläne, die sie ihnen umgehend nahebringen. Sie sollen im Westen bleiben und sich dort arrangieren. Nach einer Bedenkzeit stimmt das Paar zu. Sie wurden die IM „Lares“ und „Robert“. Zur Motivation schreibt die Autorin: „Für uns beide stand fest, daß der Kalte Krieg ein Krieg war, der nur ein Ziel kannte: die Überwindung des Sozialismus. Wir lebten in dem Brennpunkt zwischen Ost und West. Wir waren jung und hatten Kraft und Energie, die wir nutzen konnten, um den Frieden zu sichern.“

In der Folgezeit zieht das Paar nach Bonn um und gelangt in operativ-interessante Objekte. Sie wird an der Botschaft Südafrikas angestellt, er im Kernforschungszentrum Karlsruhe. „Robert“ fungiert unter anderem als Führungs-IM für die Quellen „Cäsar“ und „Surfer“. Beide werden unter fremder Flagge geführt, das heißt, sie kennen den tatsächlichen Beziehungspartner HV A nicht. Nach einem Umzug ins badische Karlsruhe wird „Lares“ Zivilangestellte bei der US-Armee und übernimmt Arbeiten im Verbindungswesen der IM zur Zentrale. Dazu gehören

das Fotografieren von Dokumenten und die Belegung des rollenden Toten Briefkastens in einem Toilettenabteil des Nachtzuges Basel-Berlin mit Material.

Durch die Rosenholz-Dateien werden „Lares“ und „Robert“ 1994 enttarnt.

Das lesenswerte Buch von Beatrice Altmann-Schevitz gibt einen umfassenden Einblick in die Tätigkeit der Kundschafter sowie in deren persönliche Welt und den damit verbundenen Problemen. Wissenswertes erfährt der Leser auch über die Funktionsweise des Kollektivs. Dabei handelt es sich um die Gemeinschaft von Führungsoffizier, Instrukteur und IM. Es wird deutlich, daß eine ertragreiche Zusammenarbeit vor allem auf dem Funktionieren des Kollektivs beruhte.

Henry Nitschke
Bernau

Beatrice Altmann-Schevitz: Der Schatten im Schatten. Mein Leben als US-Amerikanerin und MfS-Spionin im Kalten Krieg, edition berolina, Berlin 2022, 320 Seiten, 19,99 Euro, ISBN 10-3-958-41117-7

Ein General Paleo und die Steinzeit

Am 13. Februar 2022 veröffentlichte der argentinische Journalist Horacio Verbitsky auf seinem Internetportal *El Cohete a la Luna* unter dem Titel „Un General Paleo(lítico)“ einen Artikel über bislang geheime Dokumente. Darin steht, dass Argentiniers rechtskonservativer Expräsident Mauricio Macri (2015–2019) im letzten Jahr seiner Amtszeit eine von den USA unterstützte Invasion in Venezuela erwogen haben soll. „Paleo(lítico)“ ist ein Wortspiel: Mit Paleo ist der argentinische General Juan Martín Paleo gemeint. Paleolítico bedeutet im Spanischen Steinzeit.

Zwischen April und Juli 2019 simulierte das argentinische Heer in der Übung „Puma“ den

In der von Paleo geführten Übung „Puma“ wird Südamerika „Patagonia del Sur“ (Süd-Patagonien) genannt. Venezuela ist „Vulcano“, die sich gegenüberstehenden Personen sind NM (Nicolás Maduro) und JG (Juan Guaidó). Auf der steinzeitlichen Karte tragen die Länder andere Namen: Kolumbien „Ceres“, Guayana und Surinam zusammen „Tellus“, Brasilien „Febo“, Peru und Ecuador zusammen „Fauno“, Chile „Juno“, Argentinien „Ares“ und Uruguay „Baco“. Paraguay und Bolivien kommen nicht vor.

Seit dem 10. Dezember 2019 ist Alberto Fernández Präsident Argentiniers. Seitdem leitet Agustín Rossi das Verteidigungsministerium. Als dessen Mitarbeiter wegen der

Trump ordnete an, daß sich die USA auch um die „anachronistischen, linken und autoritären Regierungen Venezuelas und Kubas kümmern muß“, weil sie zulassen, daß die USA-Konkurrenten China und Rußland „ihre militärischen Verbindungen und die Waffenlieferungen in der Region ausweiten“. Außerdem versuche China, seine „Umlaufbahn um die Region mittels Investitionen und staatlicher Kredite“ zu erweitern.

Der CIA-Chef unter Trump, Mike Pompeo, unterstützte den Aufruf Juan Guaidós an die Militärs Venezuelas, Präsident Nicolás Maduro zu stürzen. Sie bevorzugten „einen friedlichen Übergang zur Demokratie“. Der Ex-Interims-Direktor des FBI Andrew G. McCabe erzählte in seinem Buch „The Threat“, daß Trump 2017 während einer Versammlung sagte, daß die USA gegen Venezuela Krieg führen müßte. „Sie haben das ganze Erdöl und stehen an unserer Hintertür“. Dabei dachte Trump wohl auch an die Wahlstimmen der Exil-Kubaner und Exil-Venezolaner auf Florida.

2017 installierten die Instanzen der USA die sogenannte Lima-Gruppe unter Teilnahme Argentiniers. Die Gruppe behauptete, daß in Venezuela die Verfassungsordnung gebrochen würde. Die Interamerikanische Demokratische Charta sollte angewendet werden. 2018 fand ein Mordanschlag auf Maduro statt. Von Drohnen aus beschossen sie ihn mit Raketen, als er eine Militärparade abnahm. Die Hauptimpulsgeber des geplanten Putsches waren der Vertreter des US-Präsidenten für Venezuela Elliot Abrams und der Sicherheitsberater John Bolton. Sie waren davon überzeugt, daß die venezolanischen Militärs der Regierung den Gehorsam verweigern und Maduro stürzen würden. Um sie zu stimulieren, versprachen sie öffentlich, alle Vergehen, die sie begangen hätten, zu vergessen. Am 23. Februar 2019 beschuldigten die Regierungen der USA und Kolumbiens Caracas, einen LKW angezündet zu haben, der humanitäre Hilfsgüter aus Kolumbien bringen sollte. Im März berichtete die *New York Times*, daß das Video über den Brand digital manipuliert worden sei, um zu tarnen, daß das Feuer von einem Molotow-Cocktail eines Parteigängers Guaidós stammte.

Im Mai 2019 kommandierte Paleo die zweite und dritte Runde der Übung der Streitkräfte Argentiniers. Admiral Craig Faller verteilte das Strategiedokument des Kommandos Süd mit dem Titel „Enduring Promise for the Americas“. Das Kommando Süd hat großen Einfluß auf die Angelegenheiten der Länder der Region. Es ist eine fundamentale Informationsquelle für die staatlichen Strategiedokumente. In dem Dokument von 2019 schreibt Admiral Faller, daß „die Länder der Region Handelsbeziehungen mit den USA in einem Umfang von 1,8 Billionen US-Dollar pro Jahr unterhalten“. Das ist das Dreifache des Volumens des Warenhandels der USA mit Europa, das 2018 nach offiziellen Statistiken der Europäischen Union 673 Milliarden US-Dollar betrug. Der Bericht sagt auch aus, daß zwischen 2013 und 2017



Überfall auf Venezuela. Die Übung bestand aus sieben Video-Runden, die in der Garnison „Campo de Mayo“ stattfanden. An ihr nahmen die Fallschirmspringerbrigade aus Córdoba, die Bodentruppen-Brigade X aus La Pampa und die Kommandos der Operativen Spezialkräfte aus Córdoba teil. In die Koordinierung waren Einheiten der Armee und der Luftstreitkräfte einbezogen. Das Oberkommando hatte General Juan Martín Paleo. Die Übung entsprach der Annahme eines Angriffs der USA auf das von der Regierung des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro geführte Venezuela. Die Einsetzung eines venezolanischen „Interimspräsidenten“ war in Gestalt des Präsidenten der Nationalversammlung Juan Guaidó bereits am 23. Januar 2019 vollzogen worden. Die erste Runde fand am 15. April 2019 statt. Am 30. April führte Guaidó den militärischen Aufstand „Operación Libertad“ an. Eine Gruppe von abtrünnigen Militärs befreite den Oppositionellen Leopoldo López aus dem Hausarrest und brachte ihn auf eine Militärbasis. Dort erwartete man den Aufstand weiterer Einheiten, um den Putschversuch von 2002 zu wiederholen. In Buenos Aires äußerte sich der damalige Präsident Maurizio Macri erfreut über die Putschisten. Er erkannte Präsident Maduro nicht an und bevorzugte als Staatschef Guaidó. Aber mehr als 80 Prozent der Streitkräfte Venezuelas verhielten sich loyal zur Regierung.

Übung nachfragten, antwortete ihnen Paleo, daß es sich um die Sicherheitsplanung des G-20-Gipfels in Buenos Aires gehandelt habe. Das war eine Lüge. Der G-20-Gipfel fand am 30. November und 1. Dezember 2018 statt. „Puma“ wurde zwischen April und Mai 2019 durchgeführt. Als *El Cohete a la Luna* nachhakte, wurde bestätigt, daß es sich um einen Befehl des damaligen Generalstabschefs General Bari Sosa handelte, um „humanitäre Hilfe für Venezuela“ zu planen. Die humanitäre Hilfe und die Verteidigung der Menschenrechte sind die üblichen Ausreden der USA, um ihre Interventionen in jedem x-beliebigen Land zu rechtfertigen. Bei der Planung von „Puma“ war die Schnelle Eingreiftruppe Teil einer multinationalen Streitmacht, die durch eine erfundene Resolution der Vereinten Nationen formiert wurde. Im Dezember 2017 unterschrieb Präsident Donald Trump ein Dokument über die Nationale Sicherheitsstrategie. Im Kern war es „die Antwort der USA auf die terroristische Gefahr und den Drogenhandel“ seit den Attacken auf das Pentagon und die Wall Street vom September 2001. Trump ersetzte sie durch die globale Konfrontation mit „gefährlichen Mächten“ wie China, Rußland und Iran. Die USA lechzen danach, „führend in der Forschung, Technologie, Erfindung und Innovation“ zu sein. Die Basisinnovation muß „gegen das Eindringen von Konkurrenten wie China geschützt werden“.



2019 probten argentinische Soldaten eine Invasion in Venezuela

„die direkten Investitionen der USA in Lateinamerika und der Karibik 655 Milliarden US-Dollar überstiegen“, das heißt im Durchschnitt 130 Milliarden US-Dollar pro Jahr. 2018 betragen nach einem Bericht der UNCTAD (Welthandels- und Entwicklungskonferenz) die gesamten direkten Auslandsinvestitionen in Lateinamerika 151 Milliarden US-Dollar. Im Juni 2019 besuchte Faller Buenos Aires und machte vor Kadetten der Kriegshochschule der Streitkräfte auf „die Bedrohung durch China und Venezuela“ aufmerksam. Paleo leitete zu dieser Zeit die Runden vier, fünf und sechs der Übung „Puma“. Im Juli 2019 verkündete Faller vor der Unterkommission für aufstrebende Gefahren der Kommission der Streitkräfte des Senats der USA, daß China versuche, die USA als Hauptpartner in der Region zu verdrängen. Die Aufgabe des Kommandos Süd sei es, das zu verhindern. Zur gleichen Zeit leitete Paleo die letzte Runde von „Puma“. Er beschrieb die Lage folgendermaßen: „In den Ländern von Patagonia del Sur (Südamerika) ist auf Grund der starken wirtschaftlichen und politischen Krisen, die im Fokus der Aufmerksamkeit der wesentlichen internationalen und regionalen Organisationen stehen, eine instabile Lage entstanden (...) Im Rahmen dieses komplexen Szenarios versuchten die außerregionalen Akteure, ihren Einfluß in den aufstrebenden Ländern von Patagonia del Sur zu erhöhen, denn die strategisch wichtigen natürlichen Ressourcen liegen im Zentrum ihrer Interessen (...) Als Fall der größten inneren Erschütterung erweist sich Vulcano (Venezuela). Die Regierung setzt in ihrer Außenpolitik auf die Unterstützung außerregionaler Akteure, um sich an der Macht zu halten (...) In Vulcano fehlt auf Grund der Doppelregierung (NM und JG) eine repräsentative Körperschaft. Die beispiellose humanitäre Krise zeigt sich in der politischen Desorganisation und der unzureichenden Sicherung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung, wie der Versorgung mit Strom, Lebensmitteln, Wasser und Medikamenten. (...) In den Streitkräften und in der Sicherheit von Vulcano gibt es tiefe Differenzen zwischen denen, welche die Regierung unterstützen und jenen, die das nicht tun, was die einheitliche Disziplin in deren Reihen untergräbt (...) Die Regierung setzt

auf den Einsatz von paramilitärischen Gruppen, um die Kontrolle über die Bevölkerung zu behalten, obwohl sie immer noch mit der teilweisen Unterstützung ihrer Streitkräfte und der Sicherheit rechnet (...) Die paramilitärischen Gruppen wenden Taktiken der Desinformation und Manipulation an. Um die Bevölkerung auf ihre Seite zu ziehen, helfen sie bei der Versorgung mit Strom, Lebensmitteln und Medikamenten. (...) Die Länder von Patagonia del Sur sind Mitgliedsstaaten der UNO. Febo (Brasilien) und Ares (Argentinien) sind in diesem Jahr Teil des Sicherheitsrates. (...) Außerdem hat der Kontinent eine regionale Organisation der Staaten von Patagonia del Sur (OREPAS), um Probleme der teilweisen Armut, der wirtschaftlichen Entwicklung und des zivilen Schutzes zu bekämpfen. Ares und Febo sind Länder, die regionalen Führungsanspruch erheben. Sie führen OREPAS mit dem Ziel an, die Integration und politische Stabilität innerhalb der Region zu fördern. (...) Es gibt Länder, die Grenzprobleme mit Vulcano haben, wie im Fall von Tellus (Guayana und Surinam) und Ceres (Kolumbien). Diese Staaten werden von außerregionalen Mächten unterstützt. Das begrenzt die Möglichkeiten von MERCOPAS (Gemeinsamer Markt von Patagonia del Sur) und der UNO, humanitäre Hilfe für Vulcano zu leisten. (...) Die gescheiterten Versuche der diplomatischen Lösungen durch regionale und internationale Organisationen und das Fehlen von Garantien für die Menschenrechte in Vulcano veranlaßte die UNO, die Resolution Nr. 1918/19 (MINUSVU) über die Intervention mit vorläufigen multinationalen Stabilisierungskräften zu erlassen. (...) Der Präsident von Ares antwortete mit der Zustimmung des Nationalkongresses auf die Forderung der UNO (Dekret Nr. 2005/19 – Truppen für die Teilnahme an MINUSVU). Es geht darum, die vorläufig multinationalen Kräfte zusammen mit weiteren Ländern von Patagonia Sur (Febo und Juno) zu vernetzen, um Souveränität und Integrität zu sichern und alle Verletzungen der Menschenrechte zu unterbinden. In einem breiten politischen Konsens soll der Übergang zu einer sicheren und dauerhaften Regierung erreicht werden. (...) Der Generalstabschef der Streitkräfte von Ares stellte die Strategisch-Militärische Direktive 04/1

über die Sicherheit im Verlauf der humanitären Hilfe für Vulcano auf. (...) Die Schnelle Eingreiftruppe (FDR) wurde von der Armee von Ares benannt, um die vorläufigen multinationalen Kräfte als Landkomponente zu ergänzen und die Pläne für die Anheuerung einer Eingreiftruppe von Ares (FTA) für den späteren Einsatz in Militärischen Friedenseinsätzen (OMP) auf dem Territorium von Vulcano vorzubereiten.“

Die Aufgabe der von Paleo kommandierten Streitkräfte sollte es sein, die Operation abzusichern und die drei Korridore der humanitären Hilfe zu garantieren. Die Mission sollte Argentinien zufallen, weil das Land eine gemeinsame Grenze mit Ceres (Kolumbien) hat. Dort wurde dann auch die Provokation mit dem brennenden LKW gestartet.

Paleo stellt fest, daß sich das Land Vulcano in einer Krise befindet. „Die Streitkräfte und die Sicherheitskräfte haben beschlossen, sich nicht in innere Angelegenheiten einzumischen. Das führte dazu, daß sich die Bevölkerung an der Regierung von NM aufreißt (...) Die Demonstrationen werden von paramilitärischen Einheiten, die Anhänger der Regierung sind und sich ‚Simonistische Volkskollektive‘ nennen, lahmgelegt (...) Menschenrechtsverletzungen sind an der Tagesordnung. Große Teile der Bevölkerung halten sich in Flüchtlingslagern an der Grenze der benachbarten Länder auf (...) Die Auflösung, die Vulcano erlebt, läßt keine friedliche Lösung erkennen, obwohl alle möglichen diplomatischen Maßnahmen von den wichtigsten regionalen Ländern und internationalen Organisationen ergriffen wurden. Es ist notwendig, daß die Vereinten Nationen mit Multinationalen Schnellen Eingreiftruppen (FMIR) intervenieren. Die Zielstellung der FMIR besteht darin, die humanitäre Hilfe für die Bevölkerung zu sichern und so schnell wie möglich Bedingungen für die Durchführung freier und transparenter Präsidentschaftswahlen zu schaffen.“

Nicht eine einzige Einschätzung würde einen Plan des Einmarsches in Venezuela rechtfertigen. Argentinische Soldaten sollten die schmutzige Arbeit für die USA erledigen. Etwas mehr als zwei Jahre sollte die Invasion ab der Finanzierung der Armeeübung „Puma“ andauern. Die Annahmen, auf denen der Plan basierte, haben sich als Fehlkalkulation erwiesen. Die Lage in Venezuela hat sich stabilisiert. Die Vereinten Nationen formierten keine multinationale Eingreiftruppe. Die politischen Kräfte der Regierung und der Opposition lösten ihre Differenzen an den Wahlurnen. Der Flüchtlingsstrom aus Venezuela nach Argentinien nahm ab. Seitdem Alberto Fernández gewählter Präsident ist, verweigert Argentinien den USA den Gehorsam. Argentinien verließ die Lima-Gruppe und übernahm die turnusmäßige Führung von CELAC. Die Regierung Argentiniens bevorzugt den Verhandlungsweg, der dem Land bessere Ergebnisse beschert, als der Druck aus den USA.

Wolfgang Herrmann
Dreesch

gestützt auf den Artikel „Un General Paleo(litico)“ von Horacio Verbitsky

„Kobzar“

„Kobzar“ bezeichnet das Hauptwerk des aus der Ukraine stammenden Dichters, Malers und revolutionären Demokraten Taras Schewtschenko (9. März 1814–10. März 1861). Die der menschlichen Emanzipation verpflichteten Anschauungen von Schewtschenko sind für die deutschen und ukrainischen Kriegstreiber der Gegenwart nicht zu verwenden und sollen gecancelt werden.

Schewtschenko wurde als Sohn eines leibeigenen Bauern im Dorf Morynzi in der Nähe von Kiew geboren und konnte mit dem Wohlwollen des Gutsherrn seine Begabung entwickeln. 1840 wurde eine Sammlung seiner Gedichte „Der Kobzar“ publiziert. Seine Dichtung „Die Haidamaken“ beschreibt die Ursachen des ukrainischen Bauernaufstandes gegen die polnischen Feudalherren im Jahre 1768, sein Poem „Katerina“ ist der Befreiung der patriarchalisch und religiös unterdrückten Frau gewidmet. Im März 1847 wurde Schewtschenko wegen seiner Poetik für die Befreiung der Menschen von jeder nationalen, sozialen und geistigen Unterdrückung und wegen Teilnahme an dem kleinen, sich nach den beiden Slawenapostel Kyrill (827–869) und Method (815–885) benennenden, christlich idealistischen „Kyrill-Method-Bruderschaft“ für zehn Jahre als einfacher Soldat in die kirgisischen Steppen verbannt. Der „Kyrill-Method“-Zirkel wollte die Aufhebung der Leibeigenschaft und die soziale Verbrüderung der Menschen auf christlicher Grundlage, was sie von den Linkshegelianern und Marxisten unterscheidet. In der Verbannung ist Schewtschenko von der Welt abgeschnitten, er bleibt ungebrochen. Unter den russischen und ukrainischen Revolutionären genöß Schewtschenko Jahre vor dem Sieg der Oktoberrevolution 1917 und vor der Herausbildung der Sozialistischen Sowjetrepubliken höchstes Ansehen. Georgi Walentinowitsch Plechanow (1856–1918) hat 1890 aus Anlaß einer kleinen Ausgabe von Schewtschenko-Gedichten in Genf die Notiz geschrieben: „Über das dichterische Talent Schewtschenkos kann es nur eine Meinung geben: der dahingeschiedene Taras Grigorjewitsch gehört zu den größten Volksdichtern, die die Geschichte der Weltliteratur überhaupt kennt. Und deshalb wird jeder Russe, wenn er nur der Literatur nicht ganz interessenlos gegenübersteht, jenen dankbar sein, die in Genf die in Rußland verbotenen oder nur mit großen Zensurlücken zugelassenen Gedichte Schewtschenkos herausgegeben haben.“

1939 wurde vom sowjetischen Verlag für deutschsprachige Literatur in Moskau dem deutschen Kommunisten Alfred Kurella (1895–1975) der Auftrag erteilt, „Kobzar“ als Hauptwerk von Schewtschenko nachzudichten. Kurella war ein ungemein vielfältig einsetzender und von der Kommunistischen Internationale unterstützte Schriftsteller, Übersetzer und Internationalist. Kurella setzte sich für das „Kobzar“-Unternehmen mit dem Lyriker Erich Weinert (1890–1953) ins Einvernehmen. Günther Jarosch (1914–1995) hat die Geschichte dieser nicht nur literarisch, sondern ideologisch und politisch

bedeutsamen antifaschistischen Nachdichtung mit überlieferten Briefen von Kurella und Weinert beschrieben. Kurella und Weinert kannten sich seit ihrem gemeinsamen Engagement im 1928 in Berlin gegründeten Bund proletarisch-revolutionärer Schriftstel-



ler (BPRS) und trafen sich in Moskau bis zum Überfall der Deutschen auf die Sowjetunion fast täglich. Beide erhofften sich, mit Schewtschenko die Gefühls- und Gedankenwelt des deutschen Volkes nachhaltig zu erweitern. Nach den ersten deutschen Bombenangriffen auf Moskau (seit 21. Juli 1941) konnte nur der Durchschlag eines bis dahin entstandenen und fast druckfertigen Manuskripts nach Mittelasien evakuiert werden. Alfred Kurella, Erich Weinert, auch Hugo Huppert (1902–1982) und Hedda Zinner (1905–1994) trafen nach dem Krieg in Moskau letzte Vorbereitungen für die Herausgabe des „Kobzar“. Huppert war ab 1939 Seminarleiter am Moskauer Maxim-Gorki-Institut, das junge Schriftsteller mit dem heroischen Aufbau und der Wirklichkeit der neuen Sowjetgesellschaft verbinden sollte. Er hat vor allem Wladimir Majakowski (1893–1930) ins Deutsche übersetzt und nachgedichtet. Mit ihm war er in den letzten beiden Lebensjahren freundschaftlich verbunden. 1951 konnte die erste deutsche Gesamtausgabe „Der Kobzar“ in Moskau publiziert werden (Band 1, 539 S., Band 2, 462 S.; Verlag für fremdsprachige Literatur Moskau 1951).

1963 hat der seit 1951 an der Berliner Humboldt-Universität wirkende altösterreichische Historiker Eduard Winter (1896–1982) mit Peter Kirchner ausgewählte deutsche Schriften des revolutionären Demokraten Ivan Franko mit dessen Übertragung von einigen Gedichten von Taras Schewtschenko herausgegeben.

Der letzte Wille von Schewtschenko ist von Ivan Franko übersetzt:

Wenn ich sterbe, so begrabt mich
[...]
Aber bis dahin, o Brüder,
Will von keinem Gott ich wissen.
Ja, begrabt mich und erhebt euch,
Bis die Ketten ihr zerrissen,
Bis vom Feindesblut gerötet
Blinkt der Freiheit Morgenstrahl!
Dann, o dann im frohen Bunde
Denket meiner auch einmal!

Eduard Winter hat 1934 als theologisch ausgebildeter Kirchenhistoriker an der Deutschen Prager Universität begonnen, die klerikal-ideologischen Herrschaftsverhältnisse der Ukraine mit ihren Widersprüchen zu erforschen. 1941 stellte er in seinem Buch „Byzanz und Rom im Kampf um die Ukraine. 1955/1939“ diese Auseinandersetzungen zwischen der katholischen Kirche (Rom) und der Ostkirche (Byzanz) als geistigen Kampf zwischen dem europäischen Westen und dem Osten dar. Der „Rote Stern“ ist für Eduard Winter in diesen Jahren noch in weiter Ferne, er sieht die ideologischen Konfrontationen ohne ihre dialektisch-materialistischen Wurzeln. Die ukrainisch-katholische Kirche unterstützte den Vormarsch der Deutschen Wehrmacht. Die massenhafte Tötung der vielen in der Ukraine seßhaften Juden störte sie dabei nicht. Der Metropolit Andreas Graf Schepetycki (1865–1944) war vom antikommunistischen Haß angeleitet, sein Nachfolger, der wie Eduard Winter an der Innsbrucker Jesuitenakademie ausgebildete Jossyf Slipyi (1892–1984) stand ihm darin nicht nach. 1983 veröffentlichte der DDR-Schriftsteller und Übersetzer ukrainischer und russischer Literatur Günther Stein (1922–1982), der nach Ablegung der Matura als junger deutscher Wehrmachtssoldat in der Ukraine eingesetzt war, seine Erzählung „Ich trank aus der Ukraine Brunnen“. Seinen Reiseerlebnissen zwischen Kiew und Jalta vorangestellt hat Günther Stein drei Leitgedanken:

- von Johann Gottfried Herder (1744–1803): „Die Ukraine wird ein neues Griechenland werden; der schöne Himmel dieses Volkes, ihr lustiges Wesen, ihre musikalische Natur, ihr fruchtbares Land usw. werden einmal aufwachen.“ (1769)
- vom Internationalen Lenin-Friedenspreisträger James Aldridge (1918–2015): „Ich meine, es nimmt nicht wunder, in jedem Ukrainer ein Stückchen Schewtschenko zu sehen. Es ist in jedem gegenwärtig, wo er auch sein mag, wie (Alexander) Puschkin (1799–1837) gewiß in jedem russischen Menschen lebt. Schewtschenko hat offenkundig auch in mich ein Stückchen Ukraine eingesenkt. Deshalb fühle ich mich gleichsam als geheimer Bruder aller Ukrainer. Kann man von einem Dichter mehr als das sagen?“
- und von dem in der DDR hochgeehrten, von den USA verfolgten schwarzen Künstler Paul Robeson (1898–1976): „Ich erhalte viele Schallplatten, und sie erinnern mich stets daran, daß die Volkslieder der Ukraine zu den reichsten gehören, die eine Kultur je hervorgebracht hat. Inbrünstig liebe ich und liebt mein Volk die herrlichen heroischen Dichtungen Schewtschenkos. Dieser große Dichter gehört der ganzen Welt.“

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler

Quelle: Zeitung der Arbeit, Wien, 12.2.2022

Redaktionell gekürzt

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Das Echo des Roten Oktober in der Welt

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.

RF

17. November 1977

Als Käthe Kollwitz, die große Künstlerin und Humanistin, gegen Ende 1917 das ablaufende Jahr überdachte, schrieb sie in ihr Tagebuch: „Was hat dies Jahr gebracht? ... Es hat nicht den Frieden gebracht ... Gegeben hat es neue Ausblicke durch Rußland. Von da ist etwas Neues in die Welt gekommen, was mir entschieden vom Guten zu sein scheint. Eine neue Hoffnung, daß in der Entwicklung der Völker ... nicht wie bis jetzt nur Macht entscheidet, sondern daß ‚von nun an‘ auch die Gerechtigkeit mitwirken soll. Die Russen haben gezeigt, daß eine Möglichkeit dazu ist.“¹ Wie Käthe Kollwitz schauten viele fortschrittliche Menschen in aller Welt voll Hoffnung auf jene dramatischen Ereignisse, in deren Verlauf im Herbst 1917 in Rußland die alte Ordnung, die so lange den Eindruck erweckt hatte, als sei sie durch nichts ernsthaft zu erschüttern, aus den Angeln gehoben wurde. Mit der Oktoberrevolution wurde nicht nur Rußland von Grund auf umgewälzt, sondern die ganze alte Welt so erschüttert, daß in den darauffolgenden Jahrzehnten immer mehr Länder aus dem alten imperialistischen Weltgefüge ausbrachen und gemeinsam mit dem Staat, der im Oktober 1917 in Rußland geboren worden war, eine neue Welt schufen, in der jene Hoffnungen verwirklicht werden, die damals bei so vielen Menschen geweckt wurden.

Es gibt wohl kaum ein Ereignis in der Weltgeschichte, das Denken und Fühlen von Millionen auf dem ganzen Erdball so nachhaltig berührt hat wie die Große Sozialistische Oktoberrevolution. Nicht alle mögen sich dessen bewußt gewesen sein. Nicht alle vermochten aus der Vielfalt sich widersprechender Meldungen gleich zu erkennen, was sich da in Rußland an Niedagewesenem wirklich vollzogen hatte. Kaum je ein anderes Ereignis wurde auch so unterschiedlich aufgenommen wie die Geburt des ersten sozialistischen Staates. Alle Kräfte der alten Welt, ob praktische oder geistige Repräsentanten des Großkapitals, haben sich vom ersten Tage an mit eiferndem Haß auf die neue Macht der Arbeiter und Bauern gestürzt, und sie setzen dies bis zum heutigen Tage fort. Doch ihr Einfluß war und ist nicht allmächtig: Die besten Kräfte des arbeitenden Volkes in allen Ländern erkannten, was das russische Proletariat unter der Führung der Partei Lenins im Oktober 1917 für alle Ausgebeuteten und Unterdrückten begonnen hatte, und sie wußten, an wessen

Seite ihr Platz ist. Für sie war der Kampf der russischen Arbeiter, Bauern und Soldaten ihr Kampf, der Kampf um die gemeinsame Sache. Clara Zetkin schrieb kurze Zeit nach dem Sturm auf das Winterpalais in einem Brief an Lenin: „Mit leidenschaftlichem Interesse, mit angehaltenem Atem verfolge ich die



Denkmal für Käthe Kollwitz in Berlin

Nachrichten aus Rußland. Dort geht es um der Menschheit große Dinge, dort ist das Leben wert, gelebt zu werden.“² Karl Liebknecht hatte bereits vier Tage nach dem Sturz der provisorischen Regierung aus dem Zuchthaus Luckau an Sonja Liebknecht geschrieben, daß der „ungeheure Prozeß der sozialen und wirtschaftlichen Revolutionierung Rußlands bereits am Beginn vor unbegrenzten Möglichkeiten“ stehe, die weit größer als die große französische Revolution seien.³ Und Rosa Luxemburg ebenfalls noch im Kerker, nannte die Oktoberrevolution „eine geschichtliche Tat, deren Spur in Äonen nicht untergehen wird“⁴. Ein Arbeiter berichtete über den Widerhall, den die Oktoberrevolution in breiten Teilen der deutschen Arbeiterklasse fand, mit folgenden Sätzen: „In den Königssälen in der Alexanderstraße hatten wir in den Novembertagen 1917 eine große Versammlung. Daran nahmen städtische Arbeiter und Angestellte teil ... Dort hörten wir zum ersten Mal vom Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Minutenlang erdröhte der Saal von dem Beifall und Jubel, den diese Nachricht bei uns auslöste.“⁵ Und genau eine Woche nach der Eroberung der politischen

Macht in Petrograd durch die Arbeiter unter Führung der Bolschewiki schrieb die „Leipziger Volkszeitung“: „Mit unserem ganzen Herzen sind wir deutschen Proletarier in dieser Stunde mit unseren kämpfenden russischen Genossen. Sie kämpfen auch für unsere Sache. Sie sind die Vorkämpfer der Menschheit, die Vorkämpfer des Friedens.“⁶

Im damaligen kaiserlichen Deutschland wurde der Sieg der russischen Arbeiter auf vielen illegalen Kundgebungen und Versammlungen begrüßt und die Forderung der jungen Sowjetmacht nach Abschluß eines sofortigen Friedens nachdrücklich unterstützt. Der Einfluß revolutionärer Kräfte wurde stärker als je zuvor. Die großen Massenaktionen, die unter maßgeblicher Mitwirkung der Spartakusgruppe Anfang 1918 von der wachsenden Kampfkampfschlossenheit des deutschen Proletariats zeugten, waren nicht zuletzt auf den Sieg der Oktoberrevolution zurückzuführen. Ähnliches gilt für andere Länder. Österreich-Ungarn wurde im Januar 1918 von politischen Massenstreiks erfaßt, in deren Verlauf die Arbeiter nach russischem Vorbild Arbeiterräte bildeten. Wenige Tage danach erhoben sich die Matrosen in der adriatischen Hafenstadt Cattaro. Wenn diese Aktionen auch erstickt und niedergeschlagen werden konnten, so signalisierten sie doch das Überspringen des revolutionären Funkens von Petrograd auf große Teile der internationalen Arbeiterbewegung. Auch jene revolutionären Prozesse, die im Jahre 1918 in einigen Ländern – so in Deutschland in der Novemberrevolution – zum Sturz der bestehenden Regimes führten, die Beendigung des imperialistischen Völkermordens erzwangen und trotz ihrer Niederlage eine Reihe demokratischer Errungenschaften mit sich brachten, waren auf das Beispiel der russischen Arbeiter und die revolutionierende Wirkung der Existenz und des Kampfes der jungen Sowjetmacht zurückzuführen. Zwar konnte damals in diesen Ländern der Schritt zur erfolgreichen sozialistischen Revolution noch nicht getan werden. Aber sicher hat der Kampf der Partei Lenins und der revolutionäre Sieg der von ihr geführten russischen Arbeiterklasse maßgeblich dazu beigetragen, daß sich in zahlreichen Ländern im Kampf gegen den Opportunismus wahrhaft revolutionäre Parteien der Arbeiterklasse bildeten, Parteien neuen Typs, die sich bewußt von den Erkenntnissen Lenins und den Erfahrungen der Bolschewiki leiten ließen. Damit wurde eine wesentliche Voraussetzung für jene Erfolge geschaffen, die

die revolutionäre Arbeiterbewegung in vielen Ländern in opferreichen, auch von Rückschlägen und Widersprüchen gekennzeichneten Kämpfen seitdem erringen konnten. Dazu gehört vor allem die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft in Ländern dreier Kontinente und ihre erfolgreiche Verteidigung über viele Jahrzehnte.

Aber nicht nur in der Arbeiterbewegung, auch unter fortschrittlichen Menschen anderer sozialer Gruppen fand die Oktoberrevolution Zustimmung und weckte Hoffnungen auf eine bessere Welt. Hier sei nur das Bekenntnis eines großen Politikers und Staatsmannes dieses Jahrhunderts genannt, mit dessen Wirken vor allem der Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems verbunden ist, das Bekenntnis Jawaharlal Nehrus. Er schrieb nach seinem ersten Besuch im Lande des Roten Oktobers im Jahre 1927: „Ich zweifle nicht daran, daß die sowjetische Revolution die menschliche Gesellschaft um ein großes Stück vorwärtsgebracht und eine leuchtende Flamme angezündet hat, die unmöglich gelöscht werden kann. Diese Revolution legte das Fundament jener neuen Zivilisation, zu der die Welt schreiten kann.“⁷

Ganz anders war das Echo auf die Oktoberrevolution natürlich in der internationalen Bourgeoisie, namentlich in Kreisen des Monopolkapitals. Die reaktionären Presseorgane dieser Kräfte verkündeten täglich den unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruch der Sowjetmacht. Dieses Spiel setzten sie über Jahrzehnte hinweg fort. Der Unterschied zu den ersten Jahren bestand nur darin, daß sie unmittelbar nach der Oktoberrevolution diesen Untergang für die nächsten Tage, etwas später jeweils für die nächsten Wochen und Monate und noch später für die jeweils nächsten Jahre ankündigten. Die Geschichte ist über diese Art politischer Propheten hinweggeschritten, wengleich der von der bürgerlichen Meinungsmache immer aufs neue produzierte Antisowjetismus eine weltweite Hysterie erzeugte. Die Sowjetmacht wurde und wird verunglimpft, wo immer man glaubt, ein offenes Ohr zu finden. Deshalb war und ist es auch heute so wichtig, die antisowjetischen Lügen aufzudecken.

Das gefährlichste Echo auf den Schuß der Aurora kam von den militantesten Kräften der internationalen imperialistischen Reaktion. Sie suchten in der Praxis das zu tun, wovon ihre Ideologen und Publizisten träumten. Von der kaiserlichen Heeresführung in Deutschland bis zum Organisator der imperialistischen Intervention, Winston Churchill, waren sie sich einig in dem Streben, die russische Konterrevolution nach Kräften materiell und militärisch zu unterstützen, um die gerade erst entstandene Macht der Arbeiter und Bauern so rasch wie möglich zu vernichten. Dank der Kampfschlossenheit und Opferbereitschaft der Bolschewiki und des russischen Proletariats konnten diese Pläne vereitelt werden. Aufgegeben haben ihre Urheber und deren Nachfolger sie nie.

In dieser Zielstellung stimmten die rechten Sozialdemokraten und andere Opportunisten mit dem konterrevolutionären Echo auf die Revolution durchaus überein. Dazu gehörten auch jene, die wie Karl Kautsky im angeblichen Interesse des Sozialismus gerade diejenigen Seiten der proletarischen Revolution und der jungen Arbeitermacht angriffen, die den Sieg über die Feinde der sozialistischen Ordnung gewährleisteten. So verlangte Kautsky vor allem eines: auf die Diktatur des Proletariats zu verzichten und sie durch bürgerliche Praktiken von Demokratie zu ersetzen. Hätten sich diese Auffassungen im revolutionären Kampf der russischen Arbeiter durchsetzen können, so wäre die Sowjetmacht keine 60 Tage alt geworden. Die ganze bisherige geschichtliche Erfahrung beweist, daß die Arbeiterklasse bürgerlich-demokratische Illusionen und Utopien stets mit ihrem eigenen Blut teuer bezahlen mußte.

In den Jahrzehnten, die seit der Oktoberrevolution vergangen sind, mußten die Ideologen der alten Welt unter dem Druck der erfolgreichen Entwicklung der Sowjetunion ihre Hoffnungen auf deren Zusammenbruch aufgeben. Heute ist es nur noch ein historisches Kuriosum, wenn man liest, was die so respektable „New York Times“ im Jahre 1918, dem ersten Jahr der Sowjetmacht, schrieb: „Rußland ist nur ein geographischer Begriff und wird niemals mehr sein. Seine Einigungs-

Organisierungs- und Wiederaufbaukraft ist für immer dahin ...“

Gerade in jüngster Zeit (1976/77) fanden sich in der bürgerlichen Presse Stimmen zur Oktoberrevolution und ihrer Geschichte, die in ihrer blinden Gehässigkeit ihre eigenen Wünsche für die Realität ausgaben und sich damit ebenso lächerlich machten wie seinerzeit die „New York Times“. So genierten sich Blätter wie „Die Zeit“ (Hamburg) – um nur eine der sich sonst so seriös gebenden Zeitungen zu nennen – nicht, die These vom möglichen bevorstehenden Zusammenbruch der Sowjetunion wieder einmal aus der Klamottenkiste zu holen. Wenn man sich im selben Artikel zu der Behauptung versteigt, die Sowjetunion von heute würde sich in vielem nicht vom alten Rußland vor 120 Jahren unterscheiden, so wundert so viel Unsinn nur den, der nicht weiß, daß es wahrscheinlich keinen Unsinn gibt, den die Gegner des Sozialismus nicht im Verlaufe von sechs Jahrzehnten über die Sowjetunion verbreitet hätten. Deren historischen Vormarsch haben solche Leute indes nicht aufgehalten. Den realistischen Denkenden in kapitalistischen Ländern ist das nicht verborgen geblieben. So schrieb die „Washington Post“ im Juni dieses Jahres: „Rußland ist nun einmal ein Koloß, der keineswegs auf tönernen Beinen steht. Es verfügt über Waffen, Menschen, Ressourcen, ein technisches Potential und hat die Fähigkeit zu wachsen. Es kann nicht ignoriert, nicht eingeschüchtert, nicht unterworfen und nicht unter die Erde gebracht werden. Mit der Sowjetunion muß es ein Nebeneinander geben.“

Anmerkungen

- 1) Käthe Kollwitz, *Aus Tagebüchern und Briefen*. Berlin 1959, S. 101
- 2) Clara Zetkin, *Ausgewählte Reden und Schriften*, Bd. 1. Berlin 1957, S. 777
- 3) Karl Liebknecht, *Ausgew. Reden, Briefe und Aufsätze*. Berlin 1952, S. 460
- 4) Rosa Luxemburg, *Briefe an Karl und Luise Kautsky*. Berlin 1923, S. 193
- 5) ND, 7. 11. 1953
- 6) *Leipziger Volkszeitung*, 14. 11. 1917
- 7) Aruna Asaf Ali, *Dem Großem Oktober ewige Dauer*, in: *Sowjetfrau*, Nr. 10/1977

Noch einmal zur Demokratie-Frage

Ekkehard Lieberam äußert sich in seinem Beitrag im Februar-RF „Demokratie als eigenständige Frage marxistischer Programmatik“ zu einer außerordentlich wichtigen Thematik. Gerade von westlicher Seite wird die Einordnung von Staaten und Staatenblöcken in „westliche Demokratien“ einerseits und „Diktaturen“ bzw. autoritäre Systeme andererseits zu einer zentralen Frage ideologischer Auseinandersetzungen hochstilisiert. Die gefährliche Demagogie, die sich hinter der ideologischen Maske von Demokratie und Menschenrechten verbirgt, gilt es schonungslos aufzudecken. Deshalb

halte ich eine klare marxistische Positionierung für so außerordentlich wichtig.

Ich möchte einige Gedankengänge von Lieberam aufgreifen und anbieten, die Diskussion darüber weiterzuführen.

In der Zwischenüberschrift „Parlamentarische Demokratie oder offene Diktatur“ stellt er beide Begriffe gegenüber. Diese bezieht er zu recht auf Hitlerdeutschland und andere faschistische Länder. Aber wie demokratisch sind jene Länder, die sich selbst als „parlamentarische Demokratie“ betrachten, darunter auch die BRD? Ich halte es für zutreffender, die „offene

Diktatur oder verhüllte Diktatur“ gegenüberzustellen. Ich beziehe mich dabei auf das von Lieberam selbst gebrachte Lenin-Zitat, daß eine demokratische Republik die „denkbar beste Hülle des Kapitalismus“ sei. Und in der Tat bleibt bei genauerer Betrachtung in einer kapitalistischen „parlamentarischen Demokratie“ von wirklicher Demokratie nicht viel übrig.

Nehmen wir den ganzen Bereich der Wirtschaft, der ja im Kapitalismus durch Privateigentum an den Produktionsmitteln charakterisiert ist. Werden etwa die Eigentümer, also z.B. die Fabrikbesitzer,

Aktionäre, Immobilieneigentümer usw. von irgend jemand gewählt oder sonstwie demokratisch legitimiert? Nein, sie können auch nicht abgewählt oder abgesetzt werden, herrschen fast uneingeschränkt bis hin zu Willkür, von niemandem ernsthaft kontrollierbar und niemandem rechenschaftspflichtig. Ihre Entscheidungen sind höchst intransparent und ihre wahren Absichten bleiben geheime Verschlusssachen. Kritische Meinungsäußerungen können Konsequenzen nach sich ziehen bis hin zu Entlassungen. Selbst der Staat wird unter Druck gesetzt, indem damit gedroht wird, ins Ausland abzuwandern, wenn geforderte Bedingungen nicht erfüllt oder geplante Investitionen verweigert werden. Das Entscheidende aber ist, daß sich diese Eigentümer die Früchte der von den Werktätigen geleisteten gemeinsamen Arbeit, den Profit, ganz „demokratisch“ einstreichen und dabei Millionen und Milliarden „verdienen“. Die diese Reichtümer geschaffen haben, werden nur mit dem Nötigsten abgefunden. Die verfassungsgemäße Pflicht der Unternehmer, mit ihrem Eigentum dem Volke zu dienen, wird ungestraft ignoriert. Man kann sagen, daß keines der Merkmale einer wirklichen „Volksherrschaft“ auf kapitalistische Unternehmen zutreffen, sehr wohl jedoch alle Kennzeichen einer Diktatur. Wenn man eine Diktatur beschreiben will, kann man getrost auf kapitalistische Firmen verweisen. Aber die Demokratie-Prediger ficht das nicht an. Sie ignorieren einfach diese – kurz gesagt – Ausbeutungsverhältnisse und verschleiern sie hinter allgemeinem Geschwätz von Demokratie und Menschenrechten.

Nehmen wir „freie Wahlen“, die in den Diskussionen eine zentrale Rolle spielen. Ihre Bedeutung wird künstlich hochgespielt und als *das* Instrument hingestellt, mit dem angeblich das Volk in freier Entscheidung die künftige Politik der Regierenden bestimmt. Den Wählern mag das gefallen, als die eigentlichen Entscheidungsträger in der großen Politik hingestellt zu werden, sie merken nur nicht, wie sie dabei „hinters Licht“ geführt werden. Das beginnt schon bei den Wahlkämpfen. Die gewählt werden wollen, werfen den Wählern wohlklingende, aber meist leere Phrasen vor nur mit dem Ziel, möglichst viele Stimmen für sich zu gewinnen. Und wenn die Wahlen vorbei sind, ist alles Geschwätz von gestern vergessen. Das ist m.E. der schlimmste Wahlbetrug, wenn die „Verlockungen“ der Wahlversprechen nicht eingehalten werden, nicht einmal Absicht ist, sie einzuhalten gehalten gewollt werden. Die gewählten Abgeordneten sind nämlich in dieser Demokratie nicht etwa dem Wählerwillen, also den Wahlversprechen verpflichtet, sondern lediglich ihrem eigenen Gewissen. Wer also z.B. im Wahlkampf von Frieden redet und später im Parlament einem Kriegseinsatz zustimmt, kann nicht eines Wahlbetrugs bezichtigt werden, denn sein Gewissen hat ihm gerade in dem Moment eingeflüstert, daß diese Option die einzig richtige sei. Die Bürger haben jedenfalls nach den Wahlen praktisch keinerlei Möglichkeiten mehr, gegebene

Wahlversprechen einzufordern. Sicher können sie von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch machen, doch auch das wird, wie wir jetzt in bezug auf den Ukraine-Krieg erleben, stark eingeschränkt.

Ganz anders dagegen der Umgang mit den Interessen des Großkapitals, das sich dafür mit großzügigen Spenden an die entsprechenden Parteien „bedankt“. Lobbyisten diktieren den Regierenden die Gesetze, Beamte und Abgeordnete werden korrumpiert. Wer zögert, wird unter Druck gesetzt. All das ist weitgehend bekannt. Man sollte nur hin und wieder darauf hinweisen, um deutlich zu machen, wer in diesem System das Sagen hat.

„Die Macht des Volkes ist längst zu einer Phrase in Sonntagsreden verkommen. „In den westlichen Demokratien herrscht nicht mehr das Volk, sondern das Kapital“, schreibt der Wissenschaftler Prof. Dr. Harald Trabold in seinem Buch „Kapital Macht Politik“. Er ist meines Wissens nicht verdächtig, Verfechter des Marxismus zu sein. Um ein politisches System wirklich als demokratisch charakterisieren zu können, reicht es nicht aus, nur solche „Spielregeln“ wie freie Wahlen, Mehrparteiensystem, Gewaltenteilung, Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit usw. als Maßstab anzulegen. Die Einhaltung dieser Regeln sagt noch nichts darüber aus, welche Herrschaftsform diesem System zugrunde liegt und wer demzufolge wirklich die Macht ausübt.

Im Deutschland der heutigen Verfaßtheit gewinnt immer der Kapitalismus, ganz gleich, welche Partei gerade das Rennen macht.

Ich denke, mit demokratischen Grundsätzen allein kann überhaupt kein Land regiert werden. Und es geht gar nicht so sehr um die Frage, ob die benannten Grundsätze lupenrein umgesetzt werden, sondern darum, ob es sich um eine wirkliche „Volksherrschaft“ oder die Herrschaft des Kapitals handelt.

Daran gemessen war die DDR ein in einem höheren Maße demokratisch verfaßter Staat, als die kapitalistische BRD es je sein konnte und kann. In der DDR war die Befriedigung solcher grundlegenden Bedürfnisse der Bevölkerung wie soziale Gerechtigkeit und Sicherheit sozusagen staatlicher Auftrag. Es gab kein himelsschreiendes Auseinanderdriften von Arm und Reich. Jedermann hatte die Möglichkeit, seinen Lebensunterhalt durch eigene Arbeitsleistungen zu erlangen, ohne beim Staat um Sozialhilfe o.ä. betteln zu müssen. Das Recht auf Arbeit war Verfassungsrecht und wurde auch konsequent durchgesetzt – im Gegensatz zur BRD, in der ein solches Recht erst gar nicht im Grundgesetz auftaucht. In der DDR gab es keine Arbeitslosigkeit wie auch keine Obdachlosigkeit. Jedes Kind und jeder Jugendliche hatte die gleichen Bildungschancen, unabhängig von der sozialen Herkunft der Eltern. Im Gesundheitswesen, in der Kultur und in praktisch allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens lassen sich solche Beispiele anführen. Auch unsere konsequente Friedenspolitik, der Internationalismus und

die Solidarität mit anderen Völkern entsprach, auch wenn es nicht jedem bewußt wurde, letztlich den Lebensinteressen der Menschen.

In den konkreten Staat-Bürger-Beziehungen hatten solche Formen wie Eingaberecht, Arbeiter- und Bauerninspektionen, Rechenschaftspflicht der Abgeordneten und anderes mehr einen festen Platz. Wichtig war auch, daß mit der Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel die Wirkungsmöglichkeiten der Demokratie auch auf das Gebiet der Wirtschaft übertragen wurden. Unsere damalige Losung „Plane mit, arbeite mit, regiere mit!“ zeugt zumindest vom richtigen Verständnis von Wirtschaftsdemokratie.

Dennoch lag in der praktischen Umsetzung unseres Demokratieverständnisses manches im Argen. Man muß feststellen, daß die „Staat-Bürger-Beziehungen“ erheblich deformiert waren. Es war ein entscheidender Fehler der Führung der DDR, der Bevölkerung die Wahrheit über unsere tatsächlichen Probleme vorenthalten zu haben. Eine wirklich glaubwürdige Aufklärung über Ursachen und Zusammenhänge fand nicht statt. Entscheidungen wurden hinter verschlossenen Türen getroffen, die von den Menschen oft nicht verstanden werden konnten. Die Bürger hatten nicht nur das Recht, informiert, aufgeklärt und einbezogen zu werden in Prozesse der Entscheidungsfindung, es hätte auch ihren besonderen Bedürfnissen entsprochen, mit ihren spezifischen Kenntnissen und Fähigkeiten an der Lösung anstehender Aufgaben teilzuhaben. Das und sicher noch andere Erscheinungen haben das Vertrauen zur Führung untergraben.

All diese Probleme waren aber keineswegs „systemimmanent“. Sie wären vermeidbar und korrigierbar gewesen.

Ich stimme Ekkehard Lieberam zu, wenn er sagt, daß das Problem nicht darin bestand, daß es in unserem Staat keine Demokratie gab, sondern daß „sich bis jetzt kein neuer überzeugender Demokratietyp herausgebildet“ hat.

Demokratie muß konsequent im eigentlichen Wortsinn verstanden werden als Herrschaft des Volkes zum Nutzen des Volkes. Dafür die theoretischen Grundlagen wie auch die konkreten Formen und Methoden herauszuarbeiten, wäre in der Tat eine sehr wichtige Aufgabe linker, strategischer Programmatik. Daß dazu auch solche Maßstäbe gehören können wie Gewaltenteilung, freie Wahlen, Meinungsfreiheit usw. ist für mich selbstverständlich, erschöpft sich aber darin bei weitem nicht.

Es müssen darüber hinaus solche Instrumentarien, Methoden, Regeln entwickelt werden, die die Einbeziehung der Interessen der Bürger, ihre Fähigkeiten, Sachkenntnisse und ihre Bereitschaft zur Mitwirkung ermöglichen, aber auch eine staatliche Organisation der Entscheidungsfindung und ihrer straffen Durchführung unter gesellschaftlicher Kontrolle sichern.

Was auch zur Wahrheit gehört

Vor über 30 Jahren gingen in der DDR die medialen elektronischen Lichter aus. Anders gesagt: Ab Silvester 1991 gehörten DDR-Rundfunk und -Fernsehen der Vergangenheit an. Man wollte in der alten BRD keine ostdeutsche Konkurrenz zulassen. Im „Einigungsvertrag“, Kapitel VIII (Kultur, Bildung, Wissenschaft und Sport), Artikel 35, wurde festgelegt, daß die kulturelle Substanz in den ostdeutschen Ländern keinen Schaden nehmen dürfe.

Bliebe es dabei, so mutmaßte der Intendant des SFB Günther von Lojewski, müßten die 14 000 Mitarbeiter des DDR-Rundfunks vom SFB übernommen werden. Als dieser davon erfuhr, forderte er in einem Telefonat mit

dem Bonner Verhandlungsführer Wolfgang Schäuble einen sofortigen Gesprächstermin. So kam es zu einem nächtlichen Treffen auf einem Feld bei Helmstedt. Nach dem Gespräch beauftragte Schäuble umgehend den zuständigen Ministerialdirektor, den Artikel 35 zu verändern und durch einen neuen, den Artikel 36, zu ersetzen, der dann die durch den Rundfunkbeauftragten Rudolf Mühlfenzi (CSU) vollzogene Abwicklung und Abschaltung des DDR-Rundfunks und -Fernsehens zum 31.12.1991 zur Folge hatte. Damit war der SFB gerettet. Bundestag der BRD und Volkskammer der DDR billigten am 20. September 1990 mit überwiegender Mehrheit den „Einigungsvertrag“ mit

besagtem Artikel 36. Die mediale Welt des „freien Westens“ hielt triumphalen Einzug in die Wohnzimmer der ostdeutschen Bevölkerung und vernebelt seither die Köpfe der früheren DDR-Bürger mit Falschmeldungen, Halbwahrheiten und Lügen.

Das Deutsche Hygiene-Museum Dresden eröffnete jüngst eine Ausstellung, die sich mit dem Umgang von Desinformationen und Manipulation befaßt. Unter dem Titel „Fake. Die ganze Wahrheit“ wird die Frage nach Wahrheit und Fälschung gestellt. In der Ankündigung heißt es: „Soviel Fake wie heute war noch nie“. Wie wahr!

Dr. Dieter Langer
Bernau

Was jeder wissen sollte

Eine der bundesdeutschen bourgeoisen Fernsehunterhaltungssendungen, genannt „Wer weiß denn sowas?“, spielt Seriosität des Wissens oder Nichtwissens ins heimische Haus. Gut, wenn man daraus manchmal etwas lernen kann, vieles jedoch muß man keinesfalls wissen, was in zahlreichen Klatsch- und Tratschblättern aus aller Welt berichtet wird. Man wolle Wissen vermitteln, verkündet der Moderator. Oft genug Belangloses, Unpolitisches.

Da fiel mir vor Wochen ein Kalenderblatt aus dem Vorjahr in die Hände, wahrscheinlich von einem westdeutschen Verlag, ein

Mix von guten Ratschlägen und Rezepten zur Erbauung und Erhellung. Bei einem Zitat bin ich hängengeblieben:

„Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern“, gab Konrad Adenauer, 1. Bundespräsident der BRD, zum Besten, als ihm vorgehalten wurde, daß er die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, für die er ab 1955 eintrat, noch im Jahr zuvor mit den Worten abgelehnt hatte: „In der Öffentlichkeit muß ein für allemal klar gestellt werden, daß ich prinzipiell gegen eine Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland und damit auch gegen die

Errichtung einer neuen deutschen Wehrmacht bin.“

Verschwiegen wird meist der zweite Teil des Zitates: „Sie können mich doch nicht daran hindern, von Tach zu Tach klüger zu werden.“

Ja, wer weiß denn sowas? Ganz sicher nicht besagter Fernsehmoderator und auch nicht seine westdeutschen Landsleute, denen es weder in der Schule noch durch die Medien vermittelt wurde. Aber Wahrheiten verschweigen ist schließlich nichts anderes als Lügen verbreiten.

Lukian

Ausstellung „Widerstand gegen die Kriegspropaganda“ in Brüssel

Die Freie Universität Brüssel hat in Kooperation mit dem War Heritage Institute (WHI) eine Ausstellung zum Thema „Widerstand gegen die Kriegspropaganda“ vorbereitet, die auch in deutscher Sprache angeboten wird.

Die Exposition basiert auf dem Buch „Prinzipien der Kriegspropaganda“, das die belgische Historikerin und Professorin an der Freien Universität Brüssel Anne Morelli im Klampen Verlag im März 2021 veröffentlicht hat.

Nach dem Ersten Weltkrieg verfaßte der britische Lord Ponsonby zehn Gebote der Kriegspropaganda, die der öffentlichen Meinung eingepfropft werden sollten. Sie lauten: Wir wollen keinen Krieg; der Krieg wird uns vom Feind aufgezwungen; der Feind allein ist für diesen Krieg verantwortlich; der Anführer



des feindlichen Lagers ist ein Teufel; wir verteidigen eine edle Sache; der Feind begeht Greuelthaten, während wir nur zufällig mehr Schaden anrichten als nötig; der Feind verwendet Waffen, die nicht erlaubt

sind; der Feind erleidet mehr Verluste als wir; die Intellektuellen und Künstler unterstützen unsere Sache, was beweist, daß sie richtig ist; unsere Sache ist heilig und schließlich ist jeder, der unsere Propaganda in Frage stellt, ein Verräter.

Anne Morellis enthüllt in ihrem Buch die Manipulationsabsicht dieser „Gebote“ und macht deutlich, daß sie bis auf den heutigen Tag benutzt werden, um die wahren Absichten der Herrschenden zu verschleiern und die Bevölkerung auf Kriegskurs zu bringen.

Die Ausstellung befaßt sich auch mit denen, die sich gegen den Krieg stellen, und zeigt, daß es nicht ohne Risiko ist, sich zu weigern, am Krieg teilzunehmen.

Infos und Kontaktadresse unter:
herwiglerouge@gmail.com

„RotFuchs“-Veranstaltungen im Juni

■ Regionalgruppe Strausberg

Am 9. Juni um 14 Uhr spricht Dr. Uwe Behrens zu seinem Buch „**Feindbild China – Was wir alles nicht über die Volksrepublik wissen**“.

Ort: Mehrgenerationenhaus Strausberg, Wirtschaftsweg 70 (Eingang über Steremat), 15344 Strausberg

■ Regionalgruppe Schwerin

Am 9. Juni um 16 Uhr spricht Prof. Dr. Edeltraud Felfe, Mitglied des Ältestenrates der PDL, zum Thema: **Die Wirklichkeit drängt zu Strategien gegen den Kern des Kapitalismus**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität „Quartier Friedrich`s“, Friedrich-Engels-Straße 38, 19061 Schwerin

■ Regionalgruppe Rostock

Am 11. Juni um 10 Uhr – Diskussion zu aktuell-politischen Fragen und zu unserer Verantwortung im Ringen um die Erhaltung des Friedens

Ort: Mehrgenerationenhaus Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52, 18106 Rostock

■ Regionalgruppe Leipzig

Am 14. Juni um 18 Uhr stellt Dr. Hannes Hofbauer sein neuestes Buch „**Zensur**“ vor. **Publikationsverbote im Spiegel der Geschichte. Vom kirchlichen Index zur YouTube-Löschung.**

Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Str. 77, 04105 Leipzig

■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

Am 17. Juni um 15 Uhr spricht Prof. Dr. Edeltraud Felfe zum Thema: **Die Wirklichkeit**

drängt zu Strategien gegen den Kern des Kapitalismus

Ort: Klub der Volkssolidarität, Logenstr. 1, 15230 Frankfurt (Oder)

■ Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau

Am 18. Juni um 10 Uhr spricht Frank Tröger (Freidenker Chemnitz) zum Thema: **Gibt es einen Weg, der zu deutlich sichtbaren politischen Aktivitäten im Sinne der arbeitenden Menschen führt?**

Ort: Soziokulturelles Zentrum QUERBEET, Rosenplatz 4, 09126 Chemnitz

■ Regionalgruppe Magdeburg

Am 21. Juni um 16.30 Uhr spricht Dr. jur. Wilhelm Rettler zum Thema: **Über vier Stufen der Manipulation – von der Lüge bis zur Liquidierung des Begriffs**

Ort: Begegnungsstätte „Pik ASZ“, Leipziger Straße 43, 39120 Magdeburg

■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

Am 21. Juni um 18 Uhr spricht Dr. Tim Graßmann, Lektor MEGA, zum Thema: **M/E zu Umweltfragen und ihre Inspiration für die Gegenwart und Zukunft.**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Berlin-Treptow-Köpenick

Am 23. Juni um 17 Uhr spricht Doris Pumphrey, Aktivistin der Friedensbewegung, zum Thema: **Die Friedensbewegung am Scheideweg**

Ort: Wahlkreisbüro der Partei Die Linke, Brückenstraße 28, 12439 Berlin

■ Regionalgruppe Harz

Am 24. Juni um 15 Uhr spricht Oberst a. D. Gerhard Giese zum Thema: **Die aktuelle Situation im Ukraine Konflikt – Will der Westen keinen Frieden?**

Ort: Burchadikloster, Am Kloster 1, 38820 Halberstadt

■ Regionalgruppe Cottbus

Am 25. Juni um 10 Uhr sprechen Dr. Inge und Dr. Michael Pardon zum Thema: **Sergej Iwanowitsch Tjulpanow – Brückenbauer zwischen Russen und Deutschen**

Ort: Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am 25. Juni um 10 Uhr spricht Uwe Hiksich, Sprecher des Marxistischen Forums bei der Partei Die Linke, zum Thema: **Klimaziele und ihre Realisierbarkeit unter den gegenwärtigen weltpolitischen und unseren nationalen Bedingungen**

Ort: Mehrgenerationenhaus Seniorenbüro e. V., Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

■ Regionalgruppe Bernau

Am 25. Juni um 15 Uhr – Mitgliederversammlung der „RotFuchs“-Regionalgruppe Bernau

Ort: „Stadtmauertreff“, An der Stadtmauer 12, 16321 Bernau bei Berlin

■ Regionalgruppe Potsdam

Am 28. Juni um 18 Uhr spricht Gerda Daenecke, Karen e. V., zum Thema: **Kuba in der Umklammerung**

Ort: Bürgertreff in der Waldstadt (am Waldstadtdcenter), Saarmunder Straße 44, 14478 Potsdam

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Juni!

Zum 96. Geburtstag

Eberhard Kunz (Berlin) am 11. Juni

Zum 95. Geburtstag

Vera Tenner (Berlin) am 25. Juni

Zum 94. Geburtstag

Hugo Jensch (Pirna) am 20. Juni
Eva Letz (Berlin) am 25. Juni

Zum 93. Geburtstag

Wilhelm Möller (Leipzig) am 7. Juni

Zum 92. Geburtstag

Irene Marcinkowski (Dassel) am 6. Juni

Zum 91. Geburtstag

Roger Reinsch (Berlin) am 29. Juni

Zum 90. Geburtstag

Joachim Spindler (Potsdam) am 10. Juni
Prof. Dr. Werner Roß (Schulzendorf) am 22. Juni

Zum 85. Geburtstag

Wolfgang Winter (Königs Wusterhausen) am 9. Juni

Dr. Ingo Kurtz (Dessau-Roßlau) am 11. Juni

Herbert Spalt (Leipzig) am 11. Juni
Rolf Goßler (Chemnitz) am 18. Juni

Zum 80. Geburtstag

Klaus Reichelt (Blankenburg, OT Heimbürg) am 3. Juni

Waltraud Schulz (Greifswald) am 10. Juni

Sabine Otto (Cottbus) am 14. Juni
Helmar Schoth (Boock) am 22. Juni

Volker Sachse (Karlsbogen) am 23. Juni

Zum 75. Geburtstag

Hans-Jürgen Hermann (Teterow) am 18. Juni

Hans-Jürgen Schwart (Halle) am 18. Juni

Lothar Koban (Radibor, OT Milkel) am 29. Juni

Zum 70. Geburtstag

Herbert Münchow (Leipzig) am 3. Juni
Willi Nicke (Bad Lobenstein) am 6. Juni

Zum 65. Geburtstag

Werner Lüdtkke (Lauenförde) am 9. Juni

Zum 60. Geburtstag

Andreas Krüger (Frankfurt/Oder) am 2. Juni

Heike Monien (Berlin) am 18. Juni

UNSERE GRATULATION GILT WIE IMMER AUCH ALLEN ANDEREN GEBURTSTAGSKINDERN DES MONATS.



Etwa 200 Menschen aus verschiedenen Nationen verneigten sich in tiefer Dankbarkeit am Denkmal für die gefallenen Sowjetsoldaten und in Erinnerung an die Zwangsarbeiter auf dem Sowjetischen Friedhof in Chemnitz. Unvergessen bleibt, daß die Sowjetunion mit dem Verlust von 27 Millionen Menschen einen besonders hohen Preis für die Zerschlagung des deutschen Faschismus gezahlt hat. Deshalb kamen am 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus, viele, um Blumen niederzulegen, Grabsteine zu schmücken und das Bekenntnis „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“ zu erneuern und zu bekräftigen. Auch am 9. Mai war die Gedenkstätte für weitere Besucher geöffnet. Aus tiefstem Herzen wurden durch die Teilnehmer alle Aktivitäten begrüßt, welche die Lösung von Konflikten ausschließlich mit diplomatischen Mitteln vorantreiben. Dies sollte und muß die Handlungsmaxime aller gesellschaftlichen und politischen Akteure in dieser hochgefährlichen Situation werden. Embargos und Ausgrenzung werden bei der Konfliktbewältigung nicht helfen, sondern zu weiteren Konfrontationen mit ungewissem Ausgang führen.

Raimon Brete, Chemnitz

Nach einem schweren Bombenangriff auf eine Stadt in der Magdeburger Börde – Standort der AGO Flugzeugwerke Oschersleben/Bode, das bis zum Kriegsende ca. 5000 Flugzeuge des Typs Focke Wulf 190 für die faschistische Wehrmacht produzierte – wurde ich am 1. Juli 1944 geboren. Vom Straßengraben aus konnten meine Eltern die amerikanischen Jagdmaschinen beobachten, die Maschinen flogen sehr tief, selbst die Piloten waren erkennbar.

Die Kriegsproduktion in der AGO Oschersleben/Bode trug wesentlich dazu bei, die Kriegsmaschine des faschistischen Deutschlands zu stärken und die Kämpfe zu verlängern. 70 Millionen Tote, davon fast die Hälfte Bürger der Sowjetunion, waren den Faschisten nicht genug. Sie planten in Calau/Thüringen ein unterirdisches Flugzeugwerk für den Bau des ersten Düsenjägers ME 262. Dazu kam es nicht mehr.

Mein Schwiegervater war als Soldat Teilnehmer an der „Ardennenschlacht“ im Verband der Panzergrenadierdivision „Großdeutschland“. Er wurde im Dezember 1944 mit einem Lun-

gendurchschuß schwerverletzt und verstarb daran mit 26 Jahren. Er hinterließ Frau und seine beiden Töchter Eveline (4 Jahre) und Renate (2 Jahre).

So wie sie bin auch ich ein Kind der DDR. Ich erlernte den Beruf eines Maschinenschlossers und trat später in den Dienst des Ministeriums für Staatssicherheit – dem von der BRD am meisten gehaßten Organ der DDR. Ich war bis zum Ende der DDR in einer Aufklärungseinheit tätig, habe mich also fast 30 Jahre mit dem BRD-Imperialismus befassen können, kenne seine Aggressivität nach innen und nach außen und seine Politiker mit ihrer Vergangenheit vor 1945 im faschistischen Staat, die kein Hindernisgrund war, ihre Karrieren nach dem Krieg nahtlos fortzusetzen.

Heute ist die Gefahr eines alles vernichtenden Krieges so groß wie nie zuvor. Einen dritten Weltkrieg wird die Menschheit nicht überleben. Im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen sind die Bereitstellung und Lieferung von Kriegsmaterial jeglicher Art, insbesondere schwerer Waffen, wie es jetzt von der Regierung für die Ukraine geplant wird, als Beteiligung am Krieg zu bewerten. „Deutschland raus aus der NATO, Atombomben raus aus Deutschland!“ sind das Gebot der Stunde!

Ralf Kubitz, Königs Wusterhausen

Der Krieg in der Ukraine erinnert mich an den sinnlosen Tod meines Onkels, der mit 27 Jahren 1941 in Kiew am Dnepr gefallen ist. Ein Jahr zuvor schrieb er aus dem Urlaub in Brandenburg begeistert an seine Eltern: „Hurra, meine Einberufung ist da!“

Drei Jahre später kam mein Großvater bei einem anglo-amerikanischen Luftangriff in Magdeburg ums Leben. Er war als Arzt unterwegs und ist in den Luftschutzkeller einer Schule geflüchtet.

Meine Großmutter erhielt zwei Briefe vom „Führer“ mit einem Dankeschön dafür, daß ihr Mann und der einzige Sohn „Für Volk und Vaterland“ ihr Leben gelassen hatten. Als das geschah, war ich fünf Jahre alt. Heute bin ich 85 und es erschreckt mich, daß die bundesdeutsche Regierung und ihre Handlanger nach zwei unseligen Waffengängen gegen Rußland immer noch mit Hurra ihr Bombengeschäft betreiben. Der Frieden ist bedroht wie nie zuvor. Die erstarkende Friedensbewegung und Antibombenkampagne hätte ich mir schon während der vielen von den USA und der NATO geführten Kriege in den letzten Jahrzehnten gewünscht. Damals wurden zivile Opfer, zerstörte Schulen und Krankenhäuser als Kollateralschäden abgetan und nicht einer der Verantwortlichen saß bislang auf der Anklagebank.

Klaus-Jörg Reifenrath, Rostock

Ursprünglich mit dem programmatischen Schwerpunkt „Umweltpolitik“ im Januar 1980 in Karlsruhe gegründet, hat sich die Partei „Bündnis 90/Die Grünen“ – ein Gemisch aus Umweltschützern, Pazifisten, sogenannten Bürgerrechtlern und links orientierten Ökonomen u.a. – als ein von keiner anderen Partei übertroffenes politisches Chamäleon erwiesen. Aus der Gründerabsicht, sich

in die bundesdeutsche und internationale Friedensbewegung einzureihen, hat sich die Partei der Grünen sukzessive als Befürworter von Aufrüstung und Krieg entwickelt. Vor dem, vom damaligen „grünen Außenminister“ Joschka Fischer mitinszenierten völkerrechtswidrigen NATO-Bombenkrieg 1999 gegen Jugoslawien waren noch laute Stimmen gegen den militärischen NATO-Pakt zu hören. Petra Kelly als eine überzeugte hoffnungsgrüne Mitbegründerin der Partei und Aktivistin gegen Rüstung und Krieg wurde mit solchen Leuten wie Joschka Fischer, Annalena Baerbock oder Anton Hofreiter ausgetauscht, die mit Kellys Kurs nichts mehr am Hut hatten und haben. Die anfängliche Anti-NATO-Haltung hat sich in eine Pro-NATO-Verehrung gewandelt. Robtäuscherisch forderten die Chamäleon-Grünen vor der letzten Bundestagswahl in ihrem Wahlprogramm noch die gesetzliche Begrenzung der Rüstungsexporte, um sich nach Frieden sehende Wähler anzulocken. Als Regierungspartei wandelten sie sich zum aktivsten und lautesten Rufer nach Deutschlands Kriegsbeteiligung in der Ukraine.

Die Grünen haben ihre umweltschützende Kleidung schon seit längerem abgelegt und sich seit Beginn des Krieges in der Ukraine eine militante Tarnkleidung zugelegt. Mit diesem Outfit passen sie besser neben oder gar auf die schweren Waffen für die Ukraine. Das politische Chamäleon hat sich weltkriegswütend gefärbt.

Nun haben 586 von 736 Abgeordneten des Deutschen Bundestag am 28. April faktisch für den Eintritt Deutschlands in den eskalierenden US-Stellvertreter-Krieg der Ukraine gegen Rußland durch Lieferung schwerer Waffen an Kiew und die Ausbildung der ukrainischen Soldateska an diesen Waffen durch Bundeswehrangehörige auf deutschem Boden gestimmt.

Dieses Datum ist einzureihen in den historischen Kalender unsäglicher und beschämender Parlamentsentscheidungen, die vor allem zum 1. Weltkrieg 1914, zur Herrschaft des Faschismus 1933 und zum 2. Weltkrieg 1939 maßgeblich beigetragen haben. Der Bundestagsbeschluß vom 28. April 2022 muß als parlamentarischer Aufruf zu Deutschlands erneuter Kriegsbeteiligung in Europa verstanden werden. Die Parteien der Ampelkoalition hatten zusammen mit der Fraktion von CDU/CSU einen entsprechenden Antrag eingereicht, heuchlerisch als „Waffen für Frieden, Freiheit und Demokratie“ deklariert. Die Zustimmung zu diesem Antrag ist der Freibrief der Bundesregierung zur wiederholten deutschen Aggression gegen das russische Volk, zugleich aber auch das papierne Leichentuch für das deutsche Volk. Die Bundesbürger müssen sich fragen, wen sie da am 26. September 2021 in den Bundestag gewählt haben: 586 Geschichtsvergessene, Verantwortungslose, politische und wirtschaftliche Selbstmörder, Empfänger für hohe Diäten oder gar Leute, die sich „Krieg spielen“ als Abgeordneten hobby ausgesucht haben? Haben Vernunft und Sachlichkeit überhaupt noch Platz in ihrem Wohlstandswunsch- und Reichtumsdenken? Wer da meint, schwere Waffen für die Ukraine und

Sanktionen gegen Rußland würden ihren Frieden im eigenen Heim sichern, irrt gewaltig. Besagter Bundestagsbeschluß ist nicht nur eine deutsche faktische Kriegserklärung an Rußland, sondern zugleich auch die nicht kalkulierte Vorbereitung auf eine erneute Niederlage des deutschen Militarismus. Schweren deutschen Waffen gegen Rußland werden superschwere Waffen Rußlands gegen Deutschland und die NATO antworten. Das sollten die hiesigen Kriegstreiber an Deutschlands Spitze schnellstens begreifen. Wer Waffen produziert und sie tödend und zerstörend, gar unter falscher Flagge gegen andere, sich mit Waffen schützende Völker, einsetzt, muß damit rechnen, daß verstärkt und überlegen zurückgeschossen wird.

Manfred Wild, Berlin

Nach einer gewissen Starre und Ratlosigkeit zu Beginn der kriegerischen Handlungen Rußlands gegen die Ukraine fange ich an, meine Gedanken zu ordnen. Trotz oder gar wegen der schier unüberblickbaren Menge an Informationen habe ich aber mehr Fragen als Antworten.

Wovon ich jedoch auf keinen Fall abrücke, ist meine Kritik an der pauschalen Verurteilung Rußlands, an den Waffenlieferungen des Westens für die Ukraine und den wahnwitzigen Rüstungsausgaben der NATO-Staaten. Die „Strafmaßnahmen“ gegenüber Rußland (nicht nur die wirtschaftlichen) halte ich für völlig unangemessen. Die Auftritte führender Politiker, auch aus Sachsen-Anhalt, zum Krieg in der Ukraine sind beschämend. Das trifft auch auf so manche Erklärung des Bundespräsidenten zu. Der Weltgendarm USA lacht sich eins ins Fäustchen. Endlich hat er Deutschland und weitere Staaten erfolgreich zum Kampf gegen Rußland motiviert. Anstatt einen von den Amerikanern unabhängigen Standpunkt einzunehmen, buckeln sie, was das Zeug hält.

Leider glauben nicht wenige Menschen den medial verbreiteten Lügen und verzerrten Darstellungen, die nur ein Ziel haben: Putin und Rußland insgesamt zu verteufeln und endlich wieder Kriegsbereitschaft in der deutschen Bevölkerung zu entwickeln. Deshalb werde ich nicht müde, die Kriegstreiber und Kriegsprofiteure in der Diskussion mit anderen und in Leserbriefen an örtliche sowie überörtliche Zeitungen beim Namen zu nennen. Die friedliebenden Menschen müssen die Wahrheit erfahren und dürfen sich nicht gegeneinander ausspielen lassen.

Reinhardt Koblichke, Aschersleben

Es ist doch wohl logisch, das sich Rußland dafür interessiert, was der Gegner gegenwärtig an militärischen Maßnahmen plant und trainiert. Entsprechende Aufklärungsflüge, die übrigens auch zum Tagesgeschäft der NATO gehören, sind also nichts Ungewöhnliches. Gefährlich allerdings wird es, wenn ein US-amerikanisches Atom-U-Boot im südchinesischen Meer gegen einen Unterseeberg kracht. Dieser Zwischenfall, der bereits im April erfolgte, fand in den Medien keine Beachtung. Da es sich nicht um ein unbewaffnetes Kriegsschiff handelt, das

nicht nur mit Atomkraft angetrieben wird, sondern wahrscheinlich auch mit Atomwaffen bestückt ist, wäre eine konkrete Information über mögliche Schäden, Verletzte oder sogar Tote schon sehr wichtig.

Ein solches dramatisches Ereignis sollte der „freien“ Presse doch eine Meldung wert sein.

Ralf Kaestner, Bützow

Wer hätte gedacht, daß die Liedzeile des DDR-Oktoberclubs „Sag mir, wo du stehst ...“ einmal so brandaktuell sein könnte? Ja, es gibt sie noch, die auch heute, gerade wenn es darauf ankommt, wissen, wo sie stehen. Überzeugungen sind eben etwas anderes, als Anbieterei an den Zeitgeist. Wir kennen jene, die sich darin gefallen, die DDR seit 1989 zu verteufeln, haben viele von ihnen lange vorher gekannt.

Hartmut König gehört zu denen, die uns Hoffnung und Kraft geben. Er steht zu seiner Antwort, die er damals, als er das Lied aus der Taufe hob, gab, auch heute noch. In Torgau hat er mit seinem Standpunkt, seiner Stimme und Gesang den Elbe-Tag am 23. April, den wir unter der Losung „Friedliche Zukunft mit Rußland“ begingen, umrahmt und unsere Zuversicht gestärkt.

Roland Winkler, Aue

In der „Clara“-Ausgabe 51/22 schreibt Gregor Gysi: „Putins imperiales Denken ist eine Katastrophe.“ Kein Bezug darauf, daß es die NATO ist, die sich seit Jahren entgegen ihrer Zusage nach Osten ausdehnte, wodurch sich Rußland bedroht fühlte und Putin immer wieder forderte, daß die Minsker Abkommen umgesetzt werden. Tatsächlich aber taten Frankreich, die BRD und OSZE nichts, um Selenski dazu zu bewegen, die mit der Erklärung 2202 des UN-Sicherheitsrates sanktionierten Vereinbarungen zu verwirklichen. Weiter sagt Gysi, Putin wolle die Nachkriegsordnung nach dem Ende der Systemauseinandersetzung nach seinem Gusto mit Gewalt verändern und setze militärische Stärke an die Stelle von Demokratie.

Genau das aber taten die NATO-Staaten, z.B. in Ex-Jugoslawien. Vergessen ist offenbar die Mittäterschaft Deutschlands beim NATO-Bombenkrieg 1999 gegen das Land. Gysi fordert neue Initiativen zur Rüstungskontrolle, ohne zu sagen, daß es die USA waren, die die vorhandenen Verträge (ABM-Vertrag über Abwehrsysteme gegen ballistische Raketen, den INF-Vertrag über Mittel- und Kurzstreckenraketen und den Vertrag über den Offenen Himmel) aufkündigten. Gysi kritisiert auch die Sanktionen gegen Rußland, aber in erster Linie deshalb, weil er befürchtet, daß durch ein engeres Zusammengehen Rußlands und Chinas ein bisher ungekannter Machtblock entstünde. Den bestehenden Machtblock unter Führung der USA findet er scheinbar in Ordnung. Er verliert kein Wort darüber, daß über die USA und die NATO-Staaten wegen deren Kriege z.B. in Vietnam, Irak, Libyen oder Afghanistan niemals Sanktionen verhängt wurden.

Wenn sich der Parteitag der Linken im Juni für die Fortsetzung des bisherigen Kurses

ausspricht, wird die Partei in der Versenkung verschwinden.

Wolfgang Reinhardt, Nordhausen

Man muß keine schwarz-braune Kluft mit einer roten Binde am Arm tragen, eine blau-gelbe tut's auch, um eine frenetisch kreischende Menge zu Tobsuchtsanfällen – fälschlich als Beifall bezeichnet – hinzureißen.

Solchermaßen geschehen auf dem TV-Sender 3sat als abendfüllendes, politische Satire vortäuschendes Programm. Plötzlich wirkten Worte wie „Nie wieder Krieg!“ aus den Mündern der Zuschauer nicht wie eine kategorische Forderung an die wahren Kriegstreiber, sondern fast wie eine lebensgefährliche Drohung. Mittels eines als „Volksmeinung“ deklarierten Wortschwalls verhöhnnte diese Menge die vom Kriegsleid betroffenen Flüchtlinge, in der Regel Frauen und Kinder.

Und das in einem Land und von einem Volk, das in der jüngsten Geschichte schon zweimal als Tätervolk vor der Welt gebrandmarkt worden ist und sich seit 1999 schon wieder, zum dritten Mal, in dieser Rolle gefällt.

Am 30. Mai 1999 griffen deutsche NATO-Jagdbomber in Vavarin (Jugoslawien) eine Brücke an. Auf ihr befanden sich viele fröhliche, feiernde Zivilisten. Kein Militär. Es gab Hunderte von Toten, einschließlich Kinder. Dieses Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen wurde nie vor einem internationalen Gericht verhandelt. Aber ein Milosevic, der sein Volk zum Widerstand gegen die NATO aufrief, wurde ins Gefängnis gebracht, in welchem er unter mysteriösen Umständen verstarb. Ein gleiches Schicksal will man für Putin und das russische Volk vorbereiten. Eines von vielen Beispielen christlich-abendländischer, vor allem freiheitlicher Leitkultur!

Siegfried Wunderlich, Plauen

Anläßlich des 75. Jahrestages der Ermordung des deutschen Kommunisten, Kundschafters der Sowjetunion und Internationalisten Dr. Richard Sorge erschien in der RF-Ausgabe November 2019 mein Beitrag „Wir alle werden unseren Auftrag erfüllen!“.

Chemnitzer Genossen stellten daraufhin den Kontakt zu mir her. Harry Flath teilte mir mit, daß er die Büste unseres Kundschafters, welche ursprünglich im Eingangsbereich des Ferienheims in Oberwiesental stand, 1993 in einem Garagenhof zwischen Müllbergen fand und sicherstellen konnte. Der bekannte DDR-Bildhauer Gerhard Geyer (1907–1989) schuf sie 1969/1970 für das neuerbaute Ferienheim „Dr. Richard Sorge“. Mit dem Verkauf der Immobilie nach der Konterrevolution durch die Treuhand verschwand auch die Büste. Recherchen und die unermüdliche Suche durch Genossen aus Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) führten zur Auffindung und Sicherstellung der Büste. Daran hat Genosse Harry Flath besonderen Anteil. Seit 1993 wartet nun die Büste auf einen würdigen, angemessenen Platz. Ein Zwischenziel wurde erreicht. Auf dem 10. Kundschaftertreffen der GRH, das am 23. April in Strausberg stattfand, konnten wir die Büste unseres Vorbilds präsentieren. Wir werden weiter nach einem würdigen und bleibenden Standort suchen.

Horst Hommel, Berlin



Ostermarsch Berlin 2022

I M P R E S S U M

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0160-238 30 85
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Rüdiger Serinek

Herstellung: Druckerei Gottschalk

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Martin Baraki
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Prof. Dr. Achim Dippe
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Bernd Gutte
Georges Hallermayer
Helmuth Hellge
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda

Rico Jalowietzki
Uli Jeschke
Dr. Hans-Jürgen Joseph
Dr. Kurt Laser
Prof. Dr. Anton Latzo
Bruno Mahlow
Dr. Holger Michael
Jobst-Heinrich Müller
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)
Hans Schoenefeldt
Johann Weber
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
Edda Winkel

Künstlerische Mitarbeit:

Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030-983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net
Aribert Schilling u. v. a. m.

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030-241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen: Jürgen Claußner
Postfach 52 02 23, 12592 Berlin
Tel. 030-427 27 66

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXc

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.